

dreizehn

ZEITSCHRIFT FÜR JUGENDSOZIALARBEIT

PROJEKT DES KOOPERATIONSVERBUNDES JUGENDSOZIALARBEIT

NR. 33 • MAI 2025



REDEN. ENTSCHIEDEN. VERÄNDERN – DEMOKRATIE DURCH TEILHABE

- Engagement, Bildung und Demokratie
- Lauter Hass – leiser Rückzug
- Jugendbeteiligung muss Normalität und selbstverständlich sein

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe der dreizehn widmen wir uns der Gestaltung von Demokratie durch junge Menschen und mit ihnen – ob durch Engagement in Initiativen, politische Teilhabe oder den Kampf gegen Extremismus. Studien zeigen, dass der Einfluss populistischer Strömungen wächst, vor allem in ländlichen Regionen. Wie kann Jugendsozialarbeit junge Menschen stärken und demokratische Werte vermitteln? Welche Strategien sind nötig, um Beteiligung zu fördern und Polarisierung entgegenzuwirken? Die Suche nach Antworten auf diese Fragen durchzieht die Beiträge dieser Ausgabe.

Ein zentrales Thema ist der zunehmende Einfluss rechtsextremer Akteure in ländlichen Räumen. Nils Zimmer und Prof. Dr. Nina Kolleck analysieren in ihrem Beitrag (S. 8), wie rechte Gruppen gezielt Jugendarbeit unterwandern, um ihre Ideologie zu verbreiten. Ihre Untersuchung zeigt, dass strukturelle Benachteiligungen wie das Fehlen von jugendspezifischen Angeboten als Einfallstore für extremistische Akteure dienen. Eng verbunden damit ist die Frage, wie junge Menschen politisch partizipieren. Ina Weigelt und Susanne Kuger präsentieren in ihrem Beitrag (S. 20) aktuelle Ergebnisse der AID:A-Studie. Sie zeigen, dass junge Menschen vor allem in informellen Kontexten aktiv sind – durch Unterschriftensammlungen, Proteste oder Online-Diskussionen. Es bleibt aber die Frage: Wie kann politische Bildung so gestaltet werden, dass sie junge Menschen nachhaltig für politische Strukturen interessiert? Auch das Wahlverhalten von Jugendlichen steht im Fokus. Im Interview mit Jugendlichen im Jugendhaus TREFFER in Köln (S. 46) wird deutlich, dass viele junge Menschen politisch interessiert sind, sich aber nicht ausreichend ernst genommen fühlen. Fehlende verständliche Informationsangebote und eine Politik, die sich vorrangig an ältere Generationen richtet, verstärken dieses Gefühl. Neben Analysen politischer Strukturen beleuchtet diese Ausgabe auch positive Beispiele für gelungene Jugendbeteiligung. Das Projekt „Jugend trifft Politik“ (S. 42) der BAG EJSA zeigt, wie junge Menschen aktiv in Prozesse der Politikberatung eingebunden werden können. In mehreren Städten kamen junge Menschen mit Bundestagsabgeordneten ins Gespräch. Thematisiert wurden individuelle ebenso wie gesamtgesellschaftliche Problemstellungen. Ein weiteres inspirierendes Beispiel liefert Balow, ein kleines Dorf in Mecklenburg-Vorpommern, das Jugendbeteiligung erfolgreich zur Normalität gemacht hat. Wie Frederic Werner beschreibt (S. 38), zeigt sich hier, dass Mitbestimmung bereits in der Kita beginnt und in der Kommunalpolitik fortgesetzt wird. Schließlich werfen wir mit Josefine Janert (S. 34) einen Blick auf historische Aufarbeitungsprozesse in Hoyerswerda. Hier treffen sich Schüler*innen mit Nachkommen von Verfolgten des NS-Regimes, um sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. In einer Stadt, die für rassistische Ausschreitungen in den 1990er Jahren bekannt wurde, ist dies ein wichtiges Zeichen gegen das Vergessen – und ein Beispiel für gelungene politische Bildung.

Diese Ausgabe zeigt: Junge Menschen sind politisch interessiert, sie engagieren sich und sie haben klare Vorstellungen von einer gerechteren Gesellschaft. Entscheidend ist, dass sie Raum und Möglichkeiten haben, um Demokratie aktiv mitzugestalten. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten!

Mit herzlichen Grüßen,

Christine Lohn

Geschäftsführerin Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit



jugendsozialarbeit.de

Analyse

Engagement, Bildung und Demokratie Wie bürgerschaftliches Engagement Demokratie stärkt	Jana Priemer 4
Kampf um die Jugend Wie Rechtsextreme ländliche Räume erobern	Nils Zimmer, Prof. Dr. Nina Kolleck 8
Digital Streetwork Zur Förderung von demokratischer Teilhabe	Fabian Hemmerich, Elisabeth Schmutz 12
Lauter Hass – Leiser Rückzug Aktuelle Zahlen zu Hass im Netz	Melina Honegg 16
Politisch zwischen Klick und Commitment Wie junge Menschen Gesellschaft gestalten	Ina Weigelt, Susanne Kuger 20

Interview

„Demokratie ist cool“	Interview mit dem YES Forum 27
-----------------------	--------------------------------------

Vor Ort

Seid ihr freiwillig hier?	Josefine Janert 34
---------------------------	--------------------------

Praxis konkret

Jugendbeteiligung muss Normalität und selbstverständlich sein von der Enquetekommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“	Frederic Werner 38
Jugend trifft Politik – denn Zukunft ist immer! Beteiligung junger Menschen an der verbandlichen Politikberatung	Christine Lohn 42

Nachgefragt

Wie steht es um das Wahlverhalten von Jugendlichen?	Lioba Einhoff 46
---	------------------------

Kommentar

Extrem einsam? Einsamkeitserfahrungen und Radikalisierungstendenzen	Melanie Weiser 49
--	-------------------------

Nachlese

Der 17. Kinder- und Jugendbericht Aufgaben für die Jugendsozialarbeit	Michael Scholl 52
--	-------------------------

Impressum 55



Analyse

ENGAGEMENT, BILDUNG UND DEMOKRATIE

Wie bürgerschaftliches Engagement Demokratie stärkt

VON JANA PRIEMER

Bürgerschaftliches Engagement stärkt die Demokratie. Es birgt jedoch besonders für bildungsbenachteiligte Menschen das Risiko, soziale Ungleichheiten zu vertiefen. Bildung ist zugleich der Schlüssel, um Chancen zu fördern, Spaltungen zu überwinden und Teilhabe zu sichern. Die Zivilgesellschaft spielt dabei eine zentrale Rolle, indem sie durch gezielte Bildungsangebote Barrieren abbaut und damit mehr Chancengleichheit fördert.

„Bürgerschaftliches Engagement stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“

Engagement, Bildung und Demokratie sind eng miteinander verknüpft. Dieser Beitrag beleuchtet, warum soziale Ungleichheiten durch Engagement zugleich verstärkt werden können und welche Risiken daraus für die Demokratie entstehen. Zugleich wird verdeutlicht, wie die Zivilgesellschaft aktiv entgegenwirkt, indem sie vielfältige Bildungsangebote schafft und so zur Verringerung von Bildungsungleichheiten beiträgt – was letztendlich wieder die Demokratie stärkt.

Bürgerschaftliches Engagement: vielfältige Potenziale für Gesellschaft und Individuum

Engagement als unverzichtbarer Pfeiler einer demokratischen Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement wird als zentraler Wert für die Demokratie angesehen, da es den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt, die politische Teilhabe fördert und zur Integration marginalisierter Gruppen beiträgt. Engagierte Bürger*innen tragen zur Gemeinschaftsbildung bei, indem sie Netzwerke schaffen, Solidarität fördern und gesellschaftliche Herausforderungen gemeinsam angehen. Dies unterstützt das Fundament einer stabilen und inklusiven Demokratie. Durch bürgerschaftliches Engagement können die Menschen aktiv an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen teilnehmen und ihre Interessen einbringen. Benachteiligte Gruppen können durch Engagement ihre Stimmen erheben, sich in der Öffentlichkeit Gehör verschaffen und so für ihre Rechte eintreten. Dadurch wird die Demokratie lebendig, repräsentativ und inklusiv, was auch Chancengleichheit fördert.

Gerade in politisch unruhigen Zeiten, in denen rechtspopulistische Kräfte auf dem Vormarsch sind, wird daher große Hoffnung in das bürgerschaftliche Engagement gesetzt. Ein zentrales Potenzial des Engagements liegt in der Förderung demokratischer Resilienz. Bürgerschaftliches Engagement, das auf inklusiven Werten basiert, kann ein starkes Gegengewicht zu rechtspopulistischen Strömungen bilden. Es stärkt demokratische Werte wie Toleranz und Vielfalt und bietet Plattformen für den Dialog, in denen unterschiedliche Perspektiven gehört werden. Darüber hinaus spielt das bürgerschaftliche Engagement eine wichtige Rolle in der Aufklärung und Prävention. Engagierte Bürger*innen setzen sich aktiv mit gesellschaftlichen Themen auseinander, was das Verständnis für demokratische Prozesse vertieft und die politische Mündigkeit stärkt. Gleichzeitig trägt es dazu bei, der Verbreitung von Desinformationen entgegenzuwirken.

Individuelle Vorteile und persönliche Entwicklungspotenziale durch Engagement. Bürgerschaftliches Engagement kann zudem mit einer Reihe positiver Effekte für die Engagierten einhergehen. Beispielsweise wurde nachgewiesen, dass Engagement für

das geistige und körperliche Wohlbefinden förderlich ist (u. a. Lum & Lightfoot, 2005). Darüber hinaus ermöglicht Engagement die Erweiterung von Netzwerkkontakten, sowohl im privaten als auch im beruflichen Bereich. Sozialwissenschaftler*innen sprechen in diesem Zusammenhang von der Akkumulation sozialen Kapitals, was zu einer Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe bis hin zur Verbesserung von beruflichen Chancen und letztlich zu einer Steigerung des Erwerbseinkommens führen kann (u. a. Bourdieu, 2012; Lin et al., 2017).

Engagement und politische Partizipation bieten zudem wertvolle Chancen für die persönliche Entwicklung. Im Rahmen des Engagements gibt es zahlreiche Gelegenheiten, Erfahrungen zu sammeln und neue Kompetenzen zu erwerben, was sich positiv auf die Bildungsbiografie auswirken kann. Laut dem Freiwilligensurvey 2014 haben die meisten Engagierten durch ihr Engagement verschiedene Fähigkeiten erworben oder weiterentwickelt. Besonders häufig berichten Engagierte davon, im Engagement viel gelernt zu haben. Vor allem die Entwicklung sozialer (87 %) und persönlicher Fähigkeiten (78 %) steht im Vordergrund. Zudem geben 56 % der Jugendlichen an, durch ihr Engagement Fachkenntnisse erworben zu haben (Simonson et al., 2017, S. 369). Fast alle Engagierten (85 %) erfahren zudem einen subjektiven Nutzen der im Engagement erworbenen Fähigkeiten in anderen Lebensbereichen, wie etwa in der Schule, Ausbildung oder im Studium, der beruflichen Tätigkeit oder beim beruflichen Wiedereinstieg (ebd., S. 371). Diese positiven Bildungseffekte können langfristig dazu beitragen, die eigene Lebenslage zu verbessern.

Es ist daher grundsätzlich positiv zu bewerten, dass sich immer mehr Menschen freiwillig engagieren: Laut Freiwilligensurvey ist die Beteiligung zwischen 1999 und 2019 von 31 % auf 40 % deutlich gestiegen (Simonson et al. 2022a, S. 58). Dennoch ist diese Entwicklung ambivalent zu betrachten. Ein häufig unbeachteter Aspekt ist, dass freiwilliges Engagement soziale Ungleichheiten verstärken kann. Eine differenzierte Betrachtung zeigt, dass im Kontext des freiwilligen Engagements häufig die Reproduktion von Marginalisierung stattfindet, wodurch nicht alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen von den Vorteilen bürgerschaftlicher Aktivitäten profitieren.

Die Kehrseite: Ausgrenzung im Engagement und die Folgen für die Demokratie

Ungleiche Beteiligung im freiwilligen Engagement. Ob und wie Menschen sich engagieren, wird von verschiedenen sozialen, ökonomischen und individuellen Faktoren beeinflusst. Studien wie der Freiwilligensurvey und das Sozio-oekonomische Panel

„Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss engagieren sich deutlich seltener.“

(SOEP) zeigen deutlich, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen weniger aktiv in freiwilligen Tätigkeiten sind als andere.

Die Entscheidung, sich freiwillig zu engagieren, hängt dabei von einer Vielzahl von Faktoren ab. Ein zentraler Einflussfaktor ist der Erwerbsstatus: Erwerbstätige Menschen zeigen eine deutlich höhere Bereitschaft zum Engagement als Nicht-Erwerbstätige. Auch materielle Ressourcen spielen eine entscheidende Rolle, da Personen mit höherem Einkommen signifikant häufiger freiwillige Tätigkeiten übernehmen als solche mit geringeren Einkünften. Zudem beeinflussen Zuwanderungserfahrungen das freiwillige Engagement: Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere solche mit Fluchterfahrung, engagieren sich seltener. Darüber hinaus ist Engagement auch regional ungleich verteilt. In wirtschaftlich stärkeren Regionen engagieren sich mehr Menschen als in wirtschaftsschwachen Regionen, was bestehende soziale und wirtschaftliche Ungleichgewichte weiter verstärken kann (Simonson et al. 2022b, S. 69–71).

Ein besonders wichtiger Faktor für das freiwillige Engagement ist der Bildungsstatus. Studien zeigen, dass der Bildungsstand und das Einkommen eine entscheidende Rolle spielen. Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss engagieren sich deutlich seltener als jene mit mittleren oder höheren Abschlüssen. Laut dem Freiwilligensurvey 2019 gaben 51 % der Personen mit höherem Bildungsabschluss an, sich freiwillig zu engagieren, während es bei Personen mit mittlerem Abschluss nur 34 % und bei denen mit niedrigem Abschluss lediglich 26 % waren. Besonders auffällig ist, dass sich diese Unterschiede im Engagement im Laufe der Zeit noch verstärkt haben. Der Anstieg der Engagementquote zeigt klare Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen: Personen mit hohem Bildungsabschluss verzeichneten einen signifikanten Zuwachs von 11 Prozentpunkten, von 40 % im Jahr 1999 auf 51 % im Jahr 2019. Im Vergleich dazu stieg der Anteil der Engagierten unter Personen mit mittlerem Bildungsabschluss im selben Zeitraum lediglich um 2,5 Prozentpunkte, während bei Personen mit niedrigem Bildungsstatus keine Veränderung zu verzeichnen war (Simonson et al. 2022b, S. 81).

Verstärkung sozialer Ungleichheit als Gefahr für die Demokratie.

Die Auswirkungen dieser Ausgrenzungen im Engagement können sowohl für das Individuum als auch für die Gesellschaft Gefahren bergen. Jugendliche aus benachteiligten sozialen Hintergründen sind beispielsweise in mehrfacher Hinsicht benachteiligt. Ihr sozialer Status erschwert den Zugang zu bürgerschaftlichem Engagement und anderen Formen der Beteiligung. Infolgedessen bleiben ihnen auch die individuellen positiven Effekte des Engagements weitgehend verwehrt. Konkret bedeutet dies, dass sie im Vergleich zu jenen Gleichaltrigen, die sich engagieren, kaum von den Bildungseffekten profitieren, die mit Engagement verbunden sind. Dies führt

dazu, dass bereits privilegierte Jugendliche ihren Vorsprung weiter ausbauen, während benachteiligte Gruppen zunehmend ins Hintertreffen geraten, da sie auf ihrem niedrigen Bildungsstatus „sitzen bleiben“. Dieser Effekt ist gut belegt: Engagierte mit höherem Bildungsniveau profitieren am meisten von den im Engagement erworbenen Fähigkeiten. Sie berichten häufiger als Personen mit niedriger oder mittlerer Bildung, dass die im Engagement gewonnenen Kompetenzen für den beruflichen Wiedereinstieg oder die berufliche Tätigkeit von Nutzen sind (Simonson et al. 2017, S. 375).

Engagement kann somit nicht nur dazu beitragen, soziale Ungleichheit zu reproduzieren und zu verstärken, sondern langfristig auch die gesellschaftliche Spaltung weiter vertiefen und damit sogar die Stabilität berücksichtigen, wie der Bildungsstatus auch andere Bereiche der politischen Beteiligung beeinflusst, denn auch politische Integration und politische Teilhabe sowie konkrete Wahlentscheidungen hängen eng mit Bildungserfolg zusammen.

Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen zeigen ein größeres Interesse an politischen Themen und beteiligen sich wesentlich häufiger an politischen Partizipationsprozessen. Der Bildungsabschluss ist dabei ein stärkerer Prädiktor für politisches Interesse und politische Beteiligung als andere Faktoren wie etwa soziostrukturelle Merkmale, einschließlich des Alters. Jüngere Menschen bevorzugen zwar andere Formen der politischen Partizipation als ältere Menschen – wie Demonstrationen oder Unterschriftensammlungen –, doch sie partizipieren nicht grundsätzlich seltener. Der Bildungsstand bleibt jedoch ein entscheidender Faktor für politische Beteiligung: Bei allen politischen Beteiligungsformen partizipieren Menschen mit Hochschulbildung häufiger als jene mit niedrigeren Bildungsabschlüssen (Weßels 2024, S. 346).

Diese Unterschiede spiegeln eine sozial bedingte politische Ungleichheit wider, die sich auch im Wahlverhalten niederschlägt und damit das Gefüge demokratischer Teilhabe maßgeblich beeinflusst. Dies verdeutlichen nicht nur die Ergebnisse der Landtagswahl in Thüringen im September 2024, bei der in der Gruppe der Wähler mit niedriger Bildung doppelt so viele Stimmen an die AfD gingen als in der Gruppe mit höherer Bildung (Tagesschau 2024). Vielmehr reiht sich diese Wahl in ein breiteres Muster ein.

Abhilfe durch umfassendere Bildung

Mehr und umfassendere Bildungsangebote durch die Zivilgesellschaft. Angesichts dessen sind umso größere Anstrengungen für bessere Bildungschancen und eine umfassende lebens-

lange Bildung notwendig, wobei alle gesellschaftlichen Kräfte einzubeziehen sind (u. a. Maaz & Lörz 2024, S. 19). Die gute Nachricht: Einen wesentlichen Beitrag leistet hierbei die Zivilgesellschaft – immer mehr engagierte Einzelpersonen und zivilgesellschaftliche Organisationen bieten gezielt Bildungsangebote an und tragen so aktiv zu mehr Bildungsgerechtigkeit bei.

In den letzten zwei Jahrzehnten sind zahlreiche Organisationen und Initiativen entstanden, die Bildungsdefizite bei benachteiligten Kindern und Jugendlichen ausgleichen wollen. So vereint der 2022 gegründete Bundesverband für Soziales Mentoring e. V. mittlerweile 120 Mentoringorganisationen und -programme – viele davon wurden erst in den letzten 20 Jahren ins Leben gerufen¹, ebenso wie der Bundesverband MENTOR-Bundesverband e. V. mit über 500 bundesweiten Standorten. Inzwischen unterstützen allein mehr als 15.000 ehrenamtliche MENTOR-Lesernhelfer*innen Kinder beim Leselernen.² Wie viele weitere engagierte Menschen in vergleichbaren Leserninitiativen aktiv sind, bleibt unklar. Fest steht jedoch: Immer mehr Menschen setzen sich in immer mehr zivilgesellschaftlichen Organisationen für Bildung ein und leisten einen wichtigen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit.

Im Projekt „Zivilgesellschaft und Bildung. Bürgerschaftliches Engagement in kommunalen Bildungslandschaften“ ermittelten wir, dass etwa 19 Millionen Menschen durch ihr Engagement Bildungsangebote für andere bereitstellen und so zu deren persönlicher Kompetenzentwicklung beitragen (Rößler-Prokhorenko et al., 2024). Zudem bietet jeder zweite eingetragene Verein Bildungsangebote an, das entspricht etwa 300.000 Vereinen (Priemer et al., 2024). Die zivilgesellschaftlichen Akteure, die Bildungsbeiträge leisten, sind äußerst vielfältig. Jede dritte Stiftung hat Bildung als Stiftungszweck (Priemer et al., 2019), und zahlreiche weitere Organisationen sowie informelle Gruppen und Initiativen engagieren sich in der Bereitstellung von Bildungsangeboten. Dabei decken sie zahlreiche Lebensbereiche ab – von Kultur über Umwelt und Sport bis hin zu Gesundheit. Besonders profitieren davon Kinder und Jugendliche, vor allem jene mit besonderen Bedürfnissen (Priemer et al., 2024; Rößler-Prokhorenko et al., 2024). Dieses Bildungsengagement ist eine wertvolle Ergänzung zu öffentlichen Bildungsangeboten. Es stärkt die Demokratie in zweifacher Hinsicht: Einerseits fördern die Beiträge zivilgesellschaftlicher Akteure den Bildungserfolg und das lebenslange Lernen, was wiederum die demokratische Teilhabe stärkt. Zugleich trägt gerade Bildungsengagement für benachteiligte Kinder und Jugendliche dazu bei, das gleiche Recht auf Bildung für alle Mitglieder der Gesellschaft zu verwirklichen.

Demokratie nachhaltig stärken durch gezieltes Bildungsengagement. Bildungsengagement ist kein Selbstläufer – es benötigt gute Rahmenbedingungen, die jedoch nicht überall gegeben sind. So mangelt es beispielsweise an der Anerken-

nung der Expertise zivilgesellschaftlicher Bildungsakteure, so dass längst nicht alle zivilgesellschaftliche Bildungsakteure von Schulen oder Kommunen als gleichwertige Kooperationspartner anerkannt werden (Priemer et al., 2024b). Dies liegt auch daran, dass zivilgesellschaftliche Akteure vorwiegend zur non-formalen und informellen Bildung beitragen – Bereiche, die nicht die gleiche Anerkennung erfahren wie die formale Bildung. Schließlich werden daher nicht alle zivilgesellschaftlichen Bildungsakteure als potentielle Kooperationspartner anerkannt und in die Bildungsnetzwerke eingebunden. Vor allem jüngere zivilgesellschaftliche Organisationen sowie rein ehrenamtlich arbeitende Gruppen werden häufig nicht in die lokalen Bildungslandschaften eingebunden (Priemer, 2024; Priemer et al., 2024b; Sohrabi & Süß, 2024). Damit Zivilgesellschaft ihr Potenzial voll ausschöpfen kann, müssen ihre Bildungsbeiträge daher besser anerkannt werden – auch von etablierten Bildungsakteuren wie Schulen und Universitäten. Um dies zu erreichen, müssen zukünftig alle Bildungsbereiche stärker integriert betrachtet werden, um gemeinsam wirksame Angebote zu schaffen – so kann Bildungsengagement zu einer tragenden Säule der Demokratie werden (Hutter et al., 2024).

Autorin:

JANA PRIEMER, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung im Forschungsprojekt „Zivilgesellschaft und Bildung. Bürgerschaftliches Engagement in kommunalen Bildungslandschaften“, einem Verbundforschungsprojekt mit Stiftungen und Bildung e. V.

✉ jana.priemer@wzb.eu
www.zivilgesellschaft-bildung.de

Anmerkungen:

- <https://bundesverband-mentoring.social/ueber-uns/>, Zugriff am: 07.02.2025.
- <https://mentor-bundesverband.de/>, Zugriff am: 07.02.2025.

Der Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit hat das Thema „Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Schulalter“ jüngst in einem 4-seitigen Themenblatt komprimiert dargelegt:





Analyse

KAMPF UM DIE JUGEND

Wie Rechtsextreme ländliche Räume erobern

VON NILS ZIMMER UND PROF. DR. NINA KOLLECK

Immer mehr junge Menschen stimmen rechten bis rechtsextremen Einstellungen zu. Das geht nicht nur aus der aktuellen Mitte-Studie hervor (Zick et al., 2023), sondern wird auch durch Umfragen zum Wahlverhalten der 16- bis 24-Jährigen bestätigt. Besonders weitverbreitet sind solche Tendenzen in ländlichen Regionen. Dieser Trend wirft wichtige Fragen auf, um die es im Folgenden gehen soll: Welche Faktoren treiben junge Menschen in die Arme populistischer und rechtsextremer Kräfte? Und welche Rolle spielen soziale und kulturelle Strukturen vor Ort?

Bereits in der Vergangenheit erzielten rechtsextreme Parteien ihre größten Erfolge in ländlichen Regionen. Doch die aktuellen Entwicklungen weisen eine neue Dimension auf: Rechte und rechtsextreme Akteure nutzen gezielt die Schwächen und Herausforderungen dieser Gebiete, um sich zu etablieren. Andrea Röpke und Andreas Speit (2019) sprechen in diesem Zusammenhang von „völkischer Landnahme“:

„Sie kaufen Gutshöfe, siedeln sich mit Familien und Gleichgesinnten in entlegenen Regionen an. Sie bewirtschaften Bauernhöfe, pflegen Land und Vieh, ökologisch und artgerecht, bringen sich in Vereinsleben, Eltern- und Umweltinitiativen ein, bemühen sich um Gemeinwohl, Kultur, Naturschutz. Sie pachten Jagdgründe, hegen den Wildbestand und pflegen den Wald. Der Aktionsrahmen extrem rechter Akteure mit unterschiedlichstem politischem Hintergrund ist vielfältig, doch die Handlungsmuster ähneln sich.“ (Röpke & Speit, 2019, S. 6)

Rechtsextreme Organisationen spielen dabei eine zentrale Rolle. Sie treten genau dort auf, wo kulturelle Angebote und Jugendarbeit verschwunden sind, und bieten vermeintlich attraktive Alternativen. Mit gezielten Aktivitäten schaffen sie Anknüpfungspunkte für Jugendliche, die oft wenig andere Möglichkeiten haben, sich vor Ort zu engagieren oder Gemeinschaft zu erleben. Durch Sportgruppen, Vereine und kulturelle Veranstaltungen verankern sich diese Strukturen im Alltag der jungen Menschen.

Dieser Beitrag beleuchtet die Faktoren, die diese Entwicklungen begünstigen und wirft einen Blick darauf, wie rechtsextreme Akteure lokale Traditionen und Begriffe für ihre Zwecke einsetzen. Abschließend betrachten wir, wie Jugendkulturarbeit der zunehmenden Verankerung rechtsextremer Kräfte in ländlichen Regionen entgegenwirken kann, und stellen praxisnahe Beispiele vor.

Ursachen für Strukturschwäche und Rechtsruck

Rechtsextreme Gruppierungen gewinnen in strukturschwachen und peripheren Regionen zunehmend an Einfluss. Um zu verstehen, warum diese Akteure hier so erfolgreich sind, muss man die lokalen Dynamiken im Kontext größerer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungen betrachten.

Die Strukturschwäche ländlicher Gebiete ist oft eine Folge von Sparmaßnahmen und wirtschaftlichem Wettbewerb. Investitionen bleiben aus, soziale Ungleichheiten verschärfen sich und die kommunale Handlungsfähigkeit wird eingeschränkt (Belina et al., 2021; Dudek, 2021). Vor allem Bildungs- und Kulturangebote leiden stark unter diesen Einschnitten. Die Folgen sind gravierend: Fehlende Freizeitangebote für Jugend-

liche, schwindende Perspektiven und eine wachsende soziale Entfremdung. Eingeschränkte Mobilitätschancen verstärken diese Entwicklungen zusätzlich. Lisa Maschke, Michael Mießner und Matthias Naumann (2021) beschreiben, wie solche Gegebenheiten gezielt von rechtsextremen Kräften instrumentalisiert werden:

*„Wirtschaftliche Entwicklungen, die Extraktion von Ressourcen, die Abwanderung von Arbeitskräften aus ländlichen Räumen sowie weitere ökonomische und demographische Probleme können zu einem Gefühl des Abgehängtseins, der Ohnmacht und der Alternativlosigkeit in ländlichen Räumen beitragen. Diese Wahrnehmung kann von autoritären Populist*innen in rassistische, autoritäre oder homophobe Einstellungen kanalisiert werden.“ (ebd., S. 106)*

Ein Blick auf die Mittelverteilung im Kulturbereich zeigt, dass große Städte deutlich höhere Zuschüsse pro Kopf erhalten als kleinere Gemeinden (vgl. Statistisches Bundesamt, 2022). Diese Ungleichheit schafft ein Vakuum, in dem rechtsextreme Akteure gezielt mit scheinbar attraktiven Freizeitangeboten auftreten.

„Rechtsextreme Organisationen treten genau dort auf, wo kulturelle Angebote und Jugendarbeit verschwunden sind.“

Sie bauen eigene Angebote aus, um sich in vorpolitische Räume einzubringen, und versuchen so eine strategische Präsenz in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft zu etablieren. Ob Kampfsportgruppen, Jugendvereine oder kulturelle Veranstaltungen: Sie bieten jungen Menschen nicht nur Unterhaltung, sondern zusätzlich eine Ideologie, die sich in diese Aktivitäten einfügt. Zudem ist auch bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Regionen nicht immer frei von problematischen Haltungen. Claudia Neu und Ljubica Nikolic (2024) beschreiben es so:

*„Angesichts der Wahlerfolge der AfD, insbesondere auch in den ländlichen Räumen, muss jedoch die Frage nach dem ‚hässlichen‘ Engagement aufkommen. Geht man davon aus, dass sich AfD-Wähler*innen in gleichem Maße bürgerschaftlich engagieren, wie Wähler*innen anderer Parteien, so impliziert dies, dass auch Engagierte in nicht unerheblichem Maße mit dem rechten Rand sympathisieren. Der Skatbruder ist ein*

„Gerade in ländlichen Regionen ist kulturelle Bildung oft entscheidend für die Gemeinschaftsbildung.“

Rechtspopulist, der Trainer der Fußballjugend hat ein persönliches Problem mit Zuwanderung und die Vorsitzende des Fördervereins der Grundschule ein erzkonservatives Familien- und Gesellschaftsbild?“ (ebd., S. 172)

Völkische Traditionsbegriffe in der kulturellen Bildung

Die vielfältigen Ausprägungen kultureller Bildungsangebote in ländlichen Regionen zeichnen sich oft durch tief verwurzelte lokale Traditionen und Semantiken aus (Kolleck et al., 2022; Kolleck & Fischer, 2023). Diese sind zwar nicht zwangsläufig mit antipluralistischen oder autoritären Weltbildern verbunden (Beetz & Jacob, 2023), bieten jedoch unbestreitbare Anknüpfungspunkte für rechte und rechtsextreme Akteure. Anna Regener, Andreas Kallert und Simon Dudek (2022) untersuchen beispielsweise, wie der Begriff „Heimat“ strategisch für politische Zwecke genutzt wird. „Heimat [wird] häufig als politisches Schlagwort verwendet, um Gefühle der Zugehörigkeit und Verbundenheit hervorzuheben und das Bild einer harmonischen Gemeinschaft zu erzeugen“ (ebd.). In diesem Zusammenhang stellen sie heraus, dass dieser Begriff auch „als Referenzpunkt für völkische Politik“ (ebd., S. 428) eine zentrale Rolle spielt.

Gerade in ländlichen Regionen ist kulturelle Bildung oft entscheidend für die Gemeinschaftsbildung. Diese kann eine offene, pluralistische Gemeinschaft fördern, die sich an demokratischen Werten orientiert oder unreflektiert Ausschlussmechanismen (re-)produziert. Es ist daher entscheidend, kulturelle Programme kritisch zu gestalten und auf inklusiven Werten aufzubauen (Büdel & Kolleck, 2023). In diesem Zusammenhang spielt auch die Sozialisation eine wesentliche Rolle. Historisch gewachsene Traditionen, Erziehungspraktiken und familiäre Strukturen prägen die Wertekontexte und Weltbilder junger Menschen. Diese werden nicht nur in der Familie, sondern auch in der Schule und durch lokale kulturelle Angebote weitergegeben. Bleibt eine kritische Auseinandersetzung mit solchen Traditionen aus, besteht die Gefahr, dass sie für rechtsextreme Strömungen anschlussfähig werden.

Ein zusätzliches Problem in ländlichen Regionen sind neben einer oft schwach ausgeprägten kritischen Zivilgesellschaft unzureichende Angebote einer vielfältigen politischen Bildung, deren Ziel es ist, junge Menschen dazu zu befähigen, komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge zu verstehen und kritisch zu hinterfragen. Hier setzt kulturelle Bildung an, die jungen Menschen auf kreative und alltagsnahe Weise Räume für kritisches Denken bieten kann.

Praktische Gegenstrategien

Ländliche Räume zeichnen sich jedoch keinesfalls ausschließlich durch eine hohe Zustimmung zu rechten Einstellungen aus. Es gibt Projekte und Initiativen, die zeigen, wie emanzipatorische Ansätze erfolgreich sein können. Von solidarischer Landwirtschaft über selbstverwaltete und alternative Kulturprojekte bis hin zu sozialen Initiativen, die sich in lokalen Strukturen verankern – viele dieser Ansätze fördern eine demokratische Kultur und gesellschaftlichen Wandel. Dabei ist anzunehmen, dass „die Übersichtlichkeit des Landes und die Tatsache, dass ‚jeder jeden kennt‘, [...] progressive Mobilisierungen aus der Zivilgesellschaft“ (Belina, 2022, S. 60) grundsätzlich sogar erleichtern. Gerade im Kulturbereich liegt hier großes Potenzial.

Wie bereits beschrieben, hinterlässt der Rückgang kultureller Angebote in ländlichen Gebieten Lücken, die von rechtsextremen Akteuren gefüllt werden. Dem kann durch die gezielte Förderung von Kunst, Musik, Theater und Sport begegnet werden. Solche Programme bieten nicht nur kreative Ausdrucksmöglichkeiten, sondern fördern auch das kritische Denken und die sozialen Kompetenzen junger Menschen. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass Jugendliche aktiv in kulturelle Projekte eingebunden werden, die sie dazu ermutigen, ihre eigenen Perspektiven zu entwickeln und sich mit gesellschaftlich relevanten Themen wie sozialer Gerechtigkeit, Klimaschutz und gesellschaftlicher Teilhabe auseinanderzusetzen. Wichtig ist dabei, dass sie nicht nur als Teilnehmende, sondern als Mitgestaltende wahrgenommen werden (dazu Zimmer & Kolleck, 2024). Solche Projekte können dazu beitragen, ein stärkeres Bewusstsein für demokratische Ideen, Zusammenhalt und Solidarität zu schaffen, sofern sie – wie bereits angedeutet – bestehende Verhältnisse nicht schlicht affirmieren, sondern die Bedingungen eines erstarkenden Rechtsextremismus ebenfalls kritisch hinterfragen (vgl. Feldmann/Zimmer 2025).

Ein weiteres Schlüsselement ist die Bildung von Netzwerken zwischen verschiedenen Akteuren. Schulen, gemeinnützige Organisationen, Künstler*innen, Kulturschaffende und lokale Initiativen sollten zusammenarbeiten, um ein vielfältiges und nachhaltiges Angebot an kultureller Bildung zu schaffen. Diese Netzwerke ermöglichen nicht nur den Austausch zwischen Jugendlichen, sondern fördern auch den Aufbau gegenseitiger Unterstützung.

Ein Beispiel für eine solche Initiative ist „Polylux“, ein Netzwerk, das sich gegen den Rechtsruck in Ostdeutschland engagiert. Unter dem Motto „Es gibt den anderen Osten“ setzt sich Polylux dafür ein, bedrohte Projekte in ländlichen Regionen zu stärken und dadurch Räume für Vielfalt und Miteinander zu schaffen, sofern sie – wie bereits angedeutet – bestehende

Verhältnisse nicht schlicht affirmieren, sondern die Bedingungen eines erstarkenden Rechtsextremismus ebenfalls kritisch hinterfragen (vgl. Feldmann/Zimmer 2025).

„Offene Jugendarbeit ohne Rassismus, Nachbarschaftszentren ohne Rechtsrock, antirassistische Sportvereine, alternative Konzerte oder Kinovorstellungen. Diese Projekte geraten mit dem zunehmenden politischen Einfluss der AfD unter Druck. Wir unterstützen sie mit einem solidarischen Netzwerk, das stärker ist als rechte Hetze.“

Die Arbeit von PolyLux zeigt, wie wichtig finanzielle und strukturelle Unterstützung für bedrohte Projekte in ländlichen Regionen ist. Es geht darum, Vereine und Initiativen, die sich für Vielfalt und gegen Diskriminierung einsetzen, langfristig zu sichern und damit nachhaltige Strukturen zu schaffen. Mit gezielter Förderung und Zusammenarbeit lassen sich kulturelle Bildungsangebote aufbauen, die junge Menschen ansprechen und ihnen Perspektiven bieten. Gerade in Zeiten politischer und gesellschaftlicher Polarisierung sind solche Projekte essenziell, um Solidarität und kulturelle Vielfalt zu stärken.

Fazit und Ausblick

Die außerschulische Jugendkulturarbeit hat das Potenzial, jungen Menschen in ländlichen Regionen Perspektiven zu eröffnen, die sie für demokratische Ideen sensibilisieren und ihre Resilienz gegenüber rechtsextremen Einflüssen stärken. Besonders in strukturschwachen Gebieten, wo kulturelle Angebote oft fehlen, ist es entscheidend, präventive Bildungsprogramme zu schaffen. Diese müssen Jugendliche nicht nur informieren, sondern sie aktiv in Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse einbinden. Doch viele dieser Projekte kämpfen mit finanziellen und strukturellen Herausforderungen. Die chronische Unterfinanzierung des Kulturbereichs macht es schwer, nachhaltige Angebote zu etablieren. Dennoch sind diese Initiativen essenziell, um Räume für Vielfalt, kritisches Denken und gesellschaftliches Engagement zu schaffen. Ohne diese Bemühungen droht die Gefahr, dass bestehende Leerstellen weiter von rechtsextremen Akteuren besetzt werden – mit schwerwiegenden Folgen für das gesellschaftliche Zusammenleben. Langfristige Investitionen in kulturelle Bildung und politische Aufklärung sind unerlässlich, um junge Men-

schen zu erreichen und ländliche Regionen zu stärken. Diese Maßnahmen bieten nicht nur Schutz vor rechtsextremen Einflüssen, sondern fördern auch eine zukunftsfähige Gesellschaft, die auf Solidarität, Toleranz und Vielfalt aufbaut.

Autor*innen:
NILS ZIMMER promoviert an der Universität Potsdam zu den Themen kulturelle Bildung, Jugend und Rechtsextremismus.
✉ nils.zimmer@uni-potsdam.de

PROF. DR. NINA KOLLECK, Professorin für Erziehungs- und Sozialisationstheorie an der Universität Potsdam.
✉ nina.kolleck@uni-potsdam.de

Das Literaturverzeichnis finden Sie auf jugendsozialarbeit.de/dreizehn33





Analyse

DIGITAL STREETWORK

Zur Förderung von demokratischer Teilhabe junger Menschen in Zeiten von Fake News, Desinformation und Hate Speech

VON FABIAN HEMMERICH UND ELISABETH SCHMUTZ

Mit der Etablierung flächendeckender Internet-Nutzungsmöglichkeiten war und ist die Hoffnung verbunden, allen Menschen gleiche Informationsmöglichkeiten zu bieten und somit demokratische Teilhabe zu fördern. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch schnell, dass demokratische Teilhabe im digitalen Raum immer auch gefährdet ist, u. a. durch die zunehmende Verbreitung von Fake News und gezielten Desinformationskampagnen in sozialen Netzwerken (z. B. TikTok, Instagram u. v. m.). Gerade für sozial benachteiligte junge Menschen ergeben sich hier große Herausforderungen.

Jugendsozialarbeit kommt eine wichtige Rolle zu, um junge Menschen niedrigschwellig zu erreichen und ihre demokratische digitale Teilhabe zu fördern. Effektiv kann dies jedoch nur dann gelingen, wenn Jugendsozialarbeit für die Kommunikation mit jungen Menschen auch selbst auf digitale Mittel zurückgreift. Ein hoher Stellenwert ist vor diesem Hintergrund „Digital Streetwork“ beizumessen.

Wie funktioniert „Digital Streetwork“?

Während sich analoge Streetwork v. a. dadurch definiert, dass Adressat*innen, die nicht mehr hinreichend durch das etablierte Versorgungssystem erreicht werden, in ihrer Lebenswelt aufgesucht werden,¹ erweitert „Digital Streetwork“ dieses Verständnis um niedrigschwellige Gesprächsangebote in den digitalen Lebenswelten der Zielgruppe.² Mit Blick auf Jugendliche ist dabei besonders die Adressierung über soziale Netzwerke bedeutsam. Bei der Ausgestaltung der Adressierung lassen sich verschiedene Formen unterscheiden. Eine eher defensive Form zeichnet sich z. B. dadurch aus, dass Fachkräfte zunächst unerkannt in einer beobachtenden Rolle in den sozialen Netzwerken aktiv sind, aber auch systematisch immer wieder zielgruppengerechte Inhalte posten, um Jugendliche über Kontakt- und Unterstützungsmöglichkeiten zu informieren. Hingegen zeichnet sich eine eher offensive Form dadurch aus, dass Fachkräfte die Jugendlichen in den sozialen Netzwerken aktiv kontaktieren, etwa durch Beteiligung an der Kommunikation in zielgruppenrelevanten Chats oder im Kommentarbereich unter Posts.³

Wie gefährden Fake News, Desinformation und Hate Speech in sozialen Netzwerken die demokratische Teilhabe junger Menschen?

Soziale Netzwerke haben in den Lebenswelten junger Menschen eine große Bedeutung, und zwar auch beim Informieren zu politischen Themen.⁴ Neben seriösen und fundiert recherchierten Inhalten können Jugendliche dort auch auf Inhalte stoßen, die Fakten systematisch verdrehen, menschenfeindliche Narrative bedienen und demokratiefeindlich sind. „Fake News“, also Falschmeldungen, die jedoch im Gewand von seriösen und wahren Nachrichtenmeldungen daherkommen, sind für viele User*innen zunächst nicht von echten Nachrichten unterscheid-

bar. Zusätzlich erschwert wird die Unterscheidung v. a. dann, wenn Fake News einen wahren „Kern“ enthalten, der jedoch mit falschen Aspekten „angereichert“ wird. In der Annahme, dass es sich um Fakten handelt, teilen nicht wenige User*innen rezipierte Fake News anschließend mit anderen User*innen, was zusätzlich zur schnellen Weiterverbreitung von Falschinformationen beitragen kann. Oftmals sind Fake News Bestandteil systematischer Desinformationskampagnen von extremistischen oder populistischen Akteur*innen oder von autokratischen oder totalitären Staaten. Ein zentrales Ziel ist dabei, das Vertrauen in demokratische Institutionen und seriöse Medien zu beschädigen. Besonders perfide daran ist, dass Akteur*innen, die Fake News verfassen und verbreiten sowie Desinformationskampagnen organisieren, sich nicht selten selbst als „wahre Demokrat*innen“ stilisieren, während sie zugleich demokratische Institutionen und öffentlich-rechtliche Medien als vermeintlich „undemokratisch“ anprangern. Grundlegende Tatsachen werden somit systematisch ins Gegenteil verkehrt. Zentraler Bestandteil vieler Fake News und Desinformationskampagnen ist außerdem „Hate Speech“, bei der bestimmte Einzelpersonen (z. B. Politiker*innen demokratischer Parteien) oder soziale Gruppen (z. B. Migrant*innen) systematisch als Feindbilder aufgebaut und in hetzerischer Weise für gesellschaftliche Missstände verantwortlich gemacht werden.

Vor der Gefahr, auf Fake News und Desinformation in sozialen Netzwerken „hereinzufallen“, sind auch Erwachsene nicht gefeit. Jedoch stellt sich die Tragweite dieser Problematik für Jugendliche besonders gravierend dar. Dies liegt zum einen daran, dass Jugendliche, wie oben bereits ausgeführt wurde, besonders stark auf soziale Netzwerke zurückgreifen, um sich zu informieren und daher auch mit besonders hoher Wahrscheinlichkeit auf Fake News und Desinformation stoßen. In der jüngsten JIM-Studie (Jugend, Informationen, Medien) geben z. B. etwa 60 % der befragten 12- bis 19-Jährigen an, allein im letzten Monat Fake News begegnet zu sein⁵ – in dieser Zahl nicht inkludiert sind mögliche Fake News, die den Jugendlichen begegnet sind, aber nicht als solche identifiziert wurden. Dies verweist auf die immense Bedeutung von Medienkompetenzen. Hierzu gehören die Fähigkeiten, online fundierte Informationen zu recherchieren, die Quellen von Online-Meldungen zu prüfen und politisch einzuordnen sowie im Rahmen der eigenen Möglichkeiten auch aktiv selbst gegen Fake News und Desinformation vorzugehen (z. B. durch Meldungen bei Plattform-Betreiber*innen oder Meldungen bei gesetzlichen Institutionen, wie jugendschutz.net). Es kann nicht vorausgesetzt werden, dass junge Menschen solche Fähigkeiten einfach „mitbringen“, vielmehr sind sie zur Entwicklung entsprechender Fähigkeiten auf die Begleitung und Unterstützung durch kompetente Bezugspersonen angewiesen. Der Zugang zu solchen unterstützenden Bezugspersonen ist unter jungen Menschen jedoch ungleich verteilt. In diesem Zusammenhang ist auf den Begriff des „Second Level Digital Divide“ zu verweisen. Während der „First Level Digital Divide“ soziale

Ungleichheiten im Hinblick auf den grundsätzlichen Zugang zum Internet (inkl. Ausstattung mit benötigter Hardware etc.) beschreibt, verweist der „Second Level Digital Divide“ darauf, dass besonders bei den Fähigkeiten zur adäquaten Nutzung des Internets (Beispiele siehe oben) soziale Ungleichheiten zu verzeichnen sind.⁶ Menschen mit hohem sozioökonomischem Status (z. B. auch Jugendliche aus bildungsprivilegierten Familien) finden in ihrem Umfeld in der Regel bessere Voraussetzungen zur Förderung von Medienkompetenz vor. Darüber hinaus ist zu beachten, dass gerade junge Menschen aus belastenden Lebensverhältnissen (z. B. prekäre finanzielle Situation und mangelnde Unterstützung der Eltern/Sorgeberechtigten) von manchen extremistischen Akteur*innen gezielt online adressiert werden. So werden die Sorgen dieser jungen Menschen teils kalkuliert aufgegriffen und instrumentalisiert, indem z. B. Politiker*innen demokratischer „Altparteien“ oder bestimmte soziale Gruppen (z. B. Migrant*innen) für die schlechten Lebensumstände der Jugendlichen verantwortlich gemacht werden, um Aggressionen gegen diese Personen oder sozialen Gruppen zu schüren. Jugendliche, die selbst einer sozialen Gruppe angehören, die in den sozialen Netzwerken immer wieder Gegenstand von Hate Speech, ist, können hierdurch in besonderem Maße eingeschüchtert werden, was in der Folge dazu führen kann, dass sie sich aus Angst vor Diskriminierung zunehmend aus der Beteiligung an politischen Diskursen zurückziehen – online ebenso wie „offline“.

Wie kann „Digital Streetwork“ durch Gegenrede gegen Fake News, Desinformation und Hate Speech vorgehen und demokratische Teilhabe fördern?

Um Fake News, Desinformation und Hate Speech wirksam etwas entgegenzusetzen und dabei zugleich die demokratische Teilhabe junger Menschen zu fördern, ist insbesondere aktiver Gegenrede in sozialen Netzwerken große Bedeutung beizumessen. Die Handlungsansätze von „Digital Streetwork“ können hierzu gezielt genutzt werden. Dies soll anhand von drei Fallkonstellationen aufgezeigt werden:

1. Ein*e Jugendliche*r teilt einen Post mit falschen Informationen zu einem gesellschaftlich relevanten Ereignis

Eindeutige Falschinformationen sollten in einer Gegenrede von „Digital Streetworker*innen“ klar als solche benannt werden. Dabei sollten Belege und seriöse Quellen, die ein fundiertes Informieren zum angesprochenen Thema ermöglichen, aufgeführt werden. Sofern eine gepostete Meldung einen wahren „Kern“

hat und „nur“ in Teilen falsche oder missverständliche Informationen enthält, sollten „Digital Streetworker*innen“ möglichst genau beschreiben, welche Informationen falsch bzw. missverständlich sind. Generell sollte die Gegenrede möglichst sachlich und nicht bevormundend erfolgen, damit eine realistische Chance besteht, den*die Jugendliche*n zu erreichen und zum Nachdenken anzuregen und ggf. zugleich das Interesse für weitere Unterstützungsangebote digitaler oder analoger Jugendsozialarbeit zu wecken. Das Platzieren von Gegenrede in einem Kommentar unter dem entsprechenden Post kann den Vorteil haben, dass weitere User*innen auf die Falschinformationen aufmerksam werden. Zusätzlich oder alternativ (je nach fachlicher Einschätzung) kann die Gegenrede aber auch in Form einer privaten Nachricht an den*die Verfasser*in erfolgen.

2. Unter einem Post, in dem hetzerisch über eine bestimmte soziale Gruppe gesprochen wird, finden sich zahlreiche zustimmende Kommentare von Jugendlichen.

In solchen Fällen ist es besonders wichtig, bei der Gegenrede eindeutig Position zu beziehen, falsche, pauschalisierende und missverständliche Informationen richtigzustellen und diskriminierende Kommunikation klar als solche zu benennen und „anzuprangern“, ohne dabei selbst herabsetzende Formulierungen zu verwenden. Zudem sollte die Gegenrede gerade in solchen Fällen in der Kommentarfunktion erfolgen, damit sie auch für andere User*innen sichtbar ist. Nur so besteht die Chance, andere Jugendliche darauf aufmerksam zu machen, dass entsprechendes Verhalten gegen soziale Normen verstößt und nicht einfach „hingenommen“ werden muss. Besonders wichtig erscheint diese Form der öffentlichen Gegenrede nicht zuletzt mit Blick auf all jene Jugendlichen, die selbst einer von Diskriminierung betroffenen sozialen Gruppe angehören und durch entsprechende Posts und zustimmende Kommentare anderer User*innen besonders stark eingeschüchtert und verletzt werden könnten. In der Gegenrede kann es daher sinnvoll sein, zusätzlich auch auf konkrete digitale und analoge Unterstützungsangebote für Jugendliche, die Diskriminierung erfahren, hinzuweisen. Nicht zuletzt sollten „Digital Streetworker*innen“ in ihrer Gegenrede auch auf Möglichkeiten hinweisen, wie Jugendliche selbst aktiv gegen Diskriminierung in sozialen Netzwerken vorgehen können – etwa durch Meldungen bei Plattform-Betreiber*innen oder bei gesetzlichen Institutionen wie jugendschutz.net.

3. Ein*e Jugendliche*r weist im Kommentarbereich unter einem Post auf vorangegangene Falschinformationen hin. Hierfür erfährt sie*er anschließend massive Beleidigungen durch andere User*innen.

In solchen Fällen ist die öffentliche Gegenrede im Kommentarbereich nicht minder wichtig, sollte aber zugleich durch eine direkte Ansprache der*des beleidigt gewordenen User*in ergänzt werden. Dies kann in Form einer privaten Nachricht erfolgen,

in der Anerkennung und Respekt für deren*dessen aktives Vorgehen gegen Falschinformationen und Einstehen für die Wahrheit zum Ausdruck gebracht wird. Zugleich sollten auch dieser* diesem User*in weitere digitale oder analoge Unterstützung offeriert und Möglichkeiten zum aktiven Vorgehen gegen Beleidigungen, Hetze und Diskriminierung in sozialen Netzwerken beschrieben werden.

Fazit und Ausblick

Fake News, gezielte Desinformationskampagnen und Hate Speech sind ernstzunehmende Bedrohungen für unsere Demokratie. Dadurch, dass sie gerade in sozialen Netzwerken – und somit an wichtigen „Informationsorten“ zu politischen Themen für viele junge Menschen – eine große Rolle spielen, gefährden sie insbesondere die demokratische Teilhabe sozial benachteiligter Jugendlicher.

„Digital Streetwork“-Ansätze, um Jugendliche niedrigschwellig in sozialen Netzwerken zu erreichen und ihre demokratische Teilhabe zu fördern, erscheinen vor diesem Hintergrund vielversprechend. Ein Ansatzpunkt kann sich dabei darauf beziehen, Fake News, Desinformation und Hate Speech mit Gegenrede aktiv entgegenzutreten und jugendlichen User*innen, die online Diskriminierung erfahren, gezielt Unterstützung anzubieten. Die hier beschriebenen Vorschläge zur Gestaltung von Gegenrede stellen dabei mögliche Ansatzpunkte dar.⁷ Zu betonen ist aber auch, dass geeignete Handlungsoptionen von „Digital Streetwork“ je nach genutztem sozialem Netzwerk und dessen Funktionen immer wieder aufs Neue fachlich einzuschätzen sind. Abschließend sei betont, dass „Digital Streetwork“ im Kontext der Bekämpfung von Fake News, Desinformation und Hate Speech und der Förderung von digitaler demokratischer Teilhabe junger Menschen immer nur ein Baustein sein kann. Darüber hinaus sind weitere Einrichtungen sowie Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe gefragt, hierzu effektive Präventions- und Interventionsstrategien zu entwickeln. Dabei ist es zielführend, gelingende Erfahrungen aus verschiedenen Handlungsfeldern zusammenzuführen, aufeinander zu beziehen und gemeinsam weiterzuentwickeln. Eine große Rolle ist zudem der Schule als dem einzigen Ort, an dem alle jungen Menschen erreicht werden können, zuzusprechen. Im Sinne des sozialen Ausgleichs sollten Jugendliche gerade dort für Online-Gefahren sensibilisiert und – im Zusammenwirken von Jugendhilfe und Schule – in der Entwicklung von Medien- und Demokratiekompetenzen gefördert werden.

Autor*innen:
FABIAN HEMMERICH
 Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH
 ✉ fabian.hemmerich@ism-mz.de
ELISABETH SCHMUTZ
 Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH
 ✉ elisabeth.schmutz@ism-mz.de

Anmerkungen:

- 1 Vgl. Gusy (2024): Streetwork/Aufsuchende soziale Arbeit. Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention. Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) (Hrsg.). Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention. Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden. <https://doi.org/10.17623/BZGA:Q4-i117-3.0>
- 2 Vgl. Dinar, C. & Wiedel, F. (2024). Evaluation der digitalen Sozialarbeit im Rahmen der stjjg-Einrichtung Zukunftswelten. Stuttgarter Jugendhaus gGmbH. https://cdn.prod.website-files.com/645113c9252d003eb4b4df9/66b085cd14bf395ceadfc996_sjg_evaluation_zukunftswelten_jul_2024.pdf
- 3 Vgl. Stieler & Zauter (2022). Digital Streetwork: Aufsuchende Arbeit mit und in Sozialen Medien. FORUM sozialarbeit + gesundheit 31(4).
- 4 Vgl. Albert, Quenzel & de Moll (2024). 19. Shell Jugendstudie. Jugend 2024. Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt. Weinheim & Basel: Beltz. Eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse ist hier zu finden: https://www.shell.de/about-us/initiatives/shell-youth-study-2024/_jcr_content/root/main/section/simple-call_to_action/links/item0.stream/1730903501282/d8b545435fc2799eb6044e48b4a9fcc80b95b2d/ap-shell-jugendstudie-zusammenfassung-barrierefrei.pdf
- 5 Vgl. Feierabend, Rathgeb, Gerigk & Glöckler (2024). JIM-Studie 2024. Jugend, Information, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger. S. 53 https://mpfs.de/app/uploads/2024/11/JIM_2024_PDF_barrierearm.pdf
- 6 Vgl. Enssen, Nieding & Stöbe-Blossey (2023). Digitalisierung und Teilhabe: Chancen und Risiken in der Kinder- und Jugendhilfe. S. 8. https://www.digitalejugendhilfe.de/fileadmin/uploads/user_upload/Publikationen/Webseite_Digitalisierung_Teilhabe_Enssen_Nieding_Stoebe-Blossey.pdf
- 7 Weiterführende Hinweise dazu, wie im Rahmen von „Digital Streetwork“ pädagogische Interventionen zur Demokratieförderung gestaltet werden können, bietet eine Handreichung der Amadeu Antonio Stiftung: Dinar & Heyken (2017): Digital Streetwork. Pädagogische Interventionen im Web 2.0. Amadeu Antonio Stiftung. https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/08/digital_streetwork_web-1.pdf

LAUTER HASS – LEISER RÜCKZUG

Aktuelle Zahlen zu Hass im Netz und medien-/
pädagogische Handlungsoptionen

VON MELINA HONEGG

Hass im Netz hat in den letzten Jahren weiter zugenommen und er betrifft junge Menschen in besonderem Maße. Oftmals entfaltet er sich entlang politischer Diskurse und sorgt dafür, dass sich Menschen aus Angst vor Angriffen aus den digitalen Räumen zurückziehen. Damit gefährdet Hass im Netz unsere Meinungsvielfalt und den demokratischen Diskurs. Zu diesen Ergebnissen kommt die repräsentative Studie „Lauter Hass – leiser Rückzug. Wie Hass im Netz den demokratischen Diskurs bedroht“, die von Das NETTZ, der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK), Hate-Aid und Neue Deutsche Medienmacher*innen herausgegeben wurde (Bernhard/Ickstadt, 2024). Für die Erhebung wurden bundesweit mehr als 3.000 Internetnutzer*innen ab 16 Jahren befragt. Damit liefert die Studie erstmals seit 2019 umfangreiche Ergebnisse zu Wahrnehmung, Betroffenheit und Folgen von Hass im Netz in Deutschland.

Definition

Der Begriff ‚Hass im Netz‘ wird in der Studie wie folgt definiert: Hass im Netz bezeichnet eine Vielzahl unterschiedlicher u. a. abwertender, entwürdigender, auf Einschüchterung zielender oder verhetzender Online-Phänomene gegenüber Personen oder bestimmten Personengruppen. Gemeint sind damit sowohl entsprechende Inhalte als auch Handlungen.¹

Hass im Netz ist damit als Oberbegriff zu verstehen, der nicht nur sprachliche Äußerungen erfasst wie die Begriffe Hatespeech oder Hassrede (verbale Angriffe auf Personen oder Gruppen aufgrund von Attributen wie Herkunft, Geschlecht etc.), sondern auch Formen digitaler Gewalt wie das ungewollte Zusenden von Dick Pics, Veröffentlichen von privaten Daten (Doxing) oder Stalking einschließt. Hass im Netz geht damit auch über gesetzliche Richtlinien hinaus und umfasst, anders als der oftmals enger gefasste Begriff der Hassrede, nicht allein strafbare Handlungen oder Äußerungen (Geschke et al., 2019).

Wahrnehmung von Hass im Netz

Fast die Hälfte der Befragten gibt an, bereits persönlich Hass im Netz gesehen zu haben. Gerade beim Alter zeigen sich hier deutliche Unterschiede: Jüngere Befragte (16–24 Jahre) nehmen Hass im Netz deutlich häufiger wahr (69 %). Dabei sind die Zahlen bei Mädchen nochmal höher (72 %) als bei Jungen (66 %). Das kann u. a. daran liegen, dass jüngere Menschen intensiver und aktiver das Internet nutzen und sich auf Social-Media-Plattformen wie TikTok, Twitter und Instagram aufhalten, auf denen vergleichsweise häufig Hassinhalt wahrgenommen werden. Der Hass, der den Befragten auf diesen Plattformen begegnet,

richtet sich vor allem gegen Politiker*innen, Migrant*innen und Aktivist*innen und unterstreicht damit eine eindeutig politische Dimension. Es handelt sich hierbei um Personengruppen, die in medialen und politischen Diskursen häufig vorkommen. An dieser Stelle muss allerdings gesagt sein, dass sich die Wahrnehmung der Befragten vermutlich vor allem auf den öffentlichen Online-Raum bezieht, wohingegen private Nachrichten mit Hassinhalten hier weniger eine Rolle spielen dürften. Das bestätigen in der Folge auch die Zahlen zur direkten Betroffenheit.

Betroffenheit

15 Prozent der Befragten geben an, bereits einmal von Hass im Netz betroffen gewesen zu sein. Dabei zeigen sich allerdings starke Unterschiede je nach soziodemografischer Gruppe: Jüngere Internetnutzer*innen sind mit 27 Prozent häufiger betroffen als ältere (25- bis 44-jährige: 22 %, 45- bis 64-jährige: 11 %), wobei vor allem jüngere Frauen herausstechen: Jede Dritte gibt an, bereits Hass im Netz erfahren zu haben. Junge Frauen gehören damit neben Menschen mit sichtbarem Migrationshintergrund (30 %) und Menschen mit homo- und bisexueller Orientierung (28 % und 36 %) zu den am häufigsten betroffenen Personengruppen (Abb. 8). Doch worauf bezieht sich der Hass, den die Betroffenen im Netz erleben? Am häufigsten auf politische Ansichten oder das Aussehen. Zweites trifft besonders auf die jüngeren Befragten zwischen 16 und 24 Jahren (58 %) sowie auf Frauen (46 %) zu. Aber auch die körperliche oder psychische Gesundheit der betroffenen Nutzer*innen (24 %) oder deren Migrationshintergrund (17 %) bieten eine Angriffsfläche für Online-Hass.

Neben der direkten Betroffenheit wird in der Studie auch die indirekte Betroffenheit abgefragt, für die die Befragten angeben, ob ihnen verschiedene Formen von Hass im Netz schon mal passiert sind. Dabei wird deutlich: Hass im Netz gehört für viele bereits zum Alltag. Fast die Hälfte gibt an, bereits im Internet beleidigt worden zu sein, 41 Prozent melden, dass über sie Falschinformationen verbreitet wurden, während fast ein Drittel ungefragt Nacktbilder erhalten hat; bei jungen Frauen liegt die Zahl höher (42 %). Jede fünfte von ihnen berichtet davon, sexuell belästigt worden zu sein, wohingegen jüngere Männer häufiger Hass in Form von Gewaltandrohung erfahren (13 %). Diese Ergebnisse lassen uns zu dem Schluss kommen, dass Hass im Netz eine eindeutig geschlechtsspezifische Dimension hat, die Frauen zum Hauptziel macht und geschlechtsspezifische Gewalt auch in der digitalen Welt zementiert. Wir sehen außerdem eine deutliche Diskrepanz in den Zahlen, die auf eine Normalisierung von Hassphänomenen im Netz hindeutet: Fast ein Viertel der Befragten gibt an, bereits mindestens eine Form von Hass im Netz häufig erfahren zu haben, allerdings bezeichnen sich nur 15 Prozent als direkt betroffen. Nicht jede

„Hass im Netz hat in den letzten Jahren weiter zugenommen.“

Beleidigung scheint von den Befragten als Hass kategorisiert zu werden. Es lohnt sich ein erneuter Blick auf die jüngeren Nutzer*innen, denn bei ihnen stellt sich die Diskrepanz zwischen direkter Benennung als Betroffene und der Erfahrung von negativen Erlebnissen im Netz als besonders groß dar. Sie scheinen Online-Hass bereits als Normalität wahrzunehmen und sehen sich selbst oft nicht als Betroffene an.

Umgang mit Hass im Netz

Im Umgang mit Hass im Netz zeigt sich ein gemischtes Bild: Fast die Hälfte reagiert mit Blockieren oder Stummschalten derjenigen, die Hass verbreiten, 40 Prozent haben ihr öffentliches Profil auf privat umgestellt und ungefähr jeder*r Dritte liest die Kommentare von Beiträgen nicht mehr. Ebenfalls ein Drittel meldet Hassbeiträge bei den Plattformen oder leistet Gegenrede. Bei Betroffenen liegen die Werte höher. Sie wissen sich also teilweise zu helfen und lassen digitale Angriffe nicht unbeantwortet stehen. Die Unterstützungs- und Aufklärungsangebote bzw. vor allem deren Sichtbarkeit sind aber weiterhin ausbaufähig, denn Informationsangebote oder Meldestellen außerhalb der Plattformen werden selten genutzt und die Inanspruchnahme von institutionellen Angeboten wie Polizei, Seelsorgeeinrichtungen oder Rechtsbeistand bleibt eher eine Ausnahme. Rat oder Unterstützung sucht nicht mal ein Zehntel der Befragten und wenn wird sich dabei vor allem an das private Umfeld gewandt. Dass es an Wissen oder Sichtbarkeit zu externen Beratungsangeboten zu mangeln scheint, bestätigen Ergebnisse der JIMplus-Studie (mpfs 2022) speziell für die Altersgruppe der 12- bis 19-Jährigen: Werden sie persönlich oder jemand aus ihrem direkten Umfeld online zum Ziel, wird der Fall selten bei der Polizei gemeldet oder sich an anonyme Hilfestellen gewandt (14 bzw. 13 %). Allerdings gibt es hier auch wirklich positive Befunde: Über 80 Prozent blockieren die Absender*innen auf den Plattformen häufig bis gelegentlich oder suchen das Gespräch mit Freund*innen (76 %) und dem engeren familiären Kreis. Etwas mehr als ein Drittel spricht mit einer Lehrkraft. Die Jugendlichen scheinen digitalem Hass nicht schutzlos ausgeliefert zu sein. Dennoch sollten sie durch Erwachsene und pädagogische Fachkräfte unterstützt und darin bestärkt werden, mehr Fälle extern zu melden. So kann das Bewusstsein für Hass im Netz geschärft, Betroffene besser geschützt, Strafverfolgungsbehörden unterstützt und eine positive Online-Kultur gefördert werden. Wie wichtig das ist, zeigen die Zahlen zu den Folgen von Hass im Netz.

Folgen auf persönlicher und gesellschaftlicher Ebene

Die Befragten, die bereits von Hass im Netz betroffen waren,

reagieren vor allem mit sozialem Rückzug (41 %), entwickeln psychische Beschwerden und Probleme mit dem Selbstbild (jeweils 35 %). Sie empfinden Gefühle der Ohnmacht, äußern körperliche Beschwerden und ziehen sich aus Online-Räumen zurück. Diese Folgen können sich überschneiden oder gegenseitig bedingen und verstärken. Doch Hass im Netz führt nicht nur zum Rückzug von Betroffenen. Aus Sorge, selbst zum Ziel zu werden, bekennt sich über die Hälfte der Befragten seltener zu ihrer politischen Meinung im Netz, beteiligt sich weniger an Diskussionen und formuliert Beiträge bewusst vorsichtiger (Abb. 19). Hier zeigen sich erneut wichtige Unterschiede nach Geschlecht und Alter: Frauen bekennen sich vergleichsweise seltener zu ihrer Meinung im Internet als Männer und Jüngere ziehen sich eher aus dem Online-Diskurs zurück als Ältere. Das bestätigen auch Zahlen des Deutschen Jugendinstituts (Henschelmann et al., 2024): Aufgrund von erfahrenen Anfeindungen im Netz äußern Jugendliche dort seltener ihre Meinung (30 %), beteiligen sich weniger an Diskussionen oder nutzen soziale Medien insgesamt weniger (20 %). Unter Betroffenen sind die Zahlen deutlich höher.

Bedenkt man die schwerwiegenden, persönlichen Folgen für Betroffene, sind das nachvollziehbare Schritte. Das bedeutet allerdings auch, dass insbesondere die Positionen und Meinungen von Minderheiten, minorisierten Gruppen und jungen Frauen, die überproportional oft von Hass im Netz betroffen sind, weniger in Online-Diskursen zu finden sind. Ihre Stimmen verstummen zusehends und der Diskurs verengt sich, wodurch extremen Meinungen mehr Platz gelassen wird. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass Personen, die sich zurückziehen, sich auch weniger über (politische) Inhalte formieren. Soziale Medien sind insbesondere in der jüngeren Altersgruppe längst das wichtigste Informationsmedium. Gerade bei ihnen besitzen Social-Media-Plattformen inzwischen eine hohe Relevanz für politische Meinungsbildungsprozesse. Werden diese Diskursräume denjenigen überlassen, die Hass verbreiten, während sich Teile der Gesellschaft dort zurückziehen, kann der Eindruck entstehen, die Hater*innen seien mit ihren Ansichten in der Überzahl. Das kann Meinungsbildung und Demokratieprozessen nachhaltig schaden. Schon jetzt sehen die Befragten beider Studien sowohl die Meinungsfreiheit als auch die Vielfalt unserer Gesellschaft durch Hass im Netz gefährdet.

Das Interesse junger Menschen an Unterstützung und Beratung ist groß

Neben umfänglichen Maßnahmen zur Unterstützung von Betroffenen, Stärkung der Strafverfolgungsbehörden und Plattformregulierung, die von einer großen Mehrheit unterstützt werden, müssen Menschen dazu befähigt werden, an Diskursen

„Für Kinder und Jugendliche müssen geschützte Räume geschaffen werden.“

im Netz teilzuhaben und sie aktiv, auf demokratische Weise mitzugestalten. Das Interesse an Weiterbildungen, Verankerung in den Schulen und dem Erwerb politisch relevanter und vor allem digitaler Kompetenzen ist gerade bei jungen Menschen hoch: Sie wollen Falschnachrichten und Hass im Netz erkennen und darauf reagieren können; allerdings fühlt sich nur ein Fünftel beispielsweise durch die Schule gut darauf vorbereitet (Henschelmann et al., 2024). Sie äußern vor allem Beratungs- und Unterstützungsbedarf im Falle von Bedrohungen, Beleidigungen und beim Schutz ihrer Privatsphäre im Netz. Knapp unter 40 Prozent der Jugendlichen sind Organisationen und Beratungsstellen in diesen Bereichen bekannt. Hier gibt es verschiedene Punkte, an denen pädagogische Fachkräfte ansetzen können: Für Kinder und Jugendliche müssen geschützte Räume geschaffen werden, sog. „Safe Spaces“, in denen Betroffenheitserfahrungen thematisiert werden können, ohne dass die Gefahr besteht, erneut Diskriminierung oder die Bagatellisierung dieser zu erfahren (Tokat, 2025).² Fachkräfte müssen in der Lage sein, Fälle von Hass im Netz zu erkennen und einzuordnen, um die Jugendliche begleiten und unterstützen zu können. Ihnen sollten Beratungsangebote sowohl online als auch in der Region bekannt sein, um bei Bedarf darauf verweisen zu können. Die GMK hat dafür eine Good-Practice-Sammlung für die pädagogische Arbeit gegen Hass im Netz veröffentlicht. Hiermit lassen sich über 130 Projekte, Materialien und Methoden nach den eigenen Bedarfen filtern.³ Außerdem kann es sinnvoll sein, Mediennutzungserfahrungen der Kinder und Jugendlichen zu thematisieren. Das setzt voraus, dass sich Fachkräfte für die Mediennutzung ihrer Zielgruppen interessieren.

In Bezug auf das Phänomen Hass im Netz sind für Jugendliche unterschiedliche Kompetenzen von Relevanz, da sie als diverse Gruppe nicht nur selbst Betroffene sind, sondern auch potenziell zu Täter*innen werden können (vgl. Bröckling et al., 2021; Bernhard et al., 2024):

- 1) Orientierung in und Beschäftigung mit digitaler Diskurskultur, um Diskriminierung und Aspekte gruppenbezogener Hassinhalte zu verstehen und einzuordnen.
- 2) Reflexion der eigenen Emotionen und Kommunikation sowie Unterstützung bei der Entwicklung von Empathie und die Förderung von Konfliktfähigkeit.
- 3) Selbstermächtigung durch die Förderung von Partizipation, um handlungsfähig zu sein und aktiv und selbstbestimmt am demokratischen Diskurs mitwirken zu können. Insgesamt können so Raum für Empowerment geschaffen und Jugendliche in ihrer Resilienz gestärkt werden. Allerdings sehen sich auch pädagogische Fachkräfte im Umgang mit dem Thema Hass im Netz herausgefordert und äußern Unsicherheiten mit Blick auf die thematische, rechtliche oder politische Komplexität des Themas (Rössler/Schmidt, 2024). Nicht nur gibt es häufig Unwissenheit zur Rechtslage oder Funktionsweisen der Netzwerke. Auch empfinden es Fachkräfte mitunter als herausfordernd, eine eigene Position oder Haltung innerhalb

Tipps für die pädagogische Praxis:

- Good-Practice-Sammlung für die pädagogische Arbeit gegen Hass im Netz mit über 130 Materialien, Projekten und Konzepten
- Praxismethoden gegen Hass im Netz
- Kompass für gelingende politische Medienbildung. Eine Orientierungshilfe für pädagogische Fachkräfte



von pädagogischen Angeboten und gegenüber verschiedenen Zielgruppen zu vertreten, wenn diese z. B. diskriminierende oder menschenverachtende Positionen vertreten. Notwendige Beziehungsarbeit und der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses können durch strukturelle Bedingungen innerhalb der Institutionen, den Mangel an zeitlichen, personellen oder materiellen Ressourcen sowie die Befristung von Projekten oftmals nicht ausreichend geleistet werden. Neben der Notwendigkeit, diese Strukturen zu schaffen und zu stärken, gilt es, auch bereits bestehende Angebote weiterzuverbreiten und ihre Finanzierung zu sichern. Fachkräfte müssen darin bestärkt werden, sich mit Themen und Methoden auseinanderzusetzen, sich weiterzubilden und eine eigene Haltung zu entwickeln, damit sie ihre Zielgruppe als kompetente Ansprechpartner*innen begleiten können. Eine Orientierungshilfe dafür, wie starke und nachhaltige Bildungsangebote entwickelt und umgesetzt werden können, bietet der „Kompass für gelingende politische Medienbildung gegen Hass im Netz“⁴.

Autorin:

MELINA HONEGG

Projektmitarbeiterin im Netzwerk gegen Hass im Netz und Desinformation bei der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e. V. (GMK)

✉ m.honegg@gmk-net.de

Anmerkungen:

- 1 Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz (2023), <https://kompetenznetzwerk-hass-im-netz.de/was-ist-hass-im-netz/>
- 2 Die Methode der GMK „Gemeinsam gegen Hass im Netz“ liefert ein Konzept nach diesem Beispiel für die pädagogische Praxis: <https://hass-im-netz.gmk-net.de/bildung-praxis/praxismethode-gemeinsam-gegen-hin/>
- 3 Good-Practice-Sammlung für die pädagogische Arbeit gegen Hass im Netz: <https://hass-im-netz.gmk-net.de/good-practice-sammlung/>
- 4 Kompass für gelingende politische Medienbildung gegen Hass im Netz: <https://hass-im-netz.gmk-net.de/kompass/>

POLITISCH ZWISCHEN KLICK UND COMMITMENT

Wie junge Menschen Gesellschaft gestalten
und sich positionieren. Ergebnisse aus der AID:A-Studie
(Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten) 2023

VON INA WEIGELT UND SUSANNE KUGER

Einführung

Politische Einstellungen junger Menschen werden derzeit gerne plakativ und zuweilen sehr vereinfacht diskutiert. Im Fokus stehen dabei Phänomenbeschreibungen wie das Wahlverhalten junger Erwachsener, junge besonders Engagierte mit extremen politischen Ausrichtungen am rechten und linken Ende des Spektrums oder die unterschiedliche Präsenz der politischen Parteien in den (sozialen) Medien, die derzeit hoch im Kurs stehen. Nicht selten steckt im Diskurs ein stiller Vorwurf – aber auch die Angst –, die junge Generation wäre heute anders oder weniger politisch engagiert und würde sich leichter extremen Positionen zugehörig fühlen. Der Beitrag untersucht anhand der AID:A-2023-Daten, inwiefern es hierfür eine empirische Fundierung gibt.

Unter politischem Engagement lassen sich verschiedene Formen gesellschaftlicher Beteiligung zusammenfassen. Jan W. van Deth definiert politische Partizipation in vier Erweiterungsgraden: Zunächst in ihrer engsten Form als „voluntary activity by citizens in the area of government, politics or the state“ (2014, S. 354), einschließlich klassischer Beteiligungsformen wie Wählen gehen oder der direkte Kontakt zu Politiker*innen. Zweitens erweitert er auf Aktivitäten, die außerhalb des formalisierten politischen Raums stattfinden, aber Politik zum Ziel haben. Dazu zählen Demonstrationen (2014, S. 357). Drittens umfasst politische Partizipation soziales Engagement und Bürgerbeteiligung zur Lösung kollektiver Probleme (2014, S. 358). Schließlich integriert van Deth politisch motivierte individuelle Handlungen von Bürger*innen, die nicht unmittelbar auf politische Systeme ausgerichtet sind. Hierzu gehören beispielsweise politisch motiviertes Konsumverhalten und Boykottaktionen (2014, S. 359).

Mit Blick auf Praxen jugendlicher Partizipation lassen sich die Beteiligungsformen auch anhand ihres Anforderungsgrades einteilen. Am einen Ende des Spektrums befinden sich „tiny acts of participation“ (Grunert, 2022), wie z. B. an einer Unterschriftenaktion teilzunehmen oder politische Inhalte im Internet weiterzuleiten. Diese sind eher niederschwellig, also einfach erreichbar und ohne allzu großen Mehraufwand im Alltag realisierbar. Am anderen Ende befinden sich Formate wie z. B. die Mitarbeit in einer politischen Vereinigung oder Partei, die langfristiges Commitment und erhöhten Einsatz erfordern und nur mit mehr Aufwand umgesetzt werden können.

Empirisch zeigt sich im langfristigen Trend eine hohe Stabilität des Engagements junger Menschen. In der aktuellen Shell-Jugendstudie (Schneekloth & Albert, 2024) gaben 40 % der 12- bis 25-Jährigen an, sich (gesellschafts-)politisch zu engagieren. Dies entspricht einem leichten Anstieg seit der vorherigen Befragung aus 2019. Langfristig betrachtet verharrt das Engagement aber seit 2002 auf einem stabilen Niveau (zwischen 33 %

und 40 %). Bezogen auf das „Wie“ und „Wo“ der Beteiligung stellen die Autoren fest, dass junge Menschen sich vor allem durch persönliche Aktivitäten außerhalb organisatorischer Strukturen engagieren. Auch die SINUS-Studie 2024 (Calm-bach et al., 2024) kommt zu dem Schluss, dass sich Jugendliche (zwischen 14 und 17 Jahren) häufiger in informellen als in institutionellen Organisationformen engagieren.

Zu den vielfältigen Entwicklungsaufgaben des Jugendalters gehört auch die Reflexion und Integration von gesellschaftlichen Normen und Werten sowie die Entwicklung der Selbstpositionierung hinsichtlich einer Vielfalt von Einstellungen, darunter auch in politischer Hinsicht. Tatsächlich nimmt das Interesse an Politik während des Jugendalters deutlich, aber bei verschiedenen Gruppen unterschiedlich schnell und stark zu (Gille & Kuger, 2021). Die politische Selbstpositionierung kann dabei auf unterschiedliche Art und Weise gemessen werden. Üblich sind etwa Abfragen zum präferierten Parteienspektrum oder auch die Einordnung der eigenen Einstellungen auf einer Links-Rechts-Skala.

Die eben schon zitierte Shell-Studie vom Herbst 2024 kann im Trendvergleich über die letzten Jahre zeigen, dass sich junge Menschen ab 12 Jahren auf einer 11-stufigen Links-Rechts-Skala etwa ähnlich häufig jeweils links (in 2024: 14 %) oder rechts (in 2024: 4 %; Albert, Quenzel & de Moll, 2024) positionieren, wobei die überwiegende Mehrheit von 82 % sich in der Mitte (einschließlich der Anteilswerte eher links und eher rechts, die absolute Skalenmitte gaben 26 % der Befragten an) verortet.

Auch die neueste Studie der AID:A-Reihe untersuchte im Jahr 2023 umfassend die Lebensrealitäten junger Menschen in Deutschland, um aktuelle Trends und zentrale Entwicklungsfaktoren zu erfassen. Grundlage der Studie ist ein interdisziplinärer Ansatz, der soziale, psychologische und strukturelle Dimensionen analysiert. Die Datenerhebung erfolgt mit validierten, standardisierten Instrumenten und umfasst eine repräsentative Stichprobe von 0 bis 32 Jahre alten Zielpersonen sowie den Eltern der Minderjährigen. Ziel ist es, differenzierte Einblicke in die Lebenswelten von Jugendlichen zu gewinnen und gesellschaftspolitische Entwicklungen aufzuzeigen.

Das politische Engagement der jungen Menschen ab 12 Jahren wird mit einer Reihe von unterschiedlichen Merkmalen erfragt. Alle werden gefragt, ob sie 1) sich in Versammlungen an öffentlichen Diskussionen beteiligen, 2) in einer Initiative oder Gruppe mitarbeiten, die politische Themen aufgreift wie z. B. Umwelt, Frieden, Menschenrechte, Tierschutz oder andere soziale Probleme, 3) in einer Partei mitarbeiten, 4) an einer Demonstration teilnehmen, 5) sich an einer Unterschriftensammlung beteiligt haben, 6) aus politischen, ethischen oder Umweltgründen Waren boykottiert oder gekauft haben, 7) im

„Ab 15 Jahren steigen die Zustimmungswerte in nahezu allen Partizipationsformen.“

Internet politisch aktiv geworden sind, z. B. an Online-Protestaktion beteiligt, im Internet oder in sozialen Medien aktiv an politischen Diskussionen teilgenommen oder selbst Online-Aktionen gestartet haben. Ab 16 Jahren wird zudem erfragt, ob sie sich 8) an Wahlen beteiligt haben. Für die Analysen wurde aus den ersten sieben genannten Items ein Summenindex gebildet, der Auskunft über die Vielfalt oder Intensität des Engagements gibt.

Die politische Selbstpositionierung der jungen Leute wird in den meisten Studien mit einem Einzelitem abgefragt: „Viele Leute verwenden die Begriffe ‚links‘ und ‚rechts‘, wenn es darum geht, unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen. Wenn du an deine eigenen politischen Ansichten denkst, wo würdest du diese Ansichten auf dieser Skala einordnen?“ Ein Unterschied zu anderen Studien ist die 6-stufige Antwortskala von AID:A, die keine Mittelkategorie enthält. Befragte müssen sich so für eine Seite entscheiden oder alternativ „möchte ich nicht beantworten“ bzw. „kann ich nicht beantworten“ wählen. Diese Skalierung ermöglicht verschiedene Auswertungen: Entweder werden Antworten in zwei Lager geteilt oder die beiden mittleren Kategorien als „Mitte“ definiert und nur die äußeren als eindeutige Positionierungen gewertet. Im Beitrag werden sowohl alle Antworthäufigkeiten der Einzelkategorien als auch eine Zweiteilung der Skala analysiert.

Ergebnisse

Die Vielfalt und Intensität des politischen Engagements der jungen Menschen wird in drei Gruppen abgebildet: „Nicht-Engagierte“, die bei keinem der sieben Partizipationsformen eine Aktivität in den letzten 12 Monaten angegeben haben, „Moderat-Engagierte“ mit Aktivität(en) in ein oder zwei Partizipationsformen sowie „Hoch-Engagierte“ mit drei bis sieben Partizipationsformen. 32 % der jungen Menschen zwischen 12 und 21 Jahren gehören zu den Moderat-Engagierten und mehr als jeder 10. Jugendliche (14 %) engagiert sich stark. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass 54 % der jungen Menschen angeben, in keiner der abgefragten Formen gesellschaftlich-politischer Partizipation aktiv zu sein. Der politische Konsum ist unter den auswählbaren die häufigste Partizipationsform (26 % bejahen, dies getan zu haben) und 18 % waren in den letzten 12 Monaten an einer Unterschriftensammlung beteiligt.

Mit dem Alter nimmt die Partizipation deutlich zu (Abbildung 1). Ab 15 Jahren steigen die Zustimmungswerte in nahezu allen Partizipationsformen (Ausnahme: Mitarbeit in einer Bürgerinitiative). Besonders deutlich ist der Anstieg zwischen den Altersgruppen bis 14 Jahre und ab 15 Jahre. Auch der (nicht abgebildete) Anteil der Nicht-Engagierten sinkt von 67 % bei den 12- bis 14-Jährigen auf 50 % bei den 15- bis 17-Jährigen und geht dann nur noch leicht auf 48 % bei den 18- bis 21-Jährigen nach unten.

Grafik 1: Anteil Beteiligung in verschiedenen Engagementformen nach Altersgruppe (in %)

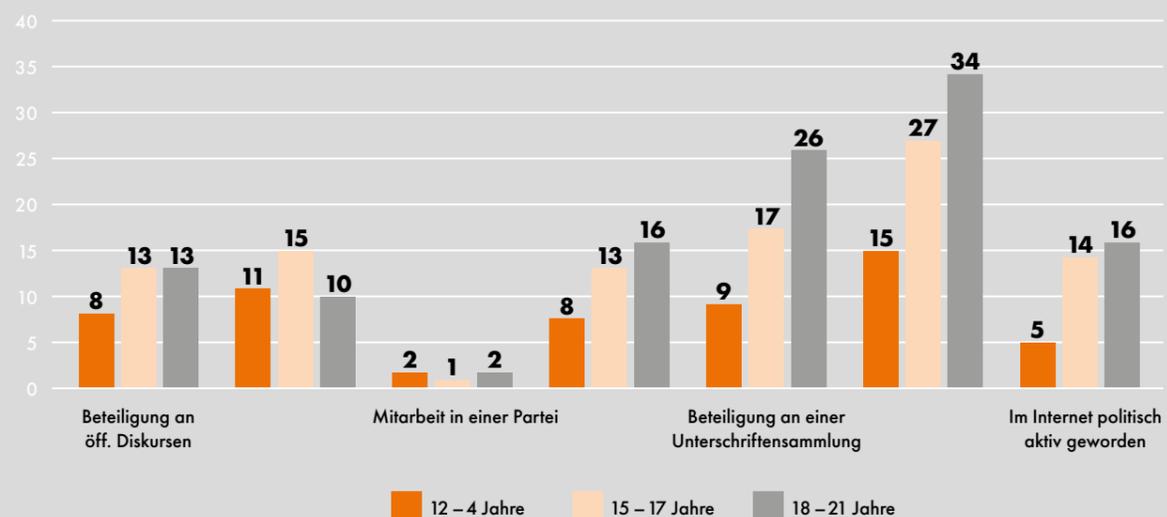
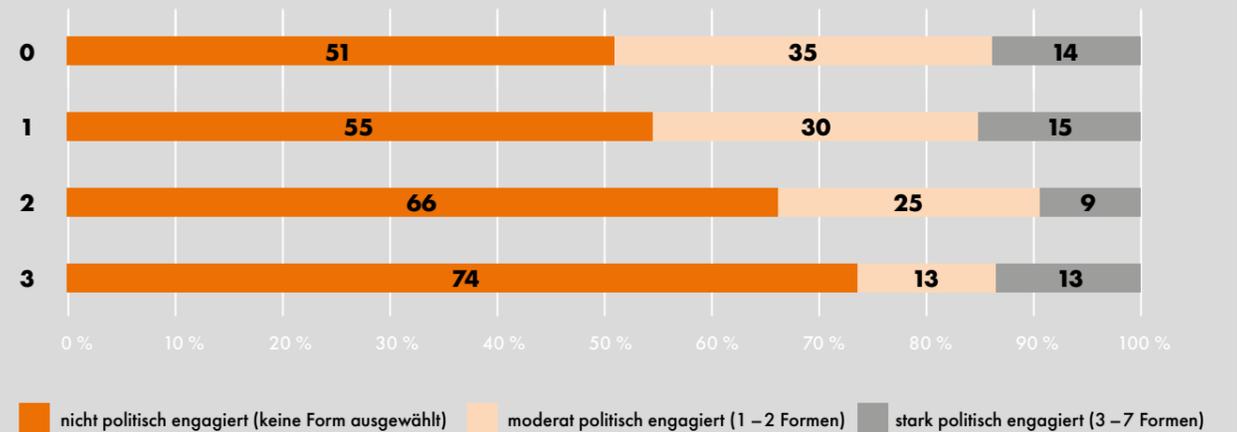


Abbildung 2: Anteile an Personen mit unterschiedlicher Intensität politischer Partizipation nach materielle Deprivation (in %)



Politische Beteiligung – nicht nur von jungen Menschen – ist abhängig von individuellen Voraussetzungen: Dazu zählen Ressourcen, Motivation und Rekrutierungsmöglichkeiten durch (soziale) Netzwerke (Verba, Schlozman & Brady, 1995, S. 269). Die Verfügbarkeit finanzieller Ressourcen kann in AID:A als materielle Deprivation erfasst werden – also als unfreiwillige Konsumeinschränkung und Mangel an essenziellen Gütern aufgrund finanzieller Knappheit.

einem höheren (angestrebten) Abschluss² die Wahrscheinlichkeit für politisches Engagement. So engagieren sich von den jungen Menschen mit oder auf dem Weg zum ersten Schulabschluss 20 % in ein oder zwei Partizipationsformen, 8 % in drei oder mehr. Bei jungen Menschen mit (bzw. auf dem Weg zum) mittleren Schulabschluss sind dies schon 28 % bei ein oder zwei Formen und ebenfalls 8 % in drei oder mehr Formen. Von denen mit (angestrebter) Hochschulreife sind es mit 39 % mit Engagement in ein oder zwei Formen und 19 % in drei oder mehr Formen noch einmal deutlich mehr. (Entsprechend sinkt der Anteil der Nicht-Engagierten über diese drei Bildungsgruppen von 73 % auf 64 % und 42 %.)

„18 % waren in den letzten 12 Monaten an einer Unterschriftensammlung beteiligt.“

Der Anteil der Nicht-Engagierten unter den 12- bis 14-Jährigen nimmt mit steigender Deprivation¹ deutlich zu (Abbildung 2). Während 51 % der Stufe 0 (keine Deprivationsanzeichen im Haushalt) nicht engagiert sind, steigt der Anteil auf 74 % bei Stufe 3 (alle drei erfassten Anzeichen materialer Deprivation treffen zu). Interessanterweise ist aber der Anteil der Hoch-Engagierten über alle Deprivationsstufen relativ stabil bzw. er steigt sogar zwischen den Stufen 0 und 1 sowie zwischen den Stufen 2 und 3 etwas an. Für diese Gruppe spielen ökonomische Ressourcen scheinbar eine geringere, dagegen möglicherweise Motivation und soziale Eingebundenheit in politische Netzwerke eine stärkere Rolle.

Hinreichend belegt ist der Zusammenhang zwischen politischer Beteiligung und Personenmerkmalen wie z. B. dem Bildungsniveau (Kuger & Gille, 2020). Auch in AID:A 2023 steigt mit

„Die überwältigende Mehrheit (91 %) der Teilnehmenden an Demonstrationen ordnet sich (eher) dem linken Spektrum zu.“

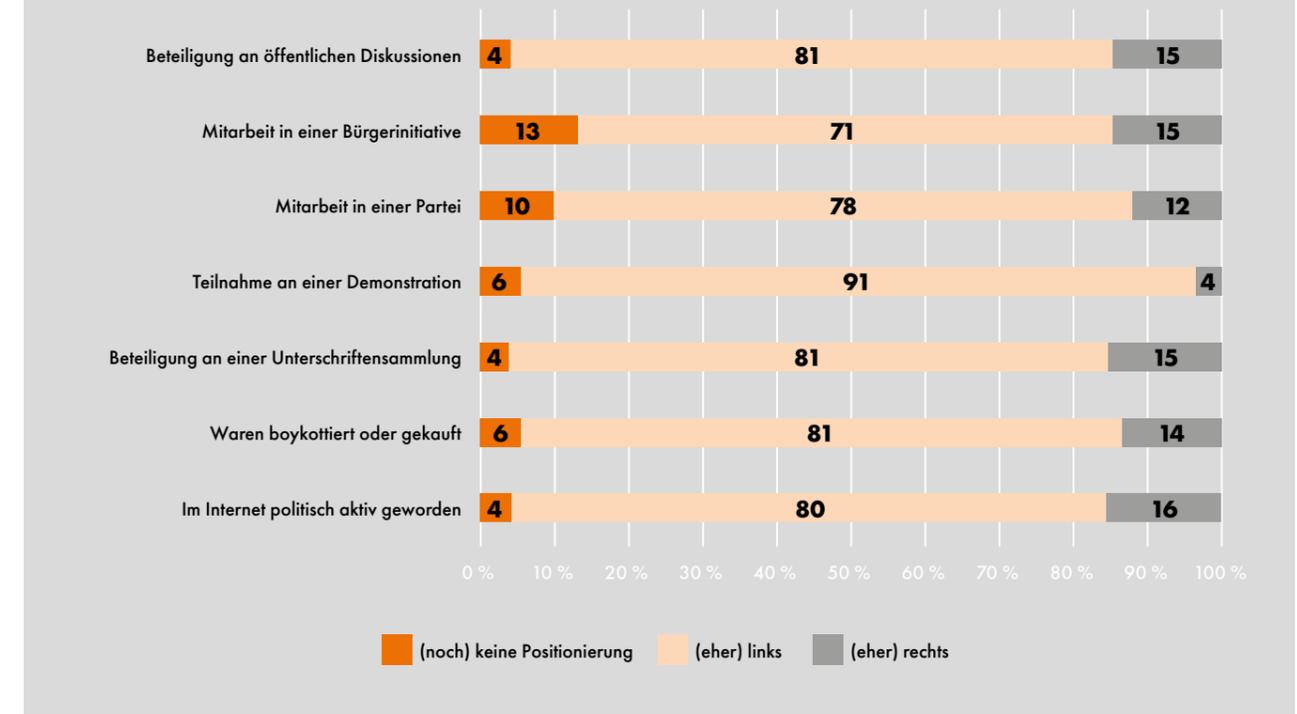
In **Abbildung 3** ist zudem erkennbar, dass sich junge Menschen mit oder auf dem Weg zur Hochschulreife in allen betrachteten Partizipationsformen von den jungen Menschen niedrigerer Bildungshintergründe deutlich absetzen. Am deutlichsten tritt dies beim politischen Konsum hervor, der von 36 % der jungen Menschen mit hoher (angestrebter) Bildung angegeben wird. Auch bei Befragten mit mittlerem (angestrebtem) Bildungsabschluss ist dies mit – allerdings schon deutlich niedrigeren – 18 % noch die häufigste Partizipationsform.

Für Fragen der politischen Bildung und der Gestaltung von Angeboten für junge Menschen ist es zudem interessant, wie die politische Partizipation mit der politischen Selbstverortung zusammenhängt. Die AID:A-2023-Daten können beide Dimensionen politischer Orientierungen zusammenbringen.

Tatsächlich positioniert sich die deutliche Mehrheit junger Menschen zwischen 12 und 21 Jahren; eine substanzielle Gruppe (21 %) will sich jedoch (noch) nicht festlegen. Ob sich junge Menschen politisch selbst verorten, ist stark altersabhängig: Knapp 40 % der jungen Menschen unter 15 Jahren wollen oder können sich nicht im Links-Rechts-Spektrum einordnen, ab 15 Jahren sinkt dieser Anteil auf 14 % und dann weiter auf 12 % (bei den 18- bis 21-Jährigen). Unter denen, die sich selbst politisch verorten, liegt der Anteil derer, die sich als (eher) links beschreiben über alle Altersgruppen sehr stabil bei 79 – 81 %. Entsprechend verorten sich 19 – 21 % in den drei Altersgruppen (eher) rechts. Insgesamt 58 % der befragten 12- bis 21-Jährigen wählten dabei eine der beiden mittleren Kategorien (der ursprünglichen 6-stufigen Skala).

Unterscheiden sich die Partizipationsformen der jungen Menschen in Abhängigkeit ihrer Selbstverortung? Zunächst scheint die Selbstverortung ein guter Indikator für stärkere politische Partizipation zu sein. Von den (noch) nicht selbstverorteten nennen 80 % keine Partizipationsform und nur 1 % dieser Gruppe partizipiert stark. Dahingegen sind 55 % der jungen Menschen, die sich (eher) als links beschreiben, politisch engagiert und fast jede*r Fünfte unter ihnen (19 %) sogar stark. Auch sich (eher) als rechts verstehende junge Menschen partizipieren häufiger als jene, die sich politisch (noch) nicht selbst verorten können oder wollen: 44 % von ihnen wählten mindestens eine Partizipationsform und knapp jede*r Zehnte (9 %) partizipierte stark (mind. drei Formen).

Abbildung 4: Politische Selbstverortung nach politischen Partizipationsformen (in %)

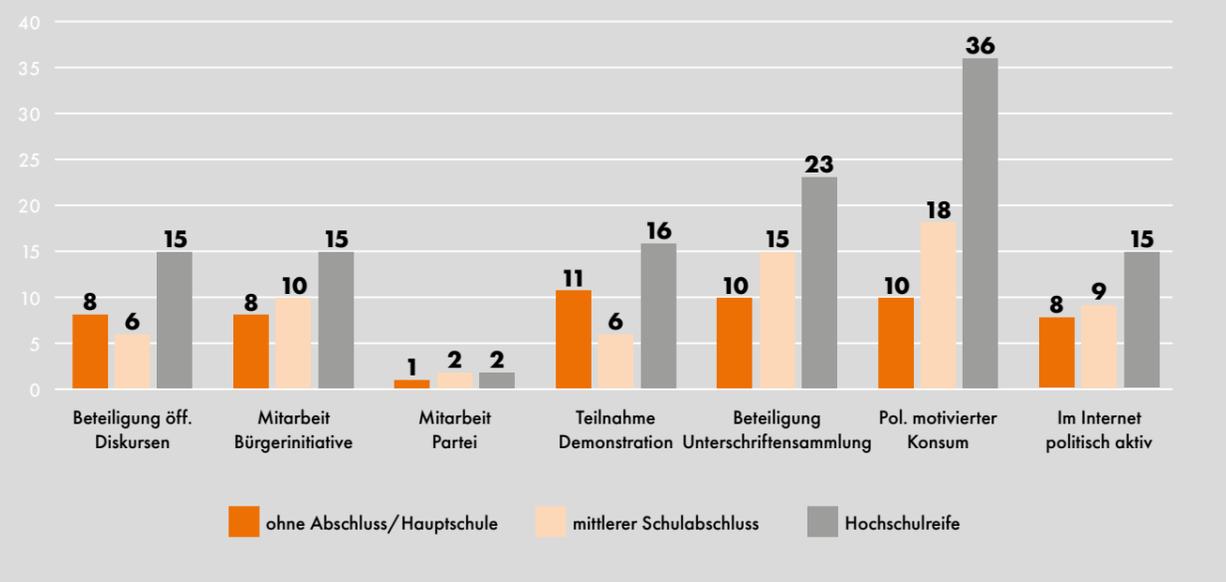


Möglicherweise werden bestimmte Partizipationsformen eher von Personen einer spezifischen Orientierung genutzt. Hierzu kann **Abbildung 4** Auskunft geben. Recht vergleichbar stellt sich die Situation bei den vier Formen „Beteiligung an öffentlichen Diskussionen“, „Beteiligung an Unterschriftensammlung“, „Waren boykottieren“ und im „Internet politisch aktiv“ dar. Jeweils gut 80 % derer, die sich so engagieren, ordnet sich (eher) der linken Seite des politischen Spektrums zu und jeweils ca. 15 % (eher) der rechten. Etwas anders ist die Situation bei der Mitarbeit in einer Bürgerinitiative: 13 % der so Partizipierenden ordnen sich dem Links-Rechts-Spektrum gar nicht zu, wiederum 15 % (eher) rechts und 71 % (eher) links. Schließlich ordnet sich die überwältigende Mehrheit (91 %) der Teilnehmenden an Demonstrationen (eher) dem linken Spektrum zu.

12 Monaten keine der sieben analysierten Partizipationsformen genutzt haben. Demgegenüber steht das Engagement von 46 % der jungen Menschen, um gesellschaftlich aktiv zu werden und teilzuhaben. Bemerkenswert ist, dass 14 % der jungen Menschen eine besonders intensive Partizipation aufweisen, da sie mindestens drei Formate angegeben haben.

Auffällig ist die Verteilung der politischen Partizipation auf die verschiedenen Formate. Niedrigschwelligkeit ist hier ein wichtiges Merkmal der Formate, in denen die meisten jungen Menschen aktiv sind (politisch motivierter Konsum oder im Internet politische Inhalte teilen). Die Bedeutung von „tiny acts of political participation“ (Grunert, 2022) für junge Menschen lassen sich also auch mit der vorliegenden Analyse herausarbeiten. Diese Formen der Partizipation sind jedoch zugleich auch Formate, die zwar auf gesellschaftlichen Wandel abzielen, jedoch nicht unmittelbar das politische System adressieren oder gar im parlamentarischen Raum Veränderungen herbeiführen. Die Vorteile – vor allem zur Integration von jungen Menschen in politische Prozesse – der einfachen Zugänglichkeit und der mit der Partizipation einhergehenden geringen Hürden (Zeit, Ressourcen, Wissen) kommen einher mit verhältnismäßig geringerem Veränderungsdruck, der von dieser Form der Partizipation ausgeht. Die Stärken niedrigschwelliger Formate stehen so im Spannungsfeld zu ihrer begrenzten Wirksamkeit im institutionalisierten politischen System und damit möglicher positiver Selbstwirksamkeitserfahrungen ebendort.

Grafik 3: Formen politischer Partizipation nach Bildungsniveau (in %)



„Politische Bildung könnte eine Schlüsselrolle spielen.“

Um Enttäuschung aufgrund divergierender Erwartungshorizonte zwischen Handlungsmöglichkeiten und wahrgenommener Wirksamkeit zu vermeiden, braucht es demnach Zweierlei: Auf der individuellen Ebene eine kritische Auseinandersetzung mit den Zielsystemen und der Wirkungsreichweite des eigenen Engagements sowie gezielte Unterstützung zur individuellen Weiterentwicklung hin zu systemischen Partizipationsformen. Politische Bildung könnte hier eine Schlüsselrolle spielen, um junge Menschen über die Möglichkeiten und Grenzen ihrer gewählten Partizipationsformen aufzuklären und sie in ihrem Tun zu bestärken. Auf systemischer Ebene sollte erwogen werden, niedrighschwellige Partizipationsformen als integralen Bestandteil politischer Kultur anzuerkennen. Vor dem Hintergrund begrenzter zeitlicher Ressourcen – was nicht nur die junge Generationen betrifft – muss die Entscheidung, Freizeit für politisches Engagement zu verwenden, als bewusstes Interesse gesellschaftlicher Mitgestaltung verstanden werden. Es könnte das politische Geschehen bereichern, diese Äußerungsformen nahtloser in politische Prozesse einfließen zu lassen und anchlussfähig an Entscheidungsebenen zu machen.

Die Annahme, dass es unter jungen Menschen in den letzten Jahren eine Tendenz zu extremeren Positionierungen gab, können die Daten nicht direkt bestätigen, wobei die Vergleichbarkeit mit anderen Studien aufgrund des Antwortformats eingeschränkt ist. Bemerkenswert ist der schon während der frühen Jugend zurückgehende Anteil an jungen Menschen, die sich selbst nicht auf der Links-Rechts-Skala verorten können. Schon ab der Alterskategorie mit 15-Jährigen positionieren sich Jugendliche immer sicherer. Sich selbst hinsichtlich dieser gesellschaftlichen Dimension schon verhältnismäßig früh zu positionieren, scheint den Jugendlichen wichtig zu sein. Zudem deutet es darauf hin, dass sich junge Menschen schon ab 15 Jahren mit politischen Inhalten auseinandersetzen, einen politischen Standpunkt dazu entwickeln und sich mit vorhanden politischen Lagern ins Verhältnis setzen. Die Positionierungen selbst geschehen mehrheitlich in der Mitte der Links-Rechts-Skala sowie ebenso zu einem deutlich höheren Anteil als der Hälfte eher auf der linken Hälfte des Spektrums (vgl. auch Meijer & Walsch, 2024). Im Vergleich mit der Shell-Studie 2024 (Albert et al., 2024) stellt sich die Gesamtverteilung der politischen Selbstverortung damit sehr vergleichbar dar. Auf einer noch längeren Zeitschiene können Daten des DJI-Jugendsurveys von 1992 belegen, dass sich der Anteil der jungen Menschen schon kurz nach der Wiedervereinigung mehrheitlich in der Mitte verortet hat (ca. 72 %; allerdings auf einer 10-stufigen Skala). Gut 9 % der jungen Menschen verortete sich damals (eher) auf der rechten Seite der Skala, gut 18 % der Antwortenden (eher) links (Hoffmann-Lange, 1995).

Die Zusammenführung der politischen Einstellung mit dem tatsächlichen Handeln in unterschiedlichen Partizipationsformen belegt, dass junge Menschen unterschiedlicher Selbst-

verortung sich in den abgefragten Partizipationsformen recht vergleichbar engagieren. Lediglich unter denjenigen, die in einer Initiative mitarbeiten und die Demonstrationen besuchen, weichen die Muster etwas ab. Bemerkenswert über alle politischen Beteiligungsformen hinweg ist jedoch der hohe Anteil an sich selbst als links beschreibenden jungen Menschen. Linke politische Orientierungen, oder was darunter von jungen Menschen verstanden wird, scheinen derzeit noch eher mit politischer Partizipation zusammenzugehen als andere oder keine politischen Positionierungen. Angesichts steigender Zustimmungswerte für rechte Parteien und Positionen unter jungen Menschen (Schnetzer et al., 2024; bezogen auf die Europawahl 2024 auch Hofmann-van de Poll, 2024) ist es durchaus denkbar, dass sich dieses Kräfteverhältnis innerhalb der Partizipationsformen nach rechts verschieben kann. Viel häufiger werden in Zukunft politische Bildner*innen bzw. politische Akteure insgesamt damit konfrontiert sein, dass Partizipationsformen (z. B. Aktivismus in politischen Initiativen oder Boykottaufrufe) auch für antidemokratische, das politische System delegitimierende Zwecke von Rechts(außen) genutzt werden.

Autor*innen:

INA WEIGELT

wissenschaftliche Mitarbeiterin, Deutsches Jugendinstitut München

✉ weigelt@dji.de

SUSANNE KUGER

Forschungsdirektorin, Deutsches Jugendinstitut und LMU München

✉ kuger@dji.de

Anmerkungen:

- 1 In AID:A gibt es drei Items, um die materielle Deprivation eines Haushalts, in dem die jungen Menschen leben, zu erfassen: ein Haushaltsvorstand wurde gefragt, ob es möglich ist, (1) einen festen Betrag pro Monat zu sparen, (2) abgenutzte Möbel zu ersetzen und (3) unerwartet anfallende Ausgaben mit ihrem Geld bezahlen zu können. Die Anzahl der Nein-Antworten bei diesen drei Fragen wurden als Summe zu einem Deprivationsindex mit folgenden Werten zusammengefasst: (0) „keine Deprivation“ bis (3) „hohe Deprivation“.
- 2 Für den Teil der jungen Menschen im Alter von 12 bis 21 Jahren, die sich noch im Schulsystem befinden, wurde die Zuordnung nach derzeit besuchter Schulart vorgenommen. Bei jenen, die das Schulsystem bereits verlassen haben, erfolgte die Zuordnung nach höchstem Schulabschluss.

Interview

„ES GIBT ZAHLREICHE MÖGLICHKEITEN, SICH AUF EU-EBENE IN JUGEND-INITIATIVEN EINZUBRINGEN.“

Demokratiebildung ist ein zentraler Bestandteil der Arbeit des YES Forum. Das europäische Netzwerk unterstützt benachteiligte junge Menschen in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe und bringt sie mit politischen Entscheidungsträger*innen in den Austausch.

Wie genau das YES Forum junge Menschen für demokratische Prozesse begeistert und welche Herausforderungen dabei bestehen, erfahren Sie im folgenden Interview. Das Interview wurde in Englisch geführt. Die deutsche Version ist ab Seite 31 zu lesen.

DREIZEHN: Can you give us a brief overview of the work of the YES Forum and how you support young people in Europe?

YES Forum (Lucy Pettinella): The YES Forum is a European network of 44 member organisations across 20 different countries (16 EU member states) dedicated to supporting young people who require assistance in education, training or in the transition to adulthood. Since 2002, YES Forum has been working to create a more inclusive society where every young person, no matter their background, has the opportunity to actively participate in society and shape their own future.

We run transnational projects that provide real hands-on learning, mobility and employment opportunities for disadvantaged young people, as well as the youth and social workers who support them. These projects contribute to young people's skill development. On the policy front, YES Forum advocates for young people at the European level, making sure their voices are heard in key discussions on social and youth policies.

Our members run a diverse range of services and programmes for young people, and the network acts as a central hub for the sharing of expertise, good practice and support. Conferences, trainings and networking events provide ample opportunities for members to connect and learn from each other.



What role does democracy work play in your projects?

Democracy plays a central role in YES Forum's work. Both in our projects (see below), and our advocacy work.

We encourage civic engagement among young people, and promote the importance of youth participation and social inclusion at local, national and European levels. Yearly, we provide young people with the opportunity to meet EU policymakers directly as part of our annual Policy Event. Through these events, they gain knowledge about EU institutions and meet

other young people from across Europe annual.

Similarly, we believe that the perspectives of professionals who support young people is crucial, as they provide grassroots insights into the barriers young people face and are therefore well placed to contribute insights and solutions. Therefore, they accompany the young people at our events.

„Youth workers play a crucial role in empowering young people.“

We elevate their views wherever possible through our involvement in the EESC's Youth Test. At its core, the Youth Test was developed by the EU to strengthen youth participation across policy areas and improve democratic access for young people. In addition, we contribute to civic dialogue by representing the views of youth and social workers on discussions related to social rights, inclusion and employment.

Can you name a specific project or initiative with which you promote the democratic participation of young people?

One of our projects, CitiGenZ is specifically about raising levels of awareness of the EU among young people, by creating interactive resources about the EU, specifically the policies, institutions and values which shape citizens everyday lives. Similarly, our #IVoteforEU campaign was developed in the run up to the 2024 European Parliament elections to raise awareness of democratic participation and motivate young people to vote. We encouraged young people from across Europe to share their personal stories through social media, resulting in young people creating organic content. In one of our newest projects, EUPlayer, we are creating an analogue board game that is designed to teach young people the value of European democracy, whilst preserving the conventional elements that make games so fun to play!

„We encourage civic engagement among young people.“

How do you manage to involve young people from different social and cultural backgrounds in your programmes?

We prioritise accessibility, participation and active representation in our programmes. Our members work with a diverse cohort of disadvantaged young people facing social and economic barriers, including NEETS (young people not in education,



employment or training). By working with grassroots organisations across 20 European countries, we tap into existing local networks to ensure we reach a diverse cohort of young people who will benefit from participation in our programmes.

Before major events (such as our Policy Events in Brussels) we run preparatory sessions to ensure young people feel comfortable engaging in discussions, and prepare extra resources, such as a WhatsApp group which provide live explanations. Through our events we apply a peer-learning method to ensure that young people from different backgrounds can share their experiences and learn from each other. Sessions are designed to be interactive and fun.



In addition, we invite youth and social workers who have established relationships with the young people to our events; both because we value their professional experience, and because they act as a vital source of support to enable the young people to fully participate.

„Our goal is to make democracy education practical and engaging.“

What challenges do you face when working with young people in the context of democracy education?

Young people from disadvantaged backgrounds face financial, educational and social barriers to engaging with democracy-related initiatives. Academic research shows that the majority of young people express trust in the EU, but they feel that their voices are underrepresented both nationally and at the EU level. Therefore, while it is often said that young people are disengaged, or apathetic, that is not the full picture.

There are many opportunities for young people to get involved with youth initiatives at the EU level, but young people don't



they equip them with the tools, knowledge, and confidence to make their voices heard.

„Get involved where you can, and don't worry about your language skills!“

For young people: There are many inclusive democracy-related initiatives that exist at the local, national and EU level. Get involved where you can, and don't worry about your language skills! Through your action, you can contribute to a stronger and fairer society, learn new skills and make new friends.

The interview for the journal dreizehn was conducted by ANNEMARIE BLOHM, Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e. V. (BAG EJSA) with LUCY PETTINELLA, Advocacy and Co-operation Officer from Yes Forum.

✉ lucy.pettinella@yes-forum.eu

Sources

New Eurobarometer survey, shows record high trust in the EU; Democratic Horizons: Paving the Way for the EU's Promising Future Attitudes of Young People from Austria, Greece, Ireland and Slovakia.



Pictures:

- P. 27: YES Forum Policy Event 2024
- P. 28: YES Forum Policy Event 2022
- P. 29: YES Forum Policy Event 2022, YES Forum Policy Event 2024
- P. 30: YES Forum Policy Event 2023, READY Training, July 2023
- P. 31: YES Forum Policy Event 2024

always know how to access them. There can also be a communication barrier. Young people do not always speak English fluently, and they can struggle with the technical political language and jargon. That is why it is so important that content is accessible, clear and jargon-free, and that the right preparation is put in place to enable them to contribute to the best of their ability.

Additionally, many of the young people we work with struggle to relate their everyday experience to democratic institutions and their functions. This is unsurprising as political processes can be complex. Therefore, our goal is to make democracy education practical and engaging for both young people, as well as youth and social workers more broadly¹.

What do you think are the most important prerequisites for inspiring young people to embrace democratic values in the long term?

A combination of education, opportunity and trust. Inclusive civic education should make the complexity of democratic systems clearer to young people. Youth and social workers need to be supported to deliver this education; which means training them. Similarly, young people need opportunities to engage in decision-making ('and learn by doing'). When young people take part in YES Forum programmes and have the opportunity to visit the European Parliament, speak with MEPs and EU stakeholders, they see that their input is valued. This helps them build trust in institutions. Creating a safe space for discussion is vital. Similarly, institutions must ensure good communication with young people, especially on what they are doing to address the issues that matter to them, such as climate change and social justice.

What message would you like to give to young people and youth workers regarding democracy and social engagement?

Youth workers play a crucial role in empowering young people to engage with democracy and understand their rights and responsibilities. By creating inclusive, open spaces for discussion, and making democratic participation accessible and relevant, they encourage young people to see politics as something they can be part of, not something distant. Through their work,



Deutsche Übersetzung des Interviews

DREIZEHN: Können Sie uns einen kurzen Überblick über die Arbeit des YES Forum geben und wie Sie junge Menschen in Europa unterstützen?

YES Forum (Lucy Pettinella): Das YES Forum ist ein europäisches Netzwerk mit 44 Mitgliedsorganisationen in 20 verschiedenen Ländern (davon 16 EU-Mitgliedstaaten), das sich für junge Menschen einsetzt, die Unterstützung in Bildung, Ausbildung oder beim Übergang ins Erwachsenenleben benötigen. Seit 2002 arbeitet das YES Forum daran, eine inklusivere Gesellschaft zu schaffen, in der jeder junge Mensch – unabhängig von seiner Herkunft – die Möglichkeit hat, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben und seine eigene Zukunft zu gestalten.

Wir führen transnationale Projekte durch, die benachteiligten jungen Menschen sowie den Jugend- und Sozialarbeiter*innen, die sie unterstützen, praxisnahe Lern-, Mobilitäts- und Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Diese Projekte tragen zur Kompetenzentwicklung junger Menschen bei.

Auf politischer Ebene setzt sich das YES Forum für junge Menschen ein, indem es sicherstellt, dass ihre Stimmen in wichtigen Diskussionen über Sozial- und Jugendpolitik gehört werden. Unsere Mitglieder bieten eine Vielzahl von Dienstleistungen

und Programmen für junge Menschen an, und das Netzwerk dient als zentrale Plattform für den Austausch von Fachwissen, bewährten Praktiken und Unterstützung. Konferenzen, Schulungen und Vernetzungsveranstaltungen bieten zahlreiche Gelegenheiten für den Austausch und das gemeinsame Lernen.

„Junge Menschen sollen ihre eigene Zukunft gestalten können.“

Welche Rolle spielt Demokratiewerkarbeit in Ihren Projekten?

Demokratie spielt eine zentrale Rolle in der Arbeit des YES Forum – sowohl in unseren Projekten (siehe unten) als auch in unserer politischen Interessenvertretung.

Wir fördern das bürgerschaftliche Engagement junger Menschen und betonen die Bedeutung von Jugendbeteiligung und sozialer Inklusion auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene. Jährlich bieten wir jungen Menschen die Möglichkeit,

im Rahmen unseres jährlichen Policy Events direkt mit EU-Politiker*innen in Kontakt zu treten. Durch diese Veranstaltungen gewinnen sie Einblicke in die EU-Institutionen und lernen andere junge Menschen aus ganz Europa kennen.

Ebenso halten wir die Perspektiven von Fachkräften, die junge Menschen unterstützen, für entscheidend. Sie bringen wertvolle Einblicke in die Herausforderungen junger Menschen ein und können daher zur Entwicklung von Lösungsansätzen beitragen. Aus diesem Grund begleiten sie die jungen Menschen zu unseren Veranstaltungen.

„Junge Menschen sind nicht apathisch – sie fühlen sich oft nur unterrepräsentiert.“

Wir verstärken ihre Stimmen, wo immer möglich, insbesondere durch unsere Beteiligung am „Youth Test“ des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA). Der Youth Test wurde von der EU entwickelt, um die Jugendbeteiligung in verschiedenen Politikbereichen zu stärken und jungen Menschen besseren Zugang zur Demokratie zu ermöglichen. Darüber hinaus tragen wir zum zivilgesellschaftlichen Dialog bei, indem wir die Perspektiven von Jugendlichen und Sozialarbeiter*innen in Diskussionen zu sozialen Rechten, Inklusion und Beschäftigung vertreten.

Können Sie konkrete Projekte oder Initiativen nennen, mit der Sie die demokratische Teilhabe junger Menschen fördern?

Eines unserer Projekte, CitiGenZ, zielt speziell darauf ab, das Bewusstsein junger Menschen für die EU zu schärfen, indem interaktive Materialien zu EU-Politik, Institutionen und Werten entwickelt werden, die das tägliche Leben der Bürger*innen prägen.

*„Jugendsozialarbeiter*innen sind zentrale Brückenbauer für junge Menschen in die Demokratie.“*

Ebenso haben wir die Kampagne #IVoteforEU im Vorfeld der Europawahlen 2024 ins Leben gerufen, um das Bewusstsein für demokratische Teilhabe zu stärken und junge Menschen zur Wahl zu motivieren. Dabei wurden junge Menschen aus

ganz Europa ermutigt, ihre persönlichen Geschichten über soziale Medien zu teilen – so entstand organischer Content von jungen Menschen für junge Menschen.

In einem unserer neuesten Projekte, EUPlayer, entwickeln wir ein analoges Brettspiel, das jungen Menschen den Wert der europäischen Demokratie auf spielerische Weise vermittelt – und gleichzeitig die klassischen Elemente beibehält, die Brettspiele so unterhaltsam machen.

Wie gelingt es Ihnen, junge Menschen aus unterschiedlichen sozialen und kulturellen Hintergründen in Ihre Programme einzubeziehen?

Wir legen in unseren Programmen besonderen Wert auf Barrierefreiheit, Partizipation und aktive Repräsentation. Unsere Mitglieder arbeiten mit einer vielfältigen Gruppe benachteiligter junger Menschen, die mit sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert sind, darunter auch sogenannte NEETs (junge Menschen, die weder in Bildung noch in Beschäftigung oder Ausbildung sind).

„Demokratiebildung muss praxisnah, spannend und barrierefrei sein.“

Durch die Zusammenarbeit mit Basisorganisationen in 20 europäischen Ländern nutzen wir bestehende lokale Netzwerke, um eine diverse Gruppe von jungen Menschen zu erreichen, die von der Teilnahme an unseren Programmen profitieren können.

Vor größeren Veranstaltungen (z. B. unseren Policy Events in Brüssel) organisieren wir vorbereitende Sitzungen, um sicherzustellen, dass sich die jungen Menschen wohlfühlen und aktiv an Diskussionen teilnehmen können. Zusätzlich stellen wir unterstützende Materialien bereit, wie etwa eine WhatsApp-Gruppe, in der Live-Erklärungen angeboten werden.

Wir setzen auf Peer-Learning-Methoden, damit junge Menschen aus unterschiedlichen Hintergründen ihre Erfahrungen austauschen und voneinander lernen können. Unsere Veranstaltungen sind interaktiv und machen Spaß.

Darüber hinaus laden wir Jugend- und Sozialarbeiter*innen, die bereits enge Beziehungen zu den jungen Menschen aufgebaut haben, zu unseren Veranstaltungen ein – sowohl wegen ihrer professionellen Expertise als auch als wichtige Unterstützer, damit die jungen Menschen voll teilnehmen können.

Welche Herausforderungen begegnen Ihnen bei der Demokratiebildung mit jungen Menschen?

Junge Menschen aus benachteiligten Hintergründen stehen finanziellen, bildungsbezogenen und sozialen Hürden gegenüber, die ihre Teilnahme an demokratiebezogenen Initiativen erschweren.

„Ein sicherer Raum für Diskussionen ist essenziell, damit junge Menschen sich Gehör verschaffen können.“

Laut wissenschaftlichen Studien vertrauen die meisten jungen Menschen der EU, fühlen sich aber auf nationaler und europäischer Ebene unterrepräsentiert. Oft wird gesagt, dass junge Menschen desinteressiert oder apathisch seien – doch das ist nicht die ganze Wahrheit.

Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, sich auf EU-Ebene in Jugendinitiativen einzubringen, doch viele junge Menschen wissen nicht, wie sie Zugang dazu bekommen. Ein weiteres Hindernis ist die Sprache: Viele junge Menschen sprechen nicht fließend Englisch und tun sich mit der oft komplexen politischen Fachsprache schwer. Deshalb ist es entscheidend, dass Inhalte zugänglich, klar und frei von Fachjargon sind – und dass die richtige Vorbereitung getroffen wird, um ihnen eine aktive Beteiligung zu ermöglichen.

Zudem fällt es vielen jungen Menschen schwer, ihre Alltagserfahrungen mit demokratischen Institutionen und deren Funktionen in Verbindung zu bringen. Das ist nicht überraschend, da politische Prozesse oft komplex sind. Unser Ziel ist es daher, Demokratiebildung praxisnah und spannend zu gestalten – sowohl für junge Menschen als auch für Jugend- und Sozialarbeiter*innen.

Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Voraussetzungen, um junge Menschen langfristig für demokratische Werte zu begeistern?

Eine Kombination aus Bildung, Möglichkeiten und Vertrauen. Eine inklusive politische Bildung sollte jungen Menschen demokratische Systeme verständlich machen. Jugend- und Sozialarbeiter*innen müssen in die Lage versetzt werden, diese Bildung zu vermitteln – dafür brauchen sie Schulungen.

Ebenso müssen junge Menschen Gelegenheiten bekommen, sich aktiv in Entscheidungsprozesse einzubringen („Learning by Doing“). Wenn junge Menschen an den Programmen des

YES Forum teilnehmen, das Europäische Parlament besuchen und mit Abgeordneten sowie EU-Vertreter*innen sprechen, sehen sie, dass ihr Engagement geschätzt wird. Das stärkt ihr Vertrauen in die Institutionen.

Ein sicherer Raum für Diskussionen ist essenziell. Gleichzeitig müssen Institutionen klar mit jungen Menschen kommunizieren, insbesondere darüber, welche Maßnahmen sie zu Themen ergreifen, die ihnen wichtig sind – wie Klimawandel oder soziale Gerechtigkeit².

Welche Botschaft möchten Sie jungen Menschen und Jugendsozialarbeiter*innen in Bezug auf Demokratie und gesellschaftliches Engagement mit auf den Weg geben?

Jugendsozialarbeiter*innen spielen eine entscheidende Rolle dabei, junge Menschen zu befähigen, sich mit Demokratie auseinanderzusetzen und ihre Rechte und Pflichten zu verstehen. Indem sie inklusive, offene Räume für Diskussionen schaffen und demokratische Partizipation zugänglich und relevant machen, zeigen sie jungen Menschen, dass Politik nichts Fernes ist – sondern etwas, an dem sie aktiv mitwirken können.

Für junge Menschen: Es gibt viele inklusive demokratische Initiativen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene. Beteiligt euch, wo ihr könnt – und macht euch keine Sorgen wegen eurer Sprachkenntnisse! Durch euer Engagement könnt ihr zu einer gerechteren Gesellschaft beitragen, neue Fähigkeiten erwerben und neue Freundschaften schließen.

Das Interview für die Zeitschrift Dreizehn führte ANNEMARIE BLOHM, Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e. V. (BAG EJSÄ) mit LUCY PETTINELLA, Advocacy and Co-operation Officer from Yes Forum.

✉ lucy.pettinella@yes-forum.eu

Quelle:

New Eurobarometer survey, shows record high trust in the EU; Democratic Horizons: Paving the Way for the EU's Promising Future Attitudes of Young People from Austria, Greece, Ireland and Slovakia.

Bilder:

S. 27: YES Forum Policy Event 2024
S. 28: YES Forum Policy Event 2022
S. 29: YES Forum Policy Event 2022, YES Forum Policy Event 2024
S. 30: YES Forum Policy Event 2023, READY Training, July 2023
S. 31: YES Forum Policy Event 2024



Vor Ort

7

SEID IHR FREIWILLIG HIER?

Kinder und Enkel von Verfolgten des Naziregimes treffen sich in Hoyerswerda mit Schüler*innen. Ein Projekt wider das Vergessen in einer Stadt mit schwieriger Geschichte.

VON JOSEFINE JANERT

„Wisst ihr, was eine Interbrigade ist?“ Roland Hering stellt die Frage drei Sechzehnjährigen. Sie gehen in die neunte Klasse der Oberschule Hoyerswerda. An diesem Tag sind sie zu einem „Zeitzeugenempfang“ in die „Kulturfabrik“ gekommen, ein soziokulturelles Zentrum in Hoyerswerda, einer Stadt im Nordosten Sachsens. Sie treffen ältere Frauen und Männer, deren Mütter und Väter während der Nazidiktatur verfolgt wurden. Alle weiterführenden Schulen der Stadt beteiligen sich an diesem „Zeitzeugenempfang“, der einmal jährlich stattfindet. Sie schicken ausgewählte Schüler*innen und einige Lehrer*innen dorthin. Organisiert wird der „Zeitzeugenempfang“ von Mitarbeiter*innen der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Demokratie und Lebensperspektiven (RAA) Hoyerswerda / Ostsachsen. Dieser gemeinnützige Verein hat das Ziel, politische Bildung zu fördern und die Demokratie zu stärken.

„Wisst ihr, was eine Interbrigade ist?“

Die drei Sechzehnjährigen interessieren sich zwar für Geschichte. Doch das Thema Interbrigaden ist zu speziell. Sie schütteln die Köpfe. Roland Hering nickt verständnisvoll. Er ist 82 Jahre alt, hat kurzes, weißes Haar und lebhaftes blaue Augen. Er lebt in Radebeul bei Dresden. Früher fuhr er zur See, diente bei der Nationalen Volksarmee der DDR. Hering kennt sich mit Interbrigaden aus. Das liegt an seinem Adoptivvater Arno Hering, Jahrgang 1907. Er war Kommunist, Widerstandskämpfer gegen das Naziregime und in den 1930er Jahren Mitglied einer Interbrigade. Diese Kampfeinheiten hießen so, weil sie tatsächlich international waren, erklärt Arno Hering. Rund 40.000 Freiwillige aus Frankreich, Deutschland, Italien und anderen Ländern reisten damals nach Spanien, um an der Seite der Einheimischen gegen den Diktator Franco zu kämpfen. Dieser war mit Nazideutschland verbündet.

Arno Hering hat seinem Sohn Roland oft von dieser Zeit erzählt. Er starb 1986. Jetzt ist es Roland Hering, der diese Geschichten an die junge Generation weitergibt. Seit 2012 kommt er regelmäßig nach Hoyerswerda, eine Stadt mit 31.000 Einwohner*innen, die von Wohnhäusern aus der DDR-Zeit geprägt ist. Am ersten Tag nimmt Hering am „Zeitzeugenempfang“ teil. Am folgenden Tag spricht er an der Oberschule Hoyerswerda mit der gesamten neunten Klasse ausführlich über die Nazizeit. In seiner Stimme schwingt viel Gefühl mit, als er jetzt sagt: „Mein Vater wollte Frieden, Solidarität und Völkerverständigung.“ Tausende Mitglieder der Interbrigaden seien in Spanien gefallen. Es sei ein glücklicher Umstand, dass Arno Hering überlebt habe. Arno und dessen Vater Martin kämpften beide im Untergrund gegen die Nazis, wurden verfolgt und inhaftiert. Wegen „Vorbereitung

zum Hochverrat“ brummte der Volksgerichtshof Arno Hering zwölf Jahre Zuchthaus auf.



Roland Hering und viele Ältere in der „Kulturfabrik“ erinnern sich noch daran, dass es auch in der DDR-Zeit Begegnungen mit Verfolgten des Naziregimes gab. Die sozialistischen Kinder- und Jugendorganisationen und die Schulen organisierten sie. Manche Jugendliche, die daran teilnahmen, behaupteten später, die Atmosphäre bei solchen Treffen sei förmlich und unbehaglich gewesen. Sie seien zur Teilnahme gezwungen worden. Wissenschaftler*innen sprechen ja heute auch vom „staatlich verordneten Antifaschismus“ der DDR. Wohl deshalb fragt Roland Hering die drei Neuntklässler: „Seid ihr freiwillig hier?“ Als sie nicken, sieht er erleichtert aus.

„Mein Vater wollte Frieden, Solidarität und Völkerverständigung.“

Die Jugendlichen, die Zeitzeug*innen und die Lehrer*innen sitzen im großen Saal der „Kulturfabrik“ an weiß gedeckten Tischen. Die Atmosphäre ist feierlich, leider fast ein bisschen steif. Mit dabei sind die Ehrenamtlichen vom örtlichen Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN), die die Veranstaltung mitorganisiert haben. Diese Organisation wurde 1947 von Verfolgten des Naziregimes gegründet. Die Hoyerswerdaer VVN-Aktivist*innen – das sind zumeist ältere Menschen, die mit dazu beitragen möchten, den Wissensstand der Jugendlichen zu verbessern. Jan Krüger, der die Ortsgruppe des VVN leitet, sagt: „Die Kenntnisse über die Nazizeit sind teilweise rudimentär. Viele Schüler*innen sind überfordert, vielleicht auch aufgrund des hohen Lerndrucks.“

Auch Bürgermeister Torsten Ruban-Zeh von der SPD ist gekommen. Eben hat er eine Rede gehalten und betont, wie wichtig

„Zwar kennen viele Jugendliche die historischen Fakten aus dem Unterricht. Doch das Lehrbuchwissen allein erreicht sie nicht.“

es angesichts des Aufschwungs der AfD sei, sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen. Dann wurden die Zeitzeug*innen namentlich aufgerufen und bekamen von den Schüler*innen Blumen überreicht. Jetzt sind einige Jugendliche in Gespräche mit den Zeitzeug*innen vertieft. Andere sitzen stumm da und wirken verlegen. Eine Person wird später beim Plaudern am kalten Büffet andeuten, dass ihre Eltern Sympathien für die AfD hegen. Diese hat seit der Kommunalwahl von 2024 im Stadtparlament von Hoyerswerda die meisten Sitze – 9 von 30.

John-Robert Sebastian, Geschichtslehrer an der Oberschule Hoyerswerda, erzählt, dass viele Familien noch dabei sind, die harten Jahre nach der Wende zu verarbeiten. In ganz Ostdeutschland schlossen damals Betriebe, und Hunderttausende verloren ihre Jobs. In der Region um Hoyerswerda brach die Braunkohle- und Energiewirtschaft zusammen, die das Rückgrat der DDR gewesen war. Der Niedergang „führte zu Unmut in der Bevölkerung“, sagt der 39-jährige Lehrer. Viele Familien hätten unter „Existenznot“ gelitten.



Im September 1991 entluden sich die sozialen Spannungen in Hoyerswerda in einem rassistischen Pogrom. Sieben Tage lang versammelten sich rechte Hetzer*innen und ihre Anhänger*innen in der Albert-Schweitzer-Straße, die nur wenige Meter von der „Kulturfabrik“ entfernt ist. Dort waren mosambikanische und vietnamesische Vertragsarbeiter*innen in einem Wohnheim untergebracht. Der Mob bedrohte und beschimpfte sie, warf Steine und Molotowcocktails. Polizist*innen, Politiker*innen und viele Einwohner*innen sahen zumeist tatenlos zu. Die Stadt hat sich seitdem um die Bewältigung dieser Geschehnisse bemüht, hat sogar ein Mahnmal errichten lassen. Dass 1993 die RAA Hoyerswerda / Ostsachsen gegründet wurde,

ist auch ein Ergebnis dieses Aufarbeitungsprozesses. Die Schulsozialarbeiterin Silvia Huschmann, Mitarbeiterin der RAA, erzählt, dass sie mit Jugendlichen Projekte zu Wahlen gestaltet und mit ihnen darüber spricht, wie sie Fake News erkennen können. Mit ihren Kolleg*innen von der RAA organisiert sie Fahrten zu Gedenkstätten, Buchlesungen, Diskussionsrunden und andere Formate der politischen Bildung. „Wider das Vergessen“ heißt dieses Projekt, das sich mit der Nazizeit beschäftigt.

Über die Jahre haben die Mitarbeiter*innen der RAA ein umfangreiches Netzwerk zu Zeitzeug*innen geknüpft. Es gelang ihnen, Hans Coppi junior nach Hoyerswerda einzuladen, den 1942 geborenen Sohn der Widerstandskämpfer Hans und Hilde Coppi. Auch Justin Sonder kam, jüdischer Auschwitzüberlebender und Ehrenbürger der Stadt Chemnitz. Er verstarb 2020. „Wenn er den Raum betrat, standen alle auf und klatschten“, erinnert sich Erika Xenofontov, Projektmitarbeiterin für politisch-historische Bildung. Dass auf Sonders Arm noch die eintätowierte Häftlingsnummer zu sehen war, habe einen tiefen Eindruck hinterlassen. „Vielen Schüler*innen standen die Tränen in den Augen.“

„Vielen Schüler*innen standen die Tränen in den Augen.“

Die Neuntklässler, die auf dem „Zeitzeugenempfang“ sind, haben sich durchaus schon mit der Nazidiktatur befasst. Gegen Ende der achten Klasse war sie Thema im Unterricht. „Viele Schüler*innen hatten da schon mal irgendwo ein Hakenkreuz gesehen, konnten aber nichts damit anfangen“, sagt der Geschichtslehrer John-Robert Sebastian. „Den Begriff Holocaust hatten einige schon gehört, wussten ihn aber nicht einzuordnen.“

Zwölf Wochen lang sprach Sebastian mit den Schüler*innen alles Wesentliche durch: Wie war die Lage nach der Weltwirtschaftskrise? Wie viel Prozent hatte die NSDAP bei den Wahlen von 1933? Welche Schritte führten in die Diktatur? Was waren die Ermächtigungsgesetze? Was geschah mit der jüdischen Bevölkerung? Was in den Vernichtungslagern? Er habe, sagt der Lehrer, Aussagen „entzaubern“ wollen, die offenbar immer noch in der Bevölkerung kursieren: „Die Nazis haben viel fürs Volks getan.“ Der Lehrer betont: „Das stimmt so nicht.“

Erika Xenofontov sagt: „Zwar kennen viele Jugendliche die historischen Fakten aus dem Unterricht. Doch das Lehrbuchwissen allein erreicht sie nicht. Oder es überfordert sie.“ Sie bräuchten weitere Informationen und vor allem Gespräche, um das alles einzuordnen. Die RAA-Mitarbeiter*innen lassen da nicht locker. Im kommenden Jahr sei geplant, mit den Schüler*innen die

Route des „Todesmarsches“ zurückzulegen, den KZ-Häftlinge in den letzten Kriegstagen nahe Hoyerswerda gehen mussten.

„Die Zukunft hängt davon ab, was wir heute tun.“

Erika Xenofontovs Familie hat auch unter den Diktaturen des 20. Jahrhunderts gelitten. Ihre Geschichte könnte an diesem Tag ebenfalls Thema sein – aber sie ist es nicht. Jedenfalls ist Xenofontov hochmotiviert, den Jugendlichen die Vergangenheit nahezubringen. Ihre deutschstämmige Familie lebte in der Sowjetunion. Als diese 1941 von Nazideutschland überfallen wurde, ließ der Diktator Stalin alle deutschstämmigen Sowjetbürger*innen nach Kasachstan zwangsumsiedeln. Er stellte sie unter den pauschalen Verdacht, dass sie mit Hitlerdeutschland zusammenarbeiten würden – was falsch war. Ihr Urgroßvater sei von der sowjetischen Geheimpolizei abgeholt und in ein Arbeitslager gesteckt worden, berichtet Erika Xenofontov. Dort sei er ums Leben gekommen. Ihrer Großmutter seien das Deutschsprechen und die deutschen Bräuche verboten worden. Um die Jahrtausendwende siedelte die Familie nach Deutschland über. Ihre Großmutter könne bis heute kaum in Worte fassen, was ihr geschehen ist, sagt Erika Xenofontov.

„Was wisst ihr schon über die Nazizeit?“

Auf dem „Zeitzeugenempfang“ berichten zwei Schülerinnen von der Fahrt zur Gedenkstätte Buchenwald, die die RAA im Oktober 2024 organisiert hat. Für die Schüler*innen aller weiterführenden Schulen von Hoyerswerda gab es 50 Plätze. Das Interesse war so groß, dass nicht alle mitfahren konnten. Drei Tage lang erkundeten die Teilnehmer*innen das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers. Sie hörten Vorträge, sahen Fotos aus dem Lageralltag und sprachen über das Gesehene. Die Schulsozialarbeiterin Silvia Huschmann berichtet, dass die Buchenwaldfahrt für die Jugendlichen „eine eindrückliche und emotionale Erfahrung“ gewesen sei. Auch die drei, die jetzt Roland Hering gegenüber sitzen, waren dabei. Was ihnen besonders im Gedächtnis geblieben ist? „Dass das Lagergelände so groß war“, „der Ort, an dem die Leichen der Häftlinge verbrannt wurden“ und „die Figurengruppe vor dem Glockenturm“. Gemeint ist das Mahnmal, das der DDR-Künstler Fritz Cremer in den 1950er Jahren schuf: ausgemergelte, aber standhaft blickende Menschen. Das Ensemble mit dem Namen „Buchenwaldgruppe“ soll den Widerstand der Häftlinge gegen ihre Peiniger*innen symbolisieren.

Roland Hering hat jede Menge Material nach Hoyerswerda mitgebracht. Er hat schon vor längerer Zeit eine Broschüre über das Leben seines Adoptivvaters verfasst und für sein morgiges Gespräch mit der Schulklasse eine PowerPoint-Präsentation mit 64 Seiten vorbereitet. Sie endet mit der Aussage, die Hering angesichts der heutigen Weltlage besonders wichtig ist: „Vergessen ist die größte Katastrophe.“ Er zitiert auch den indischen Freiheitskämpfer und Pazifisten Mahatma Gandhi: „Die Zukunft hängt davon ab, was wir heute tun.“



Die drei Neuntklässler sind heute schwer aus der Reserve zu locken. Doch Roland Hering hat für solche Begegnungen Routine entwickelt. Er hat längst verstanden, dass es ungeschickt wäre, jetzt einen Monolog zu halten. Also versucht er, ein Gespräch in Gang zu bringen. „Was wisst ihr schon über die Nazizeit?“, fragt er. Und: „Habt ihr euch schon über Formen des Widerstands gegen die Nazidiktatur informiert?“ Es gab, so klärt er die Schüler auf, den aktiven – also den bewaffneten – und den passiven Widerstand. So habe sein Vater, nachdem Hitler die Macht ergriff, schnell einen Unterschlupf finden müssen. Die Haushälterin des katholischen Pfarrers habe ihn für ein paar Tage versteckt. Das sei eine Form des passiven Widerstands gewesen, klärt Roland Hering die Schüler*innen auf. „Die Frau war keine Widerstandskämpferin“, sagt er. „Sie war einfach ein guter Mensch.“

Autorin:
JOSEFINE JANERT
Journalistin
✉ Josefine.janert@web.de

Bilder:
S. 34: Roland Hering, Zeitzeuge, und Silvia Huschmann, Schulsozialarbeiterin
S. 35: Roland Hering im Gespräch mit Jugendlichen
S. 36: John-Robert Sebastian, Geschichtslehrer an der Oberschule Hoyerswerda
S. 37: Roland Hering im Gespräch mit Jugendlichen

Praxis
konkret

JUGENDBETEILIGUNG MUSS NORMALITÄT UND SELBST- VERSTÄNDLICH SEIN

Von der Enquetekommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“, die sich auf den Weg macht für eine bessere Jugendbeteiligung und Erfahrungen des Beteiligungsnetzwerks MV.

VON FREDERIC WERNER

„Politik muss ein Umfeld schaffen, in dem junge Menschen zuversichtlich aufwachsen können.“

Ganz Mecklenburg-Vorpommern stellt sich die Frage, wie Jugend besser beteiligt werden kann. Ganz Mecklenburg-Vorpommern? Noch nicht, aber ein sehr engagiertes Dorf macht schon seit einigen Jahren vieles richtig.

Frei nach dem berühmten Anfang der Asterix-Comics schauen wir auf das Dorf Balow. Zehn Kilometer von der brandenburgischen Grenze liegt es mit seinen 330 Einwohnern im Niemandsland zwischen Parchim, Ludwiglust und Perleberg. Ein Dorf, das prädestiniert ist für den Kampf um die eigene Existenz. Doch spätestens seit der Teilnahme am Bundeswettbewerb „Ein Dorf für Kinder – ein Dorf für alle“ ist dies das Motto der Gemeinde. Und so besuchte die Enquetekommission diesen Ort im Mai 2023 als Beispiel für demokratische Mitwirkungsprozesse für Kinder und Jugendliche und das Miteinander der Generationen. Man findet ein Dorf vor, in dem es gelungen ist, eine Kita und eine kleine Grundschule zu erhalten, in örtlichen Vereinen mehr Mitglieder als Dorfeinwohner zu versammeln, in dem Kinder und Jugendliche ihr Lebensumfeld mitgestalten und nicht nur der Jugendrat funktioniert. Ein Dorf, wo alle, die sich einbringen wollen, ernst genommen werden, und in dem junge Menschen bleiben und sich auch später engagieren, weil sie die für Demokratiebildung so unerlässliche Selbstwirksamkeit erlebt haben und es ein Gemeinschaftsgefühl gibt, das auf Verantwortung fußt.

„Niederschwelligkeit, Gemeinschaftsgefühl und Wirksamkeit sind entscheidende Motivationsfaktoren, sich zu beteiligen und zu engagieren.“ Kriemhild Kant, Bürgermeisterin Gemeinde Balow

Leider muss aber etwas Wasser in den Wein gegossen werden. Dieses Beispiel ist nicht einfach übertragbar. Eine Gemeinschaft von 330 Menschen ist überschaubar und nahbar. Viele Fördermittel sind in all die Vorhaben des Dorfes geflossen, die das Leben dort angenehm machen. Und wie immer hängt das Gelingen von einzelnen handelnden Personen ab. Doch die Enquetekommission verließ das Dorf mit dem guten Gefühl, dass es funktionieren kann: Das demokratische Miteinander als Ergebnis u. a. einer erfolgreichen Kinder- und Jugendbeteiligung.

Das antidemokratische Problem

In einem Bundesland, in dem die Präsenz rechtsextremer (Jugend-)Subkulturen groß ist und das auch von der zunehmenden Demokratiedistanz nicht ausgenommen ist, sind solche Beispiele aufbauend. Die Analyse und Auswertung, warum junge Menschen antidemokratische Einstellungen annehmen, ist Gegenstand vieler wissenschaftlicher Studien und kann in einem Artikel der Rubrik „Praxis konkret“ nicht erschöpfend

behandelt werden. Jedoch kann – in einer vermutlich fahrlässigen Verkürzung – festgehalten werden, dass fehlendes Wissen über politische Abläufe, fehlendes Demokratieerleben und fehlende Selbstwirksamkeitserfahrungen zu antidemokratischen Einstellungen beitragen können. Selbstverständlich ist dies kein alleiniges Jugendproblem. Aber bei jungen Menschen scheint eine Verhinderung manifester extremer Einstellungen möglich und nötig. Eine demokratie- und menschenfreundliche Erziehung, Räume der Begegnung, das Erleben einer offenen und toleranten Gemeinschaft, Aussichten auf Verantwortungsübernahme, Hilfe zu finden, wenn Hilfe benötigt wird, Möglichkeiten der Selbstfindung und Identitätsausbildung sind dabei, neben Aufgaben für das Elternhaus, Anknüpfungspunkte für Schule, Sozial- und Jugendarbeit. Was kann Politik dazu beitragen? Ein Umfeld schaffen, in dem diese Faktoren begünstigt werden und ein zuversichtliches Aufwachsen möglich ist.

Mitwirkung für die Landespolitik als Demokratiefeld

Die Enquetekommission „Jung sein in MV“ des Landtages Mecklenburg-Vorpommern hat den Auftrag, die derzeitige Lebenssituation junger Menschen herauszuarbeiten und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, die zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen für junge Menschen führen. Hierfür hört die Kommission, in der von 25 Mitgliedern 12 außerparlamentarisch besetzt sind, viele Expert*innen. Über die parlamentarische Arbeit hinaus hat sich die Kommission für einen weiteren Weg entschieden, um an Informationen, Perspektiven und Ideen zu gelangen: Junge Menschen selbst an der Kommissionsarbeit zu beteiligen.

„#mitmischenMV ist ein großartiges Instrument der Beteiligung. Es hilft durch Informationen und Meinungsabfragen einen Bezug zu landespolitischen Prozessen und ein Gefühl von Beteiligung zu bekommen und so mehr Vertrauen in die Demokratie zu entwickeln.“ Antje Helm-Michalek, Beteiligungsmoderatorin

Die Grundidee ist dabei: Mit jungen Menschen sprechen, nicht nur über sie. Dafür wurde ein Beteiligungsprozess entwickelt, der mit Hilfe von Online-Befragungen, Workshops sowie Jugendkonferenzen eine Möglichkeit bietet, an der Erstellung der Handlungsempfehlungen mitzuwirken. Anfangs war dafür tatsächlich eine Zielgruppe im Alter von 0 bis 27 Jahren, also im Sinne des SGB VIII angedacht. Davon hat man sich nach ersten Umsetzungserfahrungen verabschiedet und wir konzentrieren uns hauptsächlich auf Kinder und Jugendliche von 9 bis 17 Jahren. Dennoch ist es eine Herausforderung, diesen Prozess im gesamten Bundesland zu etablieren. Dafür haben wir den Ansatz der Multiplikatorenarbeit gewählt. Wir haben eine je-

weils auf Kinder und Jugendliche ausgerichtete Aktionsbox erstellt, die es möglich macht, sich in die Arbeit der Enquete-kommission mittelbar einzubringen. Alle Rückmeldungen von Umfragen, unseren Besuchen bei Jugendlichen oder Rückmeldungen aus den Aktionsboxen werden zusammengefasst und wissenschaftlich ausgewertet. Auch diese Ergebnisse werden der Kommission zur Verfügung gestellt und fließen in die Entwicklung von Handlungsempfehlungen ein. Eine besondere Schwierigkeit besteht darin, dass wir geäußerte lebensweltliche Erfahrungen und Bedürfnisse auf Handlungsempfehlungen auf Landesebene abstrahieren müssen. So können wir nicht für die Skaterbahn vor Ort sorgen, sondern melden einen Bedarf an Orten für Jugendliche zur jugendgerechten Betätigung. Der ganze Prozess hat die Herausforderung, sich zwischen Niedrigschwelligkeit und Verallgemeinerungen zu bewegen.

Grenzen und Chancen staatlichen Handelns

Neben der Bereitstellung von Material, der Vermittlung, dass Ergebnisse wirklich ernst genommen werden und auch Wirkung haben können, ist ein dritter Erfolgsfaktor für die Beteiligung die Bekanntheit des Prozesses. Wer nimmt Kenntnis von dieser Beteiligungsmöglichkeit und wer nutzt sie? Schnell stellt sich ein Bias ein, der sich verfestigt. Multiplikatoren und Lehrkräften geben mitunter Informationen über #mitmischenMV nicht weiter, weil sie ihren Jugendlichen die Beantwortung der Fragen oder die Schilderung ihrer Perspektiven nicht zutrauen. Andere wiederum erreichen wir nicht mit den bescheidenen Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit, die uns aus einem Verwaltungsapparat heraus möglich sind. Auch weil wir sie in ihrem Lebensumfeld, in dem politische Mitwirkung keine oder eine sehr geringe Rolle spielt, nicht erreichen. Doch aufsuchende Beteiligung ist für uns nahezu unmöglich zu organisieren. Material oder Werbemittel, die man an Schulen und Gemeinden schickt, werden nicht immer mit Priorität behandelt. Verständlicherweise ist so eine Beteiligungsmöglichkeit etwas, was zum normalen Tagesgeschäft in Schulen oder auch der Jugendarbeit hinzukommt. Dabei ist erklärtes Ziel des Beteiligungsprozesses, dass alle Jugendlichen zumindest theoretisch die Chance haben, sich daran zu beteiligen.

Als ein Booster für Beteiligung scheint sich das vor kurzem in Mecklenburg-Vorpommern in Kraft getretene Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz herauszustellen. Zumindest legt es, neben anderen Regelungen, die Beteiligung junger Menschen als eine Soll-Bestimmung für Gemeinden fest. Das Gesetz fällt eher zufällig mit der Arbeit der Enquetekommission zusammen, forciert aber deren Bemühungen. Auch der Beteiligungsprozess hat mit dem Beteiligungsrad, einem Folder mit Erklärungen zu den Stufen der Jugendbeteiligung, versucht,

daran Anschluss zu finden. Doch nach knapp einem Jahr Beteiligungsgesetz merkt man, wie grundsätzlich mit dem Aufbau von Verständnis und vor allem Strukturen für Beteiligung begonnen werden muss. Sprich: Es sind nur sehr wenige in der Lage, zeitnah mit einer Beteiligung zu beginnen. Spürbar wird der Bedarf an Beratung in erster Linie beim Beteiligungsnetzwerk MV.

Die Erfahrungen vor Ort

Das Beteiligungsnetzwerk existiert seit 2001 und ist ein Projekt des Landesjugendrings. Wenn alle Stellen besetzt sind, gibt es in jedem Landkreis eine*n Beteiligungsmoderator*in und landesweite Referent*innen z. B. für digitale Beteiligung. Ziel ist, neben der direkten Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, auch die Unterstützung von Verwaltung und weiteren Jugendarbeiter*innen, um Beteiligung nachhaltig zu ermöglichen.

Wenn man die Beteiligungsmoderator*innen des Netzwerks fragt, was es braucht, um Beteiligung zu etablieren, verwundert die Antwort nicht: feste Ansprechpartner*innen. Und zwar im besten Fall als Tandem: Jemand aus der Verwaltung im Zusammenspiel mit einer pädagogischen Fachkraft. Unbezahlbar, wenn junge Menschen flächendeckend erreicht werden sollen. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es etwa 1,6 Millionen Einwohner in 680 Gemeinden, davon ca. 350.000 junge Menschen bis 27 Jahren. Das bedeutet, es hat die mit Abstand geringste Einwohnerzahl aller Flächenländer, aber mit der sechstgrößten Fläche. Allein der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte hat Ausmaße wie das Saarland. Dabei sind sich alle Akteur*innen einig: Ohne verlässliche Ansprechpartner*innen, die Hilfe geben, wenn Hilfe nötig ist und mit einem klaren Wertekompass auch den Mehrwert von Beteiligung vorleben, wird es keine Demokratiebildung im non-formalen Sektor für junge Menschen geben können.

Voraussetzungen fürs Demokratielernen

Die Schule kann und muss grundlegendes Wissen zur Beteiligung und Funktion der Demokratie vermitteln und muss selber ein demokratischerer Ort werden (was ein eigenes Thema für einen weiteren Artikel wäre). Wirklich selbstbestimmtes Ausleben demokratischer Mitwirkung im großen Stil ist nur im Bereich der selbstgewählten Freizeit möglich. Dazu muss es – nicht nur, aber gerade für junge Menschen – Begegnungsräume geben, in denen Perspektiven ausgetauscht, Ideen für Mitwirkung entwickelt und Ressourcen für eine Umsetzung koordiniert werden können. Orte, die Gemeinschaftsbildung ermöglichen. Dazu bedarf es sicherlich einer Begleitung, vor

allem aber auch Vertrauen und die Abgabe von Verantwortung. Eine Lehre der Gemeinde Balow ist: Was Jugendliche selber aufbauen, darum kümmern sie sich in der Regel auch. Der langjährige Beteiligungsmoderator, der vor Ort nur unter „Finder“ bekannt ist, meint dazu: „Gebt Jugendlichen wirklich den Schlüssel des Jugendclubs.“ Eigenverantwortung als Erfolgskriterium. Viele kleine, selbstgestaltete Räume an vielen kleinen Orten, wäre dabei doch ein Motto für MV. An Platz oder Gebäuden mangelt es nicht, eher am Blick für die Notwendigkeit. Da für diese vielen Orte natürlich nicht genug Personal zur Verfügung stehen kann, sind zur Komplettierung mobile Angebote nötig. Mobilität ist ein enormes Thema. Egal ob zum Ehrenamt, Verein, Freunden oder aber eben zum Beteiligen, je größer das Land, umso wichtiger ist eine Mobilität, bei der überhaupt etwas fährt und bezahlbar ist. Senioren erhalten ein Tagesticket für einen Euro am Tag. Schüler*innen maximal eine kostenfreie Fahrt in die Schule. erhalten ein Tagesticket für einen Euro am Tag. Schüler*innen maximal eine kostenfreie Fahrt in die Schule.

„Beteiligung muss als Normalität und Selbstverständlichkeit in den Alltag integriert sein, sie darf keine punktuelle Aktion bleiben.“ Aus dem Beteiligungsprozess #mitmischenMV zusammengefasst von IRIS e. V. (1. Zwischenbericht, S. 19)

Jetzt könnte hier ein großer Block an weiteren wichtigen Ideen und kleinen wirksamen Maßnahmen stehen. Beispiele wären: Identifikationsschaffung durch Mitgestaltung, Jugendarbeit als unentbehrliche Pflichtaufgabe, unterlegt mit der notwendigen Kostenausstattung, Organisation von Netzwerken, regelmäßiger fachlicher Austausch mit Weiterbildungscharakter, verständlicher Zugang zu Förderungen und zuverlässige und zügige Bearbeitung von Jugendprojekten, unmittelbare Mitentscheidungen bei Vorhaben in der Alltagsrealität junger Menschen, bei denen Wirksamkeit erlebbar wird bis hin zu einem nicht zu unterschätzenden Spaßfaktor bei der ganzen Sache. All dies findet sich auch in den bekannten Qualitätskriterien der Beteiligung wieder. Es lässt sich immer wieder an der Praxis messen. Gerade deswegen sei am Ende auf drei wichtige Hauptaspekte hingewiesen.

Was halten wir fest für die Demokratiewerk

Neben intakter Infrastruktur und Orten der Gemeinschaft sowie Personal mit koordinierender oder unterstützender Funktion braucht es eine dritte Sache, die ohne jegliche Mittel und trotzdem scheinbar nicht einfach zu haben ist: ein beteiligungsfreundliches Klima. Also die Einstellung von Verantwortlichen, die Beteiligung ein Mindestmaß an Wert zumisst. Das impliziert das Aufwenden von Zeit, aber vor allem auch die

Bereitschaft, es ernst zu meinen mit unserer Demokratie und ihrem Ziel, ein friedliches Zusammenleben selbstbestimmter Menschen zu organisieren.

Das meistzitierte Bonmot der Demokratiebildung lautet: „Demokratie ist nicht selbstverständlich, sie muss immer wieder neu gelernt werden.“ Die Funktionen und Abläufe des Lernens von Demokratie sind bekannt. Nun kommt es noch auf die Ernsthaftigkeit an und dafür müssen sich die Multiplikatoren einige Fragen stellen. Gibt es überhaupt etwas mitzubestimmen? Bin ich bereit, Verantwortung abzugeben? Glaube ich als Erwachsener daran, mitbestimmen zu können? Diese drei Fragen sollte sich jeder mit Ja beantworten können, bevor er versucht, Kinder und Jugendliche zur Beteiligung zu ermutigen und Demokratie zu vermitteln. Eine „erwachsene“ Gesellschaft, die nicht vorlebt, dass Demokratie heißt Verantwortung zu übernehmen, Bedürfnisse anderer genauso ernst zu nehmen wie eigene, dass Kompromisse auszuhandeln sind, und die mutlos gegenüber Beteiligung ist, braucht mit Kinder – und Jugendmitwirkung nicht wirklich um die Ecke zu kommen.

Und so sind wir am Ende zurück in Balow. Wer die dortige ehrenamtliche Bürgermeisterin Kriemhild Kant nach den Erfolgsfaktoren erfolgreicher Kinder- und Jugendbeteiligung fragt, bekommt folgendes zur Antwort: „Kinder und Jugendliche bringen sich als mündige Bürger ein, wenn man sie lässt, ermutigt und fördert.“ Und wieso klappt das ehrenamtliche Engagement und die Gemeinschaftsbildung in Balow so gut? „Man muss einfach anfangen. Die entsprechende Kommunikation beginnt schon in der Kita. Was sich entwickelt, muss man einfach auch zulassen.“ Und dann ist es wie am Ende eines jeden Asterix-Comics. Man sitzt in der Gemeinschaft zusammen und freut sich über seinen Idealismus und seine kleine Portion Verrücktheit.

Weitere Informationen zur Enquetekommission „Jung sein in MV“ unter www.landtag-mv.de/landtag/ausschuesse/enquete-kommission-jung-sein-in-mecklenburg-vorpommern. Die Website des Beteiligungsprozesses ist unter www.mitmischen-mv.de zu erreichen. Und Informationen zum Beteiligungsnetzwerk gibt es unter: www.ljrmv.de/jugendbeteiligung

Autor:
FREDERIC WERNER
Referatsleiter in der Landtagsverwaltung MV
✉ frederic.werner@landtag-mv.de

Anmerkungen:

- 1 Vgl. www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Innenminister-Drastischer-Anstieg-rechtsextremer-Straftaten-in-MV,extremismus220.html, aufgerufen am 7.2.2025.
- 2 Andreas Zick / Beate Küpper / Nico Mokros: Die distanzierte Mitte. Bonn 2023.



Praxis konkret

JUGEND TRIFFT POLITIK – DENN ZUKUNFT IST IMMER!

Beteiligung junger Menschen an der verbandlichen Politikberatung

VON CHRISTINE LOHN

Nichts über uns ohne uns – dieser Slogan der internationalen Behindertenbewegung hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die UN-Behindertenrechtskonvention erarbeitet und im Nachgang auch von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert wurde. Mit der konkreten Umsetzung hapert es seit 16 Jahren; für die Kinder- und Jugendhilfe ist die hehre Idee eines inklusiven Kinder- und Jugendhilfegesetzes zu einer Verwaltungsreform geschrumpft. Die Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention jährt sich 2025 bereits zum 33. Mal und auch hier ist Deutschland von einer Vollumsetzung noch weit entfernt. Das inklusive Kinder- und Jugendhilfegesetz soll die Umsetzung beider Konventionen voranbringen und einen relevanten Aspekt dabei beschreibt der oben aufgeführte Slogan: Die Beteiligungsrechte junger Menschen sollen erweitert und gestärkt werden. Nichts, was sie betrifft, soll ohne ihre Beteiligung entschieden werden können.

Die BAG EJSA hat es sich schon vor vielen Jahren zur Aufgabe gemacht, die Beteiligung junger Menschen an allen sie betreffenden Belangen zu fördern. Gemeinsam mit ihren verbandlichen Strukturen hat sie 2009 Partizipationsleitlinien erarbeitet. Die Leitlinien waren angelehnt an die „Participation Standards Liverpool’s“ des „Liverpool Bureau for Children and Young People“ und auf die Arbeit vor Ort fokussiert. Gleichzeitig unternahm der Verband immer wieder Anstrengungen, junge Menschen ganz konkret an seiner eigenen politischen Arbeit zu beteiligen. Und stieß dabei an Grenzen: Wie sollte es möglich sein, Beteiligung umzusetzen, wenn die Vereinsstruktur des Verbandes eine institutionelle Beteiligung nicht vorsah? Was genau unterscheidet Beteiligung in einer Einrichtung der Jugendsozialarbeit von solcher an verbandlichen Prozessen? Welchen Stellenwert hat Mitbestimmung dabei?



Hinein in diese verbandlichen Suchprozesse veröffentlichte das Bundesjugendkuratorium 2019 seine Stellungnahme „Junge Menschen in der Politikberatung. Empfehlungen für mehr Beteiligung der jungen Generation auf Bundesebene“. Die zentralen Aspekte und Empfehlungen der Stellungnahme deckten sich mit dem, was in den Strukturen der BAG EJSA diskutiert wurde. Beteiligung junger Menschen an der politischen Lobbyar-

beit des Verbandes, jungen Menschen einen Rahmen schaffen, in dem sie ihre Anliegen selbst gegenüber Politiker*innen vertreten können – das ist seitdem der Ansatz, dem die BAG EJSA folgt und den sie nach der Entwicklung einer „Vision der evangelischen Jugendsozialarbeit“ 2022 in ihrem Selbstverständnis verankert hat: „Um die Lebenslagen und die Belange junger Menschen angemessen zu berücksichtigen, setzen wir uns für eine diversitätsbewusste und diskriminierungskritische Jugendsozialarbeit ein, in der junge Menschen selbstverständlich beteiligt sind. Die Beteiligung junger Menschen an verbandlichen Aktivitäten im Rahmen der Politikberatung ist relevanter Teil des verbandlichen Selbstverständnisses.“

Vor diesem Hintergrund ist bereits 2019 das Format „Jugend trifft Politik“ entstanden, das der Beteiligung junger Menschen an den Prozessen der Politikberatung einen Rahmen geben will. Das Format lädt Einrichtungen und Dienste der Jugendsozialarbeit dazu ein, eigene Events zu gestalten – die BAG EJSA liefert dabei lediglich den Anlass und das Thema.



Politikberatung durch junge Menschen in Einrichtungen der Jugendsozialarbeit

Das Jubiläumsjahr der BAG EJSA 2024 war ein Anlass, der von Einrichtungen der evangelischen Jugendsozialarbeit für die Umsetzung solcher Formate genutzt wurde. Unter dem Jubiläumsmotto „Zukunft ist immer!“ wurden Bundestagsabgeordnete in Lübeck, Kiel, Darmstadt, Deizisau und Regensburg eingeladen, um mit jungen Menschen zum Thema Zukunft zu diskutieren. Im Vorfeld der Begegnungen bereiteten sich in den Einrichtungen und Diensten junge Menschen auf unterschiedlichste Art und Weise, aber immer professionell durch pädagogische Fachkräfte begleitet auf diese Gespräche vor. Die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle der BAG EJSA fungierten dabei lediglich im Hintergrund als kollegiale Berater*innen für die Organisator*innen der Events.

In der Umsetzung zeigte sich dann, auf welcher vielfältigen Weise das Thema „Zukunft“ umgesetzt werden kann:

Der Jugendmigrationsdienst (JMD) Lübeck organisierte Workshops, in denen die jungen Menschen ihre Zuwanderungsgeschichten und das Ankommen in Deutschland reflektierten und sich darauf vorbereiteten, ihre Geschichten zu erzählen. Im Rahmen eines Gesprächsformates berichteten sie dann Bruno Hönel (Grüne) und Tim Klüssendorf (SPD) über ihre Fluchterfahrungen und die Herausforderungen, denen sie sich in Deutschland stellen. In der daraus entstehenden Diskussion mit den beiden Abgeordneten wurden Themen wie prekäre Lebenslagen, Sprachbarrieren und bürokratische Hürden diskutiert. Die notwendige Sicherheit während dieses Gesprächs boten die Berater*innen aus dem JMD, die sich aber nur am Diskurs beteiligten, wenn sie von den jungen Menschen dazu aufgefordert wurden.



Der JMD Kiel bot im Vorfeld seiner Veranstaltung eine theaterpädagogische Begleitung des oben beschriebenen Reflexionsprozesses an. Darüber hinaus wurden hier Fragestellungen zu gesellschaftspolitischen Themen erarbeitet, die während der Veranstaltungen in Form eines World Cafés mit den Teilnehmenden diskutiert wurden. Ausschließlich junge Frauen diskutierten dann ihre Zukunftsthemen mit Gyde Jensen (FDP) in Kiel. Luftverschmutzung, soziale Mobilität und Bildungsgerechtigkeit – die großen Themen unserer Zeit wurden im Rahmen der vom JMD Kiel organisierten Veranstaltung bewegt. Die Frage nach der Verantwortung von Politik für die Integrationsbegleitung junger Zugewanderter war dabei ein relevanter Aspekt der Diskussion.

Auf dem Interkulturellen Campus Deizisau der Bruderhausstiftung Stuttgart beschäftigten sich junge Geflüchtete mit der migrationspolitischen Gesetzgebung und arbeiteten heraus, was davon für sie förderlich ist und was sie am Weiterkommen hindert. Im Gespräch mit Dr. Sebastian Schäfer (Grüne) diskutierten sie dann Integrationshürden, wobei unter anderem der Job-Turbo als solche identifiziert wurde. Zudem verdeutlichte eine Diskussion über die Situation in Gaza die Vielzahl der aktuellen

Herausforderungen, vor denen junge Geflüchtete heute stehen.

Der Sozialkritische Arbeitskreis (SKA) in Darmstadt schaffte jungen Menschen in offenen Angeboten Raum, um ihre Gedanken zum Thema Zukunft zu reflektieren und kreativ darzustellen. Sechs kreativ gestaltete Silhouetten junger Menschen waren das Ergebnis dieser Vorarbeit und illustrierten die Sorgen und Wünsche von Kindern und Jugendlichen sowie ihre Fragen an die Abgeordneten. Mit Andreas Larem (SPD) und Philip Krämer (Grüne) wurde dann im Rahmen einer Podiumsdiskussion eine Vielzahl von Themen wie Klimawandel, kostenfreie Menstruationsprodukte, Massentierhaltung und nicht zuletzt Krieg, der den jungen Menschen zu Recht Angst macht, intensiv diskutiert. Auch Fragen des Alltags, wie z. B. warum das Schulessen nicht gratis oder der Führerschein so teuer geworden ist, wurden von den jungen Menschen angesprochen.

Eine Veranstaltung der ejsa Bayern in Regensburg bot jungen Menschen die Möglichkeit, mit den Bundestagsabgeordneten Dr. Carolin Wagner (SPD), Peter Aumer (CSU) und Stefan Schmidt (Grüne) über Umweltschutz, Migration, Agrarpolitik, Integration und die Schwierigkeit, bezahlbaren Wohnraum zu finden, zu sprechen. Auch hier dienten im Vorfeld erstellte hölzerne Silhouetten junger Menschen zur Visualisierung der Themen, die die jungen Menschen bewegen. Bei einem Rundgang durch die Schreinerei der Jugendwerkstatt und weiteren Angeboten der Ejsa Regensburg erläuterten die Auszubildenden den drei Politiker*innen die Herausforderungen ihres Alltags. Dieser „Walk and Talk“ eröffnete den beteiligten jungen Menschen außerdem Gelegenheiten, mit den Bundestagsabgeordneten vertiefende Gespräche zu führen und persönliche Fragen, beispielsweise zur Bedeutung politischen Engagements, zu stellen.



Erstmals nahmen auch viele der an den Regionalveranstaltungen und weiteren Aktivitäten im Jubiläumsjahr beteiligten jungen Menschen am Festakt zum Jubiläum der BAG Ejsa in Berlin teil. Sie machten hier vor großem Publikum noch einmal deutlich, was sie in diesen bewegten Zeiten besonders belastet, und tauschten sich dazu im Rahmen des Jubiläumsempfangs mit den anderen Gästen aus – darunter u. a. die Sozialvorstän-

din der Diakonie Deutschland, die Vorsitzende des Familienausschusses im Deutschen Bundestag und die Abteilungsleiterin Kinder und Jugend im Bundesjugendministerium.

Was bleibt?

Das ist die Frage, die nach solchen Veranstaltungen immer wieder gestellt wird. Schön wars, aber was hat es wirklich gebracht?

Die BAG Ejsa möchte das Format „Jugend trifft Politik“ in die Fläche der Evangelischen Jugendsozialarbeit bringen. Für die am Programm Jugendmigrationsdienste beteiligten Träger ist das seit langem der Fall. Sie führen jährlich Aktionstage durch, an denen sie gemeinsam mit jungen Menschen die Arbeit der JMD vorstellen und bei „ihren“ Abgeordneten dafür werben, dass das Bundesprogramm Jugendmigrationsdienste auskömmlich ausgestattet wird. Die nicht durch den Bund geförderten Einrichtungen sind oft in der Kommunal- und Landespolitik bereits gut unterwegs. Deshalb hat die BAG Ejsa eine Online-Austauschplattform initiiert, auf der interessierte Einrichtungen auf solche mit Erfahrungen in der Organisation von Gesprächsformaten mit Bundestagsabgeordneten treffen. Im kollegialen Miteinander sollen alle mit- und voneinander lernen. Anlass für die Initiierung der Plattform war die aktuelle Bundestagswahl. Ziel ist es, dass Einrichtungen und Dienste regelmäßige Kontakte zur Bundespolitik pflegen und diese für die gesamte Jugendsozialarbeit zu sensibilisieren. Damit würde die verbandliche Lobbyarbeit der BAG Ejsa durch das in der Politik immens wichtige Storytelling vor Ort sinnvoll ergänzt.

Die Einrichtungen und Dienste der Jugendsozialarbeit, die sich auf dieses Experiment eingelassen haben, konnten viel daraus lernen. Sie entwickeln ihre eigenen partizipativen Prozesse weiter und zumindest einige wollen das Format „Jugend trifft Politik“ fest in ihren Strukturen verankern und regelmäßig solche Events initiieren, als Format politischer Bildung in der Jugendsozialarbeit. Das Thema immer wieder auf die Agenda zu setzen sorgt zudem dafür, dass es eine Feedbackschleife für die beteiligten jungen Menschen gibt.

Und das Wichtigste: Eine Anzahl junger Menschen, für die das nicht selbstverständlich ist, hat politische Bildung ganz konkret erlebt. Sie haben erfahren, dass Politiker*innen nahbar sind, dass sie sich interessieren und dass sie auf die großen Fragen unserer Zeit auch keine einfachen Antworten haben. Diese jungen Menschen haben erlebt, dass ihre eigenen Themen für die politische Arbeit von Bundestagsabgeordneten relevant sind. Sie hatten Raum, sich zu erklären, und Zeit, ihre Sicht auf die Dinge vorzustellen und im Diskurs zu verteidigen. Ganz nebenbei haben sie das föderale System unserer Republik ganz praktisch erlebt: Sie wissen jetzt, was die Aufgabe von Bundes-

tagsabgeordneten ist, und haben eine Idee davon, was sie bewirken können, wenn sie bei der Bundestagswahl für „ihre*n“ Kandidat*in stimmen. Und einen ganz wichtigen Aspekt politischer Arbeit in dieser Zeit der aufgeregten, medial gepushten politischen Diskurse konnten viele von ihnen erleben: Politiker*innen unterschiedlicher Parteien setzen sich ganz sachlich mit den Themen auseinander, sie hinterfragen, wenn sie nicht verstehen, und sie erklären auch, was von ihren Aussagen nicht verstanden worden ist. Mit anderen Worten: Sie wollen Kommunikation so gestalten, dass ankommt, was gemeint ist – um dann in der Sache konstruktiv zu streiten. Nur so können gute Kompromisse entstehen, im Privaten ebenso wie in Politik und Gesellschaft. Nur so lebt Demokratie.

Autorin:
CHRISTINE LOHN
Geschäftsführerin der BAG Ejsa
✉ Lohn@bagejsa.de

Bilder:
S. 42: Figur der Regionalveranstaltung Darmstadt im deutschen Bundestag
S. 43: Regionalveranstaltung Kiel 2024
S. 44: Regionalveranstaltung Darmstadt 2024
S. 45: Regionalveranstaltung Darmstadt 2024





Nachgefragt

WIE STEHT ES UM DAS WAHLVERHALTEN VON JUGENDLICHEN?

VON LIOBA EINHOFF

Was beeinflusst das Wahlverhalten von Jugendlichen? Wie bilden sie sich ihre Meinung, welche Themen sind aktuell entscheidend und wie ernst genommen fühlen sie sich von der Politik? Die DREIZEHN hat im Jugendhaus TREFFER in Köln nachgefragt und mit verschiedenen Jugendlichen im Alter von 13 bis 18 Jahren gesprochen.

Um eine Wahlentscheidung treffen zu können, geht es im ersten Schritt darum, sich über Politik zu informieren. Für die Jugendlichen gibt es hier verschiedene Wege und Möglichkeiten. Wahid* (14) schaut zum Beispiel meistens YouTube-Videos. Verschiedene konkrete Kanäle hat er dafür nicht. „Ich gucke einfach YouTube und da kommen dann Videos, die gucke ich mir dann einfach an. Da sehe ich dann, was gerade so los ist.“ Mateo* (13) spricht vor allem viel mit seiner Familie und Jil* (16) informiert sich über die Schule. „Je nachdem zu welcher Partei ich dann noch mehr wissen will, schau ich dann nochmal im Internet oder in den Wahlprogrammen.“ Marcos* (14) holt sich die meisten Informationen aus dem Internet. „Hört sich dumm an, aber einfach durch soziale Medien. Ich finde da schon auch vertrauenswürdige Sachen. Die machen das als ihren Job, dass die einfach Leute informieren über die Politik und was in der Welt gerade so los ist. So finde ich Nachrichten und Informationen.“

Manchmal kann es schwierig sein, sich eine eigene Meinung zu bilden. „Die Parteien formulieren alles so kompliziert, in Erwachsenensprache. Ich würde mir einfacher geschriebene Parteiprogramme wünschen, in einfacher Formulierung zusätzlich noch, oder auch Begriffserklärungen“, meint Olga* (18). Wahid sieht das ähnlich: „Für manche ist es schwieriger, sich eine Meinung zu bilden, weil die verstehen es halt nicht so richtig. Es ist ein bisschen zu kompliziert!“

Beim Versuch, sich zu informieren, kann man mit vielen verschiedenen Ansichten konfrontiert werden. Bei Celine* (15) führt das zu einer großen Unsicherheit. „Ich mische mich eigentlich gar nicht bei Politiksdachen ein, weil ich weiß nachher nicht, was richtig ist und was falsch. Ich weiß nicht, was stimmt und was nicht. Überall steht etwas anderes! Auf TikTok steht was anderes, im Internet steht was anderes und in der Zeitung oder keine Ahnung wo steht nochmal was anderes.“

Auch wenn es manchmal schwer ist: Marcos vertraut bei politischen Entscheidungen auf sein Gefühl. „Ich versuche einfach das zu finden, was ich am ehesten moralisch richtig finde. Dann kann ich sehen, ob die zu meiner Meinung passen.“ In seiner eigenen Meinung und seiner moralischen Vorstellung ist er so gefestigt, dass auch Social Media da nicht so einfach Einfluss nehmen kann. „Ich ändere nicht einfach meine Meinung, weil ich irgendwas auf Social Media sehe. Ich brauche schon einen großen Beweis dafür, dass ich meine Meinung ändere!“ Trotzdem sieht er auch eine Gefahr in Social Media: „Man kann einfach alles sagen, man kann Sachen sagen, die nicht wahr sind. Manche Menschen glauben das dann einfach und ändern ihre Meinung sehr schnell.“ Auch Olga sieht die Meinungsbildung über Social Media kritisch. „Ich möchte mir da keine Meinung bilden, das sind einfach keine besonders wertvollen Quellen. Ich habe erst heute Morgen ein KI-gefaktes Video gefunden, wo ich selber fast drauf reingefallen wäre. Wo ich dann nochmal so gemerkt habe – ey, nee, das ist kein Ort, wo du dir eine

Meinung bilden solltest!“

Umso wichtiger, dass politische Aufklärung auch von anderen Seiten kommt. Viele ziehen Infos aus der Schule, Olga sieht hier aber ein großes Problem. Sie geht aktuell in die 11. Klasse und hat jetzt zum ersten Mal verpflichtenden Politikunterricht. „Das muss früher!“, findet sie. „Wenn meine alte Lehrerin nicht so politikbegeistert gewesen wäre, hätte es bisher keinen Politikunterricht gegeben, weil es nicht im Lehrplan steht.“ Ein großes Problem, wie sie findet. Mateo sieht das ähnlich: „Auch wenn es nervig ist: ich würde mir wünschen, dass man vielleicht eine Stunde länger bleibt in der Schule, aber dass man dann aufgeklärt wird über die Themen.“ Marcos ist derselben Meinung. „Ja, sogar wenn es ein bisschen länger dauert. Ich glaube, diese Zeit ist es dann wert!“

Neben Schulen können auch Jugendeinrichtungen ihren Beitrag zu politischer Bildung leisten. Im Jugendhaus TREFFER in Köln finden regelmäßig Aktionen zur politischen Bildung statt. Seien es Fahrten nach Brüssel ins EU-Parlament, Workshops oder auch die U18-Wahlen. Außerdem ist das Jugendhaus ein Ort, an dem Fragen gestellt werden können. „Der TREFFER spielt eine große Rolle. Da kann ich nochmal, wenn ich unsicher bin, die Erwachsenen ansprechen oder mich auch mit anderen Kindern und Leuten austauschen“, sagt Olga. Marcos und Mateo haben schon einige Aktionen vom TREFFER mitgemacht. „Wir waren auf der Brüssel-Fahrt mit, da waren wir im Parlament. Dann waren wir auch noch in Lindlar auf einer Europafahrt und haben uns da informiert über Politik und so“, erzählt Mateo. Marcos ergänzt: „Ich glaube, der TREFFER hilft, um alles zu verstehen, zum Beispiel durch die U18-Wahl, um uns wirklich in dieses System reinzukriegen. So können wir üben, wie wir wählen.“

Bei der Bundestagswahl 2025 gibt es verschiedene Themen, die den Jugendlichen wichtig sind. Hierzu zählt vor allem der Umweltschutz, aber auch Themen wie Emanzipation und das Rentensystem beschäftigen sie.

Wahid macht vor allem der Rechtsruck große Angst. „Die AfD will ja halt alle, die nicht aus Deutschland stammen, raus schicken. Die meisten meiner Freunde wurden in einem anderen Land geboren, deswegen habe ich halt Angst, dass die AfD gewinnt, weil die müssen dann gehen. Das finde ich halt einfach blöd.“ Ihm ist wichtig, „dass wir Menschen aus Ländern, in denen zum Beispiel Kriege sind, Zuflucht geben.“ Außerdem ist ihm wichtig, dass die Politik etwas dagegen macht, dass alles immer teurer wird. Mateo wünscht sich von der Politik mehr Gleichberechtigung. „Es ist einfach so, dass viele Leute, die zum Beispiel mit Bürgergeld leben, schlechter behandelt werden.“ Auch die Unterstützung von Familien ist ihm wichtig, vor allem von Alleinerziehenden. „So wie ich das kenne, gehen ja die meisten mal ins Ausland oder machen Urlaub. Und vie-

„Die Politik macht nur Politik für Ü40-Leute, wir werden kaum gesehen!“

le, die unter Bürgergeld leben und zum Beispiel noch allein-erziehende Eltern haben – dann ist das viel schwieriger. Kinder möchten ja auch gerne in den Urlaub oder eine Auszeit haben, aber es geht ja nicht, wenn du nur Bürgergeld hast. Man kann davon leben im Monat, aber man kann sich nie was gönnen. Und man lebt immer mit dem Hintergedanken: ‚Wir müssen aufpassen, dass wir am Ende vom Monat noch was haben‘, und so sollte niemand denken müssen!“

Viele der Jugendlichen wünschen sich mehr politische Mitbestimmung und fühlen sich von der Politik nicht ernst genommen. Olga hat zum Beispiel das Gefühl, dass es viele Kürzungen in der Schule und in Jugendprogrammen gibt und sich die Politik generell vor allem auf ältere Menschen ausrichtet. „Wenn ich mir die Welt aus der Politik angucke, dann denke ich so – die machen Politik für eine Welt, in der es nur Ü40-Leute gibt. Wir werden kaum gesehen in der Politik!“ Auch Wahid hat das Gefühl, nicht ernst genommen zu werden. „Die denken sich halt so: ‚Das sind nur Kinder, die labern bestimmt nur irgendwas, was die auf TikTok gehört haben.‘ Er findet es unfair, wenn nur über 18-Jährige wählen dürfen: ‚Weil man will ja auch ein Recht dazu haben, mitentscheiden zu können, welche Partei gewählt wird. Jugendliche haben ja auch eine Meinung.‘ Genauso wenig ernst genommen fühlt sich auch Celine: „Ich glaube sie [die Politiker*innen] denken, dass wir noch nicht reif genug sind und dass die uns halt unterschätzen. Und dann urteilen die.“ Marcos sieht das genauso: „Wenn Jugendliche ihre Meinung äußern, dass sie etwas nicht mögen, wird das irgendwie meistens einfach abgelehnt, weil es nur ein kleines Kind ist. Ich glaube einfach, wenn sie etwas nicht gut finden, nicht mögen, was in der Politik gerade passiert, und ihre Meinung äußern wollen, dann geht das nicht. Du kannst nicht reden, du bist noch zu jung, du weißt noch nichts über Politik. Obwohl sie es ja schon wissen sollten, was richtig und was falsch von ihrer moralischen Perspektive aus ist.“ Jil stimmt ihm zu. „Wir könnten schon ein bisschen mehr ernst genommen werden, ja!“ Auch wenn es immer wieder Veranstaltungen gibt, auf denen Jugendliche mit Politiker*innen in den Austausch kommen können, ist Claudio* (15) sich nicht sicher, inwieweit Politiker*innen die Meinung von Jugendlichen einbeziehen. „Es kann sein, dass sie sich da irgendwelche Tipps holen oder auch dass sie einfach nur zuhören und nichts machen. Es kann halt beides sein.“

Auch wenn sie sich insgesamt mehr Mitbestimmung wünschen und von der Politik ernster genommen werden wollen, sehen einige der Jugendlichen ein Wahlrecht ab 16 kritisch. „Ich finde, man sollte erst ab 18 wählen dürfen. Weil ich finde, es kommt natürlich auf jede Person an, aber ab 18 ist man schon reif genug, um zu wissen, was man wählen kann oder was man wählen will“, meint Celine. Ähnlich sieht das auch Marcos: „Ich glaube, es ist sicherer, ab 18 zu wählen. Es gibt auch 16-Jährige, die wählen die AfD, nicht weil es ihre Meinung ist,

sondern weil sie denken – oh witzig! Die machen das, weil es zwei Sekunden witzig sein wird, danach interessiert sie es nicht mehr. Aber es hat ja schon einen längeren Effekt!“ Obwohl Jil diese Gefahr auch sieht, argumentiert sie trotzdem für ein früheres Wahlrecht: „Ich fände es gut, wenn man schon ab 16 wählen dürfte, weil ich einfach der Meinung bin, dass die politische Meinung von jung an schon geprägt wird und dass man vielleicht auch ein bisschen mehr zu sagen hätte.“

Wo sich die Jugendlichen aber einig sind: Wählen sollte interessanter gestaltet werden, dann würde vielleicht auch die Wahlbeteiligung steigen. „Vielleicht müsste man irgendwas besonderes machen. Eine schöne Atmosphäre schaffen, Kekse, Kaffee, sowas. Vielleicht auch eine Belohnung fürs Wählen?“, meint Jil. Bei der Belohnung stimmen ihr unabhängig voneinander einige zu. „Gratis Essen, dann würden alle kommen!“, findet zum Beispiel Celine. Für Marcos braucht es die Möglichkeit, online wählen zu können, um vor allem junge Menschen zum Abstimmen zu bewegen. „Wenn es einfacher wäre zu wählen, würde das die Leute mehr motivieren!“ Einen anderen Aspekt bringt Mateo ein. Er sieht auf Social Media sehr viel Werbung für verschiedene Parteien, es fehlt ihm aber Werbung dafür, generell wählen zu gehen. „Es sollten nicht nur die Parteien gezeigt werden, sondern eher so: ‚Auch du hast die Chance, zu wählen!‘“ Dem stimmt auch Marcos zu: „Man erfährt meistens erst, dass es wichtig ist, zu wählen, nachdem voll viele nicht gewählt haben.“ Claudio sieht das Problem auch darin, dass zu wenige junge Menschen zur Wahl stehen, Politiker*innen sind meistens schon älter, dabei könnten junge Menschen Jugendliche mehr verstehen. Olga merkt als letzten Punkt an, dass Wahlprogramme verständlicher formuliert werden sollten, „für Leute, die nicht so ein breites Wissensspektrum haben und die die ganzen Fachbegriffe nicht kennen. Also im Wahlprogramm mit politischen Fachbegriffen um sich werfen, das bringt uns nichts!“

Auch wenn es noch Verbesserungsbedarf gibt: Alle interviewten Jugendlichen sind sich einig – sie wollen wählen gehen und ihre Stimme nutzen, sobald sie es dürfen. „Natürlich gehe ich wählen, das ist total wichtig. Weil jede Stimme zählt und ich doch auch den Unterschied machen kann. Und ich den Unterschied auch machen möchte!“, sagt Olga. Marcos stimmt ihr zu. „Jede Stimme zählt! Und wenn wir wählen, motiviert das auch andere.“ Und auch für Mateo ist wählen gehen nicht verhandelbar, denn „von unseren Wahlen hängt unsere Zukunft ab“.

* Name von der Redaktion geändert.

Autorin:
LIOBA EINHOFF
freie Journalistin
✉ liobaehoff@web.de



EXTREM EINSAM? Einsamkeitserfahrungen und Radikalisierungstendenzen im Jugendalter

VON MELANIE WEISER

Einsamkeit war lange ein Phänomen, das ausschließlich mit älteren Menschen in Verbindung gebracht wurde. Seit der Coronapandemie hat sich der Fokus jedoch verschoben – und zwar aus gutem Grund: Seit 2020 zeigen Befragungen deutlich, dass Einsamkeit – also das subjektive Gefühl, zu wenig Kontakte zu haben und keine Nähe zu anderen Menschen zu spüren – bei jungen Menschen stärker verbreitet ist als bei allen anderen Generationen.¹ Dieses Gefühl kann sich auf das Vertrauen Jüngerer in ihre Mitmenschen und in politische Institutionen auswirken und in der Folge auch die demokratische Beteiligung beeinflussen.

Das Projekt Kollekt (2021–2024) vom Progressiven Zentrum, gefördert durch das Bundesprogramm Demokratie leben! des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, beschäftigte sich intensiv mit der Frage, wie bei jungen Menschen Einsamkeitserfahrungen mit antidemokratischen Tendenzen bis hin zu extremistischen Denkmustern zusammenhängen. In Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Claudia Neu, Prof. Dr. Beate Küpper und Prof. Dr. Maike Luhmann entstand so die Studie „Extrem einsam? Die demokratische Relevanz von Einsamkeitserfahrungen unter Jugendlichen in Deutschland“ (2022), für die zehn Tiefeninterviews und zwei digitale Fokusgruppen mit einsamen Jugendlichen sowie eine repräsentative Umfrage mit mehr als eintausend Jugendlichen von 16 bis 23 Jahren durchgeführt wurden.

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass es 55 % der befragten jungen Menschen manchmal oder immer an Gesellschaft fehlt und 26 % nicht das Gefühl haben, anderen Menschen nah zu sein. Neue Studien aus dem Jahr 2024 machen deutlich, dass dieses Niveau von Einsamkeit bei jungen Menschen bis heute anhält.² Dabei ist es kein Zufall, wer betroffen ist; es gibt eindeutige Risikofaktoren. Junge Einsame leben häufiger nicht mehr zu Hause, sind in der Regel finanziell nicht gut aufgestellt und haben häufiger eine Migrationsgeschichte. Außerdem fühlen sie sich deutlich häufiger unwohl an öffentlichen Orten, insbesondere der Schule, dem Ausbildungsort beziehungsweise der Universität – also an den Orten, an denen sich ein großer Teil des jugendlichen Alltags abspielt.

Einsamkeit wird oft ignoriert und stigmatisiert

Die meistgewählten Umgangsformen junger Menschen mit Einsamkeit sind wenig überraschend: Drei Viertel der einsamen Jugend geben an, ihre Einsamkeitsgefühle zu ignorieren oder mehr Zeit online, in sozialen Medien sowie mit Onlinespielen zu verbringen (74 %). In Reaktion auf ihre Einsamkeit denken sie außerdem vermehrt über sich selbst nach (67 %) und suchen die Fehler für ihre mangelnde soziale Interaktion bei sich.

Dies führt dazu, dass sich einsame junge Menschen zurückziehen und zunehmend schwieriger zu erreichen sind. Denn da sie die Gründe für ihre Einsamkeit häufig bei sich selbst suchen und nicht selten beschämt sind über ihre Empfindungen, steigt der Druck auf die eigene Perfektion im sozialen Umgang. Daher ist es nicht verwunderlich, dass keine der genannten Verhaltensweisen von Betroffenen als besonders wirkungsvoll bezeichnet wird. Nur drei von zehn jungen Einsamen (29 %) empfanden eine verstärkte Selbstreflexion als hilfreich. Und auch Online-Aktivitäten wurden lediglich von 34 % der Befragten als hilfreich eingestuft bei der Bekämpfung ihrer Einsamkeit. So weiß beispielsweise fast jede*r Dritte laut den Studienergebnissen nicht, wie sie*er allen Anforderungen ihres*seines Lebens gerecht werden soll. Zudem haben 56 % der einsamen jungen Menschen häufig ein Gefühl von Kontrollverlust. Sie geben überdies seltener an, dass ihr Leben bisher geradlinig verlaufen ist, und fühlen sich häufiger benachteiligt.

Doch Einsamkeit hat nicht nur individuelle Auswirkungen, sondern auch gesellschaftliche Folgen, die in bisherigen Studien jedoch kaum behandelt wurden. Denn Einsamkeit bedeutet nicht nur das Fehlen von vertrauensvollen, engen Beziehungen (emotionale Einsamkeit) sowie guten Beziehungen innerhalb eines Freundeskreises oder sozialen Netzwerken (soziale Einsamkeit). Einsamkeit kann auch einen Mangel an Zugehörigkeit zu größeren gesellschaftlichen Gruppen, zu einer Gemeinschaft oder zur Gesellschaft insgesamt bedeuten. Im Falle dieser Entfremdung spricht man von kollektiver Einsamkeit. Einsamkeit ist somit zugleich ein subjektives, individuelles und gesellschaftliches Phänomen, das sich auf das Zusammenleben und in der Folge auf demokratische Einstellungen auswirken kann. Denn der Zuspruch zur Demokratie hängt damit zusammen, wie stark sich Individuen mit der Gesellschaft verbunden fühlen.

Es gibt einen Zusammenhang zwischen Einsamkeit und antidemokratischen Einstellungen

Unsere Studie zeigt: Bei jungen Menschen, die sich einsam, unverbunden und unverstanden fühlen, ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass sie Verschwörungserzählungen glauben, politische Gewalt billigen und autoritären Haltungen zustimmen. So ist beispielsweise die Zustimmung zu der Aussage, die Regierung verheimliche wichtige Informationen vor der Öffentlichkeit, oder zu der Behauptung, die Regierung wisse oft über terroristische Anschläge Bescheid und lasse diese geschehen, unter einsamen jungen Menschen deutlich ausgeprägter als unter nicht einsamen (58 % gegenüber 47 % bzw. 46 % gegenüber 31 %). Der Aussage „Einige Politiker*innen haben es verdient, wenn die Wut gegen sie auch schon mal in Gewalt umschlägt“

stimmen 25 % der Nicht-Einsamen, aber 34 % der Einsamen zu. Auch im Hinblick auf autoritäre Einstellungen sind die Unterschiede zwischen den Gruppen signifikant. So stimmen 46 % der einsamen, aber nur 35 % der nicht einsamen jungen Menschen der Aussage „Ich bewundere Menschen, die die Fähigkeit haben, andere zu beherrschen“ zu.

Diese Zahlen sind erschreckend – und zeigen, dass die Bekämpfung von Einsamkeitsempfindungen bei jungen Menschen einer Radikalisierung vorbeugen könnte. Denn Einsamkeitsgefühle können ein Einfallstor für antidemokratische Gruppierungen und Akteur*innen sein, die durch Lockrufe wie „Bei uns darfst du sein, wer du bist“ den oben genannten psychischen Druck auf junge Menschen verringern.

Wie können wir einsame junge Menschen erreichen?

Sowohl aufgrund der stark individualisierten, nach innen gerichteten Umgangsformen sowie der herrschenden Stigmatisierung von Einsamkeit als auch aufgrund der höheren Anfälligkeit für menschenfeindliche und extremistische Ansprachen sind einsame junge Menschen schwer erreichbar. Wichtig ist daher vor allem, offen und sensibel mit dem Thema umzugehen und der einsamen Person Vertrauen und Verständnis für ihre Situation entgegenzubringen. Fragen, wie man jungen Menschen in schwierigen Situationen helfen und ihr Verhalten sinnvoll verändern kann, gehen oft mit der Annahme von Defiziten einher. Diese Annahmen stigmatisieren Einsamkeitserfahrungen, obwohl solche Gefühle bereits ohne diese Zuschreibungen negativ und schmerzhaft sein können. Statt einer Bevormundung von Betroffenen durch bestehende Angebote braucht es neben psychologischen und psychosozialen Angeboten innerhalb und außerhalb von Regelstrukturen eine verstärkte Beteiligung von einsamen jungen Menschen an der Prozessentwicklung für Maßnahmen gegen ihre eigene Einsamkeit. Denn einsame junge Menschen sind selbst die besten Expert*innen für ihre Lebensrealitäten.

Aus diesem Grund hat das Kollekt-Projekt des Progressiven Zentrums in der ersten Jahreshälfte 2024 gemeinsam mit 22 jungen Menschen zwischen 14 und 22 Jahren 15 konkrete Forderungen gegen Einsamkeit und zur Stärkung der Demokratie ausgearbeitet. Diese beziehen sich auf vier Bereiche, die den Jugendlichen besonders wichtig waren: Bildung, mentale Gesundheit, Orte und die Demokratie selbst. Unsere Publikation zeigt: In allen vier Bereichen existieren bereits Ideen und Ansätze mit potenziell hoher Wirksamkeit. Besonders im Kontext der Bundestagswahl 2025 und der anschließenden Koalitionsverhandlungen bieten die Forderungen und ihre Berücksichtigung durch die Bundespolitik eine reale Gelegenheit, junge

Menschen stärker in demokratische Prozesse einzubinden und antidemokratischen Tendenzen vorzubeugen – und sie so auch als Wähler*innen und künftige Stützen unserer Demokratie anzuerkennen.

Doch Einsamkeitsgefühle gefährden nicht nur das Demokratieverständnis, sondern in erster Linie die individuelle psychische und physische Gesundheit. Auch Lehrer*innen, Pädagog*innen und Sozialarbeiter*innen können einen Beitrag leisten, indem sie über Einsamkeit aufklären und Betroffene unterstützen – und dadurch auch unsere Demokratie stärken. Der Methodenkoffer gegen Einsamkeit des Kollekt-Projekts zeigt hierzu sechs konkrete methodische Ansätze auf. Sie sind ein wichtiges Instrument, um nicht nur diese Gefühle, sondern auch die damit verbundenen Forderungen und Wünsche junger Menschen gesamtgesellschaftlich und politisch anzuerkennen und über sie ins Gespräch zu kommen.

Autorin:
MELANIE WEISER
 Projektmanagerin „Resiliente Demokratie“,
 Das Progressive Zentrum
 ✉ melanie.weiser@progressives-zentrum.org

Für mehr Informationen zur Studie, zum Methodenkoffer und zum Projekt Kollekt
www.progressives-zentrum.org/project/kollekt



Anmerkungen:

- 1 Statistisches Bundesamt (2024): Wo bleibt die Zeit? Ergebnisse zur Zeitverwendung in Deutschland 2024.
- 2 Steinmayr, Ricarda; Schmitz, Miriam & Luhmann, Maike: Wie einsam sind junge Erwachsene im Jahr 2024? Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2024, S. 6.

MEDIENTIPP



Mit der Faust in die Welt schlagen

Plot: Philipp und Tobi wachsen in der ostdeutschen Provinz auf. Ihre Kindheit ist geprägt vom Zerfall der eigenen Familie und von der Perspektivlosigkeit einer ganzen Region. Als Jahre später ein Flüchtlingsheim im Ort entstehen soll, eskaliert die Situation. Während sich der eine Bruder zurückzieht, findet der andere ein Ventil für seine Wut.

Das kraftvolle Spielfilmdebüt der Regisseurin Constanze Klaue nimmt das Publikum mit auf eine Reise in eine von politischen Spannungen geprägte Zeit, die sich brennend aktuell anfühlt. Einfühlsam findet die Regisseurin eine Sprache für die Wut und Entfremdung derjenigen, bei denen die großen Versprechen der Zukunft nicht ankommen wollten. Sie zeichnet ein detailreiches Generationenporträt in einem von Perspektivlosigkeit und Radikalisierung geprägten Umfeld, das stellvertretend für zahlreiche Orte dieser Welt steht. Der gleichnamige Bestseller des Görlitzer Autors Lukas Rietzschel wurde vom Spiegel als „Buch der Stunde“ gefeiert. MIT DER FAUST IN DIE WELT SCHLAGEN feiert seine Weltpremiere 2025 auf der Berlinale und startet am 03. April bundesweit in den Kinos.



Nachlese

DER 17. KINDER- UND JUGENDBERICHT BESCHREIBT DIE AUFGABEN FÜR DIE JUGENDSOZIALARBEIT

VON MICHAEL SCHOLL

Der 17. Kinder- und Jugendbericht blickt allgemein auf die Herausforderungen und Chancen der gegenwärtigen Kindheits- und Jugendphase. Er zeichnet ein aktuelles Bild einer Lebensphase unter Druck und arbeitet heraus, dass die Kinder- und Jugendhilfe als Unterstützungssystem zur Persönlichkeitsentwicklung und Selbstwirksamkeit junger Menschen um Anerkennung und Perspektive kämpfen muss – in der Gesellschaft und bei den jungen Menschen selbst.

Die Kinder- und Jugendhilfe ist nach Ansicht der Berichtskommission gefordert, jungen Menschen „vertrauenswürdige Bedingungen des Aufwachsens“ zu bieten. Die Kommission formuliert zehn Leitlinien zum Erreichen von Vertrauenswürdigkeit und Verlässlichkeit, indem die Kinder- und Jugendhilfe:

- sich als zuständig für alle jungen Menschen und Familien versteht, jedoch nicht für alle gesellschaftlichen Probleme,
- sich am Recht auf gewaltfreies Aufwachsen orientiert,
- verantwortlich ist für Partizipation und junges Engagement fördert,
- ihr Handeln an der Vielfalt des Jungseins und Aufwachsens ausrichtet und offensiv für die Teilhabe aller jungen Menschen eintritt,
- eine verlässliche Infrastruktur für junge Menschen bietet und diese auch einfordert,
- vielfältige Wege beschreitet, eine attraktive Arbeitgeberin zu sein,
- wissenschaftsbasiert handelt und aufgeschlossen für neue

Erkenntnisse ist,

- die Digitalisierung begleitet und ihre Potenziale kritisch reflektiert,
- eine demokratie-stärkende Interessenvertretung junger Menschen ist und
- klimagerecht ist.

Als Teil der Kinder- und Jugendhilfe gilt das für die Jugendsozialarbeit gleichermaßen.

Herausforderungen in der Jugendsozialarbeit

Für die Jugendsozialarbeit stellt der Bericht heraus, dass die Definition der Zielgruppe kritisch zu diskutieren ist. Laut Sozialgesetz ist der Auftrag für die Jugendsozialarbeit, schulische, berufliche und gesellschaftliche Teilhabe jener jungen Menschen zu fördern, die als beeinträchtigt und/oder sozial benachteiligt gelten. Benachteiligung und Beeinträchtigungen sind jedoch relative Kategorien, die vielfältige Ursachen haben können.

„Es bedarf einer Arbeitsweise, die das Lebensumfeld der jungen Menschen einbezieht und Entwicklungsräume schafft.“

Unabhängig von der konkreten Art der Unterstützung für die betroffenen jungen Menschen heißt es im Bericht: Das Ziel der Jugendsozialarbeit sei, Ausgrenzungsmechanismen entgegenzuwirken und Teilhabe-Chancen aller jungen Menschen in einer diversen Gesellschaft zu verbessern. Kritisch zu reflektieren sei daher, ob und wie die Angebote der Jugendsozialarbeit selbst Benachteiligung reproduzieren. Die Kommission empfiehlt: „Es bedarf einer Arbeitsweise, die das Lebensumfeld der jungen Menschen einbezieht und Entwicklungsräume schafft. Es braucht hierfür handlungsorientiertes Wissen über Migration, Diversität und Diskriminierung, um junge Menschen gewinnen und stärken zu können.“ (17. KJB, S. 67)¹

Wirkungsfeld Schulsozialarbeit

Als ein Wirkungsfeld der Jugendsozialarbeit wird die Schulsozialarbeit eigens im Bericht betrachtet. Die Kommission konstatiert: Die Schulsozialarbeit könne eine „Scharnierfunktion

zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Schule“ einnehmen. Zugleich werden „ihr Profilverlust und die zu große Annäherung an schulisches Lernen kritisiert: Schulsozialarbeit sollte nicht zum ‚billigen Dienstleister‘ der Schule werden.“ (ebd.) Notwendig sei daher ein konkretes Profil und ein klarer Auftrag.

Derzeit ringe Schulsozialarbeit noch „um ihre Rolle im multi-professionellen Gefüge innerhalb (z. B. mit Lehrer:innen) und außerhalb der Schulen. Neben der genauen Klärung der Angebotsstrukturen fehlt es an einer ausgeprägten Datenlage“ zur Schulsozialarbeit. Komplex sei die Frage der Verantwortung und der Finanzierung im föderalen Gefüge; der Bund könne wenig Einfluss auf das Handlungsfeld nehmen, Länder und Kommunen seien zentrale Akteure. (vgl. ebd., S. 67, Zitat ebd.)

Verantwortung für eine starke Demokratie

Mit dem Ziel der Jugendsozialarbeit für gerechtere Teilhabe – ob im Kontext Schule oder berufliche Integration – gehe einher, junge Menschen an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes zu beteiligen. Junge Menschen selbst zeigten laut dem 17. Kinder- und Jugendbericht ein großes Interesse an politischen Themen, fühlten sich aber oft unzureichend einbezogen. Das verstärke ihre Skepsis gegenüber einer funktionierenden Demokratie in Deutschland, stellt die Kommission fest und verweist auf zahlreiche Studien, unter anderem auf die Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2024.

Im Bericht heißt es: „Um Demokratie angemessen zu fördern und allen Formen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit etwas entgegenzusetzen, sind demokratische Erlebnisse für die Kinder und Jugendlichen essenziell; Mitbestimmung und Selbstwirksamkeit im geschützten Raum der Kinder- und Jugendhilfe tragen dazu bei.“ (ebd., S. 76)

Aktiv demokratische Bildung fördern

Daraus folgt, was im Bericht als Leitlinie formuliert ist: Die Kinder- und Jugendhilfe, und entsprechend die Jugendsozialarbeit, müsse aktiv demokratische Bildung fördern und jungen Menschen die Mitwirkung an der (Kinder- und Jugend-)Politik ermöglichen. „Es ist wichtig, dass junge Menschen durch partizipative Bildungsangebote Selbstwirksamkeit erfahren und sich demokratische Werte aneignen können.“ (ebd., S. 80) Zugleich müsse sich die Kinder- und Jugendhilfe kinder- und jugend(hilfe)politisch einmischen. Zu politisch-inhaltlicher Neutralität sei sie explizit nicht verpflichtet.

„Demokratische Bildung ist erfolgreich, wenn Verantwortung übertragen und Macht geteilt wird.“

Für die Jugendsozialarbeit kann das daher bedeuten: Sie muss Konzepte für demokratische Bildung entwickeln, in denen junge Menschen erfahren, dass sie gehört, ernst genommen und vor allem ernsthaft beteiligt werden. Sie muss sich intensiv mit den Herausforderungen auseinandersetzen, die durch die Verbreitung von Verschwörungsmethoden und Falschinformationen, insbesondere über soziale Medien, entstehen. Sie muss aktiv Diskriminierungsformen entgegenwirken und einen inklusiven Ansatz konsequent verfolgen. (vgl. ebd., S. 57)

„Der Fachkräftemangel beeinträchtigt die Qualität von Bildung, Betreuung, Schutz und Partizipation.“

Demokratische Bildung ist darüber hinaus dann erfolgreich, wenn Verantwortung übertragen und Macht geteilt wird. Innerhalb der Maßnahmen in der Jugendsozialarbeit bedeutet das ein Umdenken – zumal die jungen Menschen im Kontext der Jugendsozialarbeit multiple Herausforderungen zu bewältigen haben. Sie deswegen von Demokratiebildung und Mitwirkung fernzuhalten, ist dabei jedoch ein problematischer Ansatz. Weil für die Jugendhilfe insgesamt gilt, dass Fachkräfte in ihrer Rolle als demokratische Vorbilder gestärkt und in der politischen Bildung qualifiziert werden müssen, entstehen Qualifizierungsbedarfe. (vgl. ebd.)

Grenze der Belastbarkeit als Risiko

Bei allen notwendigen Reflexionsprozessen und Weiterentwicklungen: Die Kinder- und Jugendhilfe ist laut Bericht aus unterschiedlichen Gründen an der Grenze ihrer Belastbarkeit angekommen. Den gesetzlichen Anspruch, allen Kindern, Jugendlichen und jungen Menschen notwendige Unterstützung zu geben, könne sie kaum erfüllen. Es fehlten finanzielle (u. a. staatliche Förderung durch unterschiedliche föderale Ebenen) und personelle Ressourcen. Obwohl es einen Aufbau an Kapazitäten in Form von Förderung und Personal, insbesondere im Bereich Kindertagesstätten und Ganztagsangebote, gegeben hat, übersteige der Unterstützungsbedarf junger Menschen bereits akut die Leistungsfähigkeit der Strukturen.

Die Bundesregierung reagiert darauf in einer Stellungnahme, nimmt demnach diese Sorgen sehr ernst und stimmt der Kom-

mission zu, dass es der Gesellschaft „nicht ausreichend gelingt, (...) Ressourcen so zugänglich zu machen und zu verteilen, dass alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen gleichermaßen förderliche und sozial gerechte Bedingungen des Aufwachsens erfahren“ (ebd., S. 5). Benötigt würden vertrauenswürdige Rahmenbedingungen und starke wie resiliente Strukturen. Dafür müssten Politik und Gesellschaft gemeinsam Sorge tragen.

Herausforderung Fachkräftemangel

Neben den Herausforderungen zur finanziellen Absicherung der Jugendsozialarbeit stellt der Fachkräftemangel laut Berichtskommission eine gegenwärtige und zukünftige Krise dar. Er führt bereits zu Einschränkungen in der Angebotsvielfalt und beeinträchtigt die Qualität von Bildung, Betreuung, Schutz und Partizipation – somit von elementaren Kinderrechten. Neben der Arbeit mit den jungen Menschen wachsen der bürokratische Aufwand für pädagogische Fachkräfte durch Dokumentation der Prozesse und Nachweis von Fördermittelverwendung. Der Bedarf an Aus- und Weiterbildung steigt durch neue gesetzliche Regelungen und Schnittstellen zu anderen Rechtskreisen. Notwendig sei laut Kommission, für Studiengänge der Sozialarbeit, der Sozialpädagogik und Erziehungswissenschaft ebenso zu werben wie für entsprechende Ausbildungsberufe oder Quereinstiege. Für Quereinstiege seien Konzepte zur Praxisanleitung notwendig. Zudem müsse die Frage geklärt werden, ob Quereinstiege insgesamt als (kurzfristiger) Gewinn oder als dauerhafte Belastung des Kinder- und Jugendhilfesystems anzusehen seien.

Autor:
MICHAEL SCHOLL
Grundlagenreferent bei der Bundesarbeitsgemeinschaft
Katholische Jugendsozialarbeit e. V. (BAG KJS)
✉ michael.scholl@bagkjs.de



Impressum

DREIZEHN
Zeitschrift für Jugendsozialarbeit
Ausgabe 33/2025, 18. Jahrgang
ISSN 1867-0571

Herausgeberin:
Bundesarbeitsgemeinschaft
Evangelische Jugendsozialarbeit e. V.
Auguststr. 80, 10117 Berlin
Tel.: 030 28 395 312
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@bagejsa.de
Internet: www.bagejsa.de

V. i. S. d. P.:
Christine Lohn, Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft
Evangelische Jugendsozialarbeit e. V.

Redaktion:
Annemarie Blohm

Die DREIZEHN ist die einzige überregionale Fachzeitschrift für Jugendsozialarbeit in Deutschland. Sie ist ein gemeinsames Projekt der im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit organisierten Verbände und wird in Rechtsträgerschaft der BAG EJSJA produziert und herausgegeben.

Redaktionsbeirat:
Annemarie Blohm, BAG EJSJA
Claudia Linsel, Der Paritätische
Christine Lohn, BAG EJSJA
Christian Shukow, AWO
Silke Starke-Uekermann, BAG KJS
Michael Scholl, BAG KJS
Bettina Szuszcik, Internationaler Bund
Pia Klein, BAG ÖRT
Dr. Birgit Reißig, Deutsches Jugendinstitut
Lutz Wende, OrganisationsBeratung

Beiträge von Autor*innen spiegeln deren persönliche Ansichten und Perspektiven wider. Sie entsprechen nicht zwangsläufig der offiziellen Meinung oder Position der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit.

Der Nachdruck von Beiträgen, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Gestaltung:
KontextKommunikation GmbH
Heidelberg/Berlin

Korrektur:
Tom Seidel – Die Korrigierer

Druck: ABT Print und Medien GmbH

Bildnachweise:
S. 1: unsplash – Frank Flores
S. 4: istockphoto – Eduard Figures
S. 8: KI-generiert
S. 12: unsplash – jimmy-jimenez
S. 16: unsplash – Annie Spratt
S. 20: istockphoto – Cristian Borrego Sala
S. 27 – 33: Yes Forum
S. 34 – 37: Josefine Janert
S. 38: istockphoto – MmeEmil
S. 42 – 45: BAG EJSJA
S. 46: von Pek – Adobe Stock
S. 49: unsplash – Frank Flores
S. 52: unsplash – Curated Lifestyle
S. 55: Comic von OL

Alle Links im Heft wurden letztmalig im März 2025 geprüft.

Gefördert von:



Mitglieder des Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit:



Die gesetzlichen Grundlagen der Jugendsozialarbeit liefert das Kinder- und Jugendhilfegesetz (§ 13 SGB VIII), das den Anspruch junger Menschen auf angemessene Förderung formuliert.

KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT

Im *Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit* haben sich die *Arbeiterwohlfahrt* (AWO), die *Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit* (BAG EJSA) und die *Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit* (BAG KJS), die *Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit* (BAG ÖRT), *DER PARITÄTISCHE Gesamtverband* (DER PARITÄTISCHE) und der *Internationale Bund* (IB) zusammengeschlossen.

Sein Ziel ist es, die gesellschaftliche und politische Teilhabe von benachteiligten Jugendlichen zu verbessern.

BUNDEARBEITSGEMEINSCHAFT EVANGELISCHE JUGENDSOZIALARBEIT E. V.

Redaktion DREIZEHN

Auguststr. 80, 10117 Berlin

Tel.: 030 28 395 312

oeffentlichkeitsarbeit@bagejsa.de

www.bagejsa.de

